

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Schwerpunktthema: Spezialkrieg

Nr. 237 April / Mai / Juni 2025 3,- €

Aktuelle politische Lage »Entweder meine Lösung, oder die Lösung der USA« Tim Krüger			
Schwerpunktthema: Spezialkrieg Über die Architektur des Spezialkrieges Krieg gegen die Gesellschaft Fabian Priermaier, Mitarbeiter von Civaka Azad (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.)	4	Schwerpunktthema: Spezialkrieg Epistemische Gewalt und Epistemizid als spezielle Kriegsstrategie in Kurdistan Kolonialisierung einer widerständigen Kultur Ronya Winter, Bildungs- und Forschungskomitee der kurdischen Studentinnenarbeiten Deutschland	33
Schwerpunktthema: Spezialkrieg Die Jugend im Visier der kapitalistischen Moderne Die spezielle Kriegsführung und die Jugend Nûcan Mawa, Jinen Xwendekarên Kurdistan (JXK) – Studierende Frauen Kurdistans	9	Schwerpunktthema: Spezialkrieg Mediale Narrative über die PKK zwischen Mythos und Denunziation Die Politik gibt vor, Medien übernehmen Sarya Taro	37
Schwerpunktthema: Spezialkrieg Der Aufbau der Hizbulkontra als Waffe gegen den Widerstand des kurdischen Volkes Die Geschichte von Hizbulkontra und Hüda Par Cengiz Altun & Çetin Ababay	13	Schwerpunktthema: Spezialkrieg Die Leitstrategie der Neuen Rechten Regime Change von Rechts – was ist unsere Antwort? Hannah Bückner und Milo Marcks, Initiative Demokratischer Konföderalismus (IDK)	43
Schwerpunktthema: Spezialkrieg Kulturelle Hegemonie und Spezialkriegsführung in der Türkei Die Tugend der Gewalt als neues nationales Selbstbild Ali Kaan Korkmaz, Historiker	16	Schwerpunktthema: Spezialkrieg Megaprojekte im Krieg gegen die Indigenen Mexikos Der Spezialkrieg des Maya-Zuges Victor, Recherche AG	48
Schwerpunktthema: Spezialkrieg KI als »Massenmordfabrik« Im Wettrüsten mit KI wird die Schwelle zum autonomen Krieg überschritten Ceni, Kurdisches Frauenbüro für Frieden	22	Permanent Peoples' Tribunal: Rojava vs. Turkey Kriegsverbrechen gegen Selbstbestimmung Holger Deilke, Aktivist	55
		Der Frauenwiderstand in Nord- und Ostsyrien Während Islamisten Assad stürzen, geht der Frauenkampf in Syrien weiter Ronahi Hassan	58
		Soziologie der Freiheit – Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage Das Ökologieproblem der Gesellschaft Abdullah Öcalan	63
	30	Peoples' Platform Europe – 14. bis 16. Februar in Wien Reclaim the initiative! Wolfgang Struwe, Aktivist	65



Die Nachrichtenagentur ANF News bietet ihren Service auch in deutscher Sprache an. Bereits 2005 gegründet, verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk von Journalist:innen, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Neben der deutschen Sprache können die aktuellen Ereignisse auf der Homepage von ANF in Kurmancî, Kirmanckî, Sorani, türkischer, englischer, arabischer, persischer, russischer und spanischer Sprache verfolgt werden. <https://anfdeutsch.com> | Twitter: @FiratNews_DE | Mail: info@anfdeutsch.com



Die Botschaft Abdullah Öcalans vom 27. Februar 2025, die die konsequente Fort- und Umsetzung des neuen Paradigmas zum Ziel hat, wird Türen öffnen für eine bessere Zukunft. | Foto: ANF



Die Friedenswache der Bevölkerung von Nord- und Ostsyrien am Tisrin-Staudamm hält seit Anfang des Jahres an. Die Menschen lassen sich von den Bombardierungen nicht abschrecken. | Foto: ANF



Unter dem Motto »Freie Führung – Demokratische Gesellschaft« wurden bereits am 9. März in Amed die Newroz-Feierlichkeiten eröffnet. | Foto: ANF

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in komplizierten Zeiten: Während die türkische Armee weiterhin in Kurdistan Krieg führt, nährt die historische Botschaft Abdullah Öcalans von der Gefängnisinsel İmralı die Hoffnung auf Frieden. Während protürkische Milizen in Nordsyrien mit türkischer Unterstützung die Gebiete der Selbstverwaltung angreifen und Dschihadisten in Westsyrien Massaker an der alawitischen Bevölkerung verüben, unterzeichnen der Generalkommandant der Demokratischen Kräfte Syriens Mazlum Abdi und der syrische Interimspräsident Ahmed al-Sharaa ein Abkommen für eine friedliche Zukunft Syriens. Was widersprüchlich erscheint, verdeutlicht die Komplexität der aktuellen Lage im Nahen Osten.

Zweifellos ist die Region in Aufruhr. Die Machtverhältnisse verschieben sich, weil globale Akteure den Nahen Osten nach ihren Interessen neu ausrichten. Regionale Mächte wie der Iran und die Türkei sind beunruhigt, denn wie in Syrien sichtbar wurde, werden Regime, die nicht einlenken, notfalls mit Gewalt in die Knie gezwungen. Die Neuordnung der Region ist kein neues Projekt. Spätestens seit der US-Invasion im Irak 2003 soll sie wieder in das Interessengeflecht der kapitalistischen Weltwirtschaft integriert werden. Doch seit dem Gaza-Krieg beschleunigt sich die Umsetzung dieser Pläne. Es scheint, als wollten die Weltmächte über 100 Jahre nach dem Lausanner Vertrag von 1923 die Region erneut umgestalten, um sich den Zugriff für die nächsten 100 Jahre zu sichern.

Für den Iran sind die Folgen dieser Transformation bereits spürbar. Das Regime in Teheran musste mit ansehen, wie seine Proxys in Gaza, Libanon, Jemen und Syrien geschwächt oder ausgeschaltet wurden. Auch die Türkei als Profiteurin des Status quo erkennt, dass sie aus dieser Neuordnung nicht ungeschoren hervorgehen wird, wenn sie nicht frühzeitig eine politische Kurskorrektur einleitet.

Sowohl im Iran als auch in der Türkei sind die Kurd:innen ein wichtiger Akteur und stellen gewissermaßen die Achillesferse dieser Staaten dar. Die globalen Akteure haben ein Interesse daran, sie für ihre Pläne einzubinden – oder zu instrumentalisieren. Doch die kurdische Freiheitsbewegung ist zugleich eine eigenständige Akteurin. Sie repräsentiert gemäß der Ideologie Abdullah Öcalans die demokratische Moderne und lehnt sowohl den Status quo als auch eine Neuordnung im Sinne der kapitalistischen Weltmächte ab. Stattdessen verfolgt sie ein eigenes Projekt für die Region. Während sie ein alternatives Gesellschaftsmodell und einen gerechten Frieden anstrebt, setzen globale und regionale Mächte auf verschiedene Kriegsmethoden zur Durchsetzung ihrer Interessen. Eine davon ist der „Spezialkrieg“, der in Kurdistan seit Jahrzehnten von Unterdrückerstaaten in unterschiedlichsten Formen angewandt wird. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich den Erscheinungsformen dieser Kriegsmethode.

In der Hoffnung, dass der Spezialkrieg und alle anderen Formen des Krieges in Kurdistan und weltweit bald der Geschichte angehören, wünschen wir eine gute Lektüre!

Eure Redaktion

Aktuelle politische Lage

»Entweder meine Lösung, oder die Lösung der USA«

Tim Krüger, freier Journalist

Bereits ein kurzer Blick in die Nachrichtenseiten und Zeitungen dieser Welt genügt um zu erkennen, dass wir in einer Epoche weltweiter Konflikte und Kriege leben. Egal ob auf dem afrikanischen Kontinent, in Osteuropa, dem Mittleren Osten oder auch dem Pazifikraum: An allen Ecken und Enden dieser Welt toben bewaffnete Auseinandersetzungen und wachsen die Spannungen. Immer öfter brechen sich die Interessenskonflikte zwischen den unterschiedlichen Machtblöcken, Staaten und Kapitalfraktionen als offene Kriege Bahn und verheeren Landstriche und ganze Regionen. Für das Jahr 2023 allein wird die Zahl der bewaffneten Konflikte, kriegsrischen Auseinandersetzungen und Bürgerkriege mit 59 angegeben. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer der vielen schwelenden Konflikte und innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen noch bei Weitem höher liegt. Die hohe Zahl ergibt sich dabei nicht unbedingt aus einer gestiegenen Zahl der zwischenstaatlichen Kriege, also der klassischen Kriege zwischen zwei oder mehr Staaten. Vielmehr spiegelt sie die Vielzahl der Konflikte »niedriger Intensität«, Bürgerkriege und Stellvertreterkonflikte wieder. Große Auseinandersetzungen im Maßstab der zwei großen Aufteilungskriege des 20. Jahrhunderts stellen in der aktuellen Weltlage eine Ausnahme dar. Doch auch die Vorbereitungen für größere Kriege staatlicher Akteure laufen auf Hochtouren. So sind laut dem schwedischen Friedensinstitut SIPRI die weltweiten Rüstungsausgaben mit einer Gesamtbilanz von 2,44 Billionen US-Dollar 2023 zum neunten Mal in Folge gestiegen. Platz eins im globalen Rüstungswettlauf belegen weiterhin unangefochten die USA mit 916 Milliarden US-Dollar und nehmen damit einen Anteil von 37% der globalen Rüstungsausgaben ein. Die Volksrepublik China folgt noch weit abgeschlagen mit 296 Milliarden US-Dollar.

Der Dritte Weltkrieg

Folgt man der Analyse der Freiheitsbewegung Kurdistans, so können die verschiedenen Schlachtfelder der aktuellen Auseinandersetzungen nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Sie können nur als Teil einer seit nunmehr fast 35 Jahren andauernden globalen Auseinandersetzung verstanden werden. Abdul-

lah Öcalan und die Freiheitsbewegung Kurdistans, entwickelten bereits in den 2000er Jahren, ihre These vom bereits heute tobenenden Dritten Weltkrieg. Heute wird auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit der Begriff des Dritten Weltkriegs wieder in die Debatten eingeführt. Man spricht von der heraufziehenden Gefahr eines Dritten Weltkriegs und meint damit oft die offene und nuklear geführte Auseinandersetzung zwischen den Großmächten dieser Welt. Die Freiheitsbewegung Kurdistans hat stets darauf beharrt, dass das entscheidende Charakteristikum des Dritten Weltkriegs nicht unbedingt in der Größenordnung oder in technischen Fragen der Auseinandersetzung liegt. Stattdessen können auch die aktuell an vielen verschiedenen Fronten ausgetragenen Konflikte als Weltkrieg gewertet werden, da sie eben, so wie der Erste und der Zweite große Aufteilungskrieg, um die Schaffung einer neuen Weltordnung geführt werden. Die beiden großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts haben zum einen die Dominanz des kapitalistischen Weltsystems zementiert und zum anderen eine Ordnung geschaffen, welche von 1945 bis zum Beginn der 1990er Jahre als bipolare Weltordnung das Antlitz dieser Erde prägten.

Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Staatenblocks Anfang der 1990er Jahre ist diese bipolare Weltordnung nicht nur ins Wanken geraten, sondern vollständig in sich zusammengebrochen. Als letzte verbliebene Weltmacht sahen sich die Vereinigten Staaten von Amerika dazu berufen, nun als erstes Imperium in der Geschichte der Menschheit eine unipolare Weltordnung unter ihrer alleinigen Führung zu errichten. Folgt man dem US-amerikanischen Geostrategen und ehemaligen nationalen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, so war diese neue Weltordnung nicht nur eine Chance, sondern fast schon eine heilige Mission, eine Verantwortung, welche mit dem Wegfallen der alten Weltordnung nun auf den Schultern des Superhegemonen lastete: Entweder die Errichtung einer Pax Americana, notfalls auch gewaltsam durchgesetzt, oder der Übergang ins Chaos und entgrenzte Machtkämpfe in allen Winkeln dieser Erde. Die Durchsetzung der liberalen Weltordnung erfolgt dabei laut Brzezinski, nicht nur mit der brutalen Gewalt der Waffe, sondern vor allem durch den planvollen Einsatz von »Soft Power«. Die Hegemonie der US-amerikanischen Kulturindustrie, die Kontrolle eines großen Teils der Massenmedien

und modernen Kommunikationstechnologien sowie die US-amerikanische Dominanz in den zahlreichen vermeintlich multilateralen internationalen Institutionen und nicht zuletzt ein entscheidender Vorsprung in Forschung, Technik und politikwissenschaftlicher Theoriebildung genügen, um einen Großteil der Gesellschaften der Welt für den »American Way of Life« zu begeistern und damit die unumstrittene Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zu sichern.

Interessen des transnationalen Kapitals

Wo sich dennoch geweigert werden sollte, sich in die neue liberale Weltordnung einzufügen, da gilt es dann doch, mit dem letzten Hilfsmittel staatlicher Politik nachzuhelfen: der organisierten Anwendung von Gewalt. Das kapitalistische Weltsystem, besitzt mit seinem unersättlichen Streben nach Maximalprofit seit jeher eine starke Tendenz zur Globalisierung. Der europäische Kapitalismus konnte nur auf Grundlage der aus den überseeischen Kolonien geraubten Werte gedeihen. Die moderne Industrieproduktion hungert stets und unstillbar nach neuen Ressourcen, während die im Überschuss hergestellten Waren immer größere Absatzmärkte benötigen, um gewinnbringend veräußert zu werden. Doch anders als noch im 19. oder großen Teilen des 20. Jahrhunderts, sind es heute nicht mehr ortsgebundene nationale Kapitalfraktionen, welche den Löwenanteil der globalen Profite einheimen. Die existierende Wirtschaftswelt des globalisierten Finanzkapitalismus, wird heute vielmehr von Monopolen dominiert, welche durch vielfache Investitionen und Anteilskäufe die gesamte Welt umspannen.

Das transnational agierende Finanzkapital und die immer einflussreicher werdende Fraktion des digitalen Kapitals – der Softwareindustrie, der künstlichen Intelligenz und all jener, welche ihre Geschäfte mit dem Sammeln und Verkaufen von Daten machen – benötigen weder fixe Produktionsstandorte noch eine feste Belegschaft. Auch die globale Güterproduktion und der Absatz der Waren findet heute durch weltumspannende Produktions- und Lieferketten statt. Um die Profitrate zu erhöhen, werden die Preisunterschiede für Ressourcen, Transport und die menschliche Arbeit – als bis heute wichtigste Ware in der kapitalistischen Produktion – geschickt genutzt. Die Voraussetzung hierfür jedoch sind zum einen intakte und möglichst ungestört verlaufende Handelsrouten als auch die Möglichkeit, Kapital schnell von einem Ort zum anderen zu transferieren, zu liquidieren und wieder auf ein Neues an anderer Stelle zu investieren. Unterschiedliche nationale Gesetzgebungen, eine restriktive Zollpolitik, Hindernisse für ausländische Investitionen, schwankende Wechselkurse oder starke nationale Währungen stellen dabei einen Faktor der Unberechenbarkeit dar. Dieselbe Auswirkung haben auch instabile politische Strukturen und andauernde ungelöste Krisen und Konflikte. Sie alle stellen Hindernisse für den freien Fluss des

Kapitals dar. Ebenso wie das nationale Kapital den Nationalstaat als rechtlichen Rahmen für die Schaffung eines einheitlichen Marktes benötigte, ist das globale Kapital heute auf eine »regelbasierte Weltordnung« angewiesen. Diese hebt die nationalstaatliche Ordnung zwar nicht vollständig auf, sie formt sie aber den Interessen des globalen Kapitals entsprechend um.

Der Mittlere Osten im Zentrum des Dritten Weltkriegs

So wie jede rechtliche Ordnung nur durch ihre potentiell gewaltsame Durchsetzung wirkliche Gültigkeit verliehen bekommt, will auch die anvisierte neue Weltordnung durch das strenge Auge einer Weltpolizei bewacht werden. Der Mittlere Osten besitzt vor diesem Hintergrund bis heute eine ganz besonders strategische Bedeutung. Allein seine geografische Lage, als Schnittstelle zwischen den Kontinenten, machte die Region schon immer zu einem der wichtigsten Knotenpunkte der weltweiten Handelsrouten. Von der antiken Seidenstraße bis zum Suezkanal und den neuen Großprojekten des 21. Jahrhunderts: Alle Wege des Handels von Ost nach West, müssen auf die eine oder andere Weise die Region passieren. Die Nationalstaaten im Mittleren Osten mit ihren überalterten, nationalistischen und oft despotischen Regimen, ihrer staatlich gelenkten oder in weiten Teilen verstaatlichten Wirtschaft waren dabei zum Anbruch des neuen Jahrtausends zu einem Hindernis für die vollständige Globalisierung der kapitalistischen Moderne geworden. Im 20. Jahrhundert hatte die nationalstaatliche Nachkriegsordnung, wie sie durch die damaligen Hegemonialmächte Großbritannien und Frankreich geschaffen wurde, einen großen Nutzen bei der Zersplitterung und Kontrolle der Region geleistet. Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wendete sich diese jedoch zusehends zu einem Hemmnis für den freien Fluss des Kapitals. Die bis heute andauernde US-amerikanische Intervention in der Region, beginnend mit dem zweiten Golfkrieg 1990, verfolgt, anders als von den USA selbst erklärt, nicht das Ziel, wahrhaftig demokratische Verhältnisse im Sinne der Völker der Region zu erstreiten, sondern eben jene rechtlichen und politischen Hindernisse aus dem Weg zu schaffen und den Mittleren Osten einem neuen Design zu unterziehen.

Eben aufgrund dieser strategischen Rolle, welche die Region spielt, hat die Freiheitsbewegung Kurdistans stets betont, dass ungeachtet der Eskalation des Krieges um die Ukraine 2022, der wachsenden Spannungen in Ostasien und der immer heftiger ausbrechenden Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent, auch weiterhin der Mittlere Osten das Zentrum der globalen Auseinandersetzungen darstellen wird. Dabei ist nicht gesagt, dass die Auseinandersetzungen mit Blick auf die materiellen Schäden oder menschlichen Verluste unbedingt die heftigsten sein müssen. Was aber gesagt wird, ist, dass es weiterhin der Mittlere Osten sein wird, in welchem die un-

terschiedlichsten regionalen und internationalen Mächte aufeinanderprallen und die nächsten entscheidenden Schlachten im Kampf um die Neugestaltung der Weltordnung geschlagen werden. Auch wenn diese Position, insbesondere seit Februar 2022, immer wieder von verschiedenen Seiten belächelt wurde, so haben doch die vergangenen 17 Monate des Krieges in aller Deutlichkeit unter Beweis gestellt, dass die Region vorerst einer der wichtigsten Schauplätze des globalen Ringens bleiben wird. Dabei haben der rücksichtslos geführte israelische Krieg in Gaza, die Invasion im Libanon und zuletzt die Implosion des Assad-Regimes bereits jetzt das Antlitz der Region unwiederbringlich verändert. Es sind allerdings nur die ersten Vorbote der neuen Ordnung, welche vor unseren Augen mit aller Gewalt aus dem Stein gemeißelt wird.

Veränderung im Mittleren Osten

Abdullah Öcalan selbst hat den Zusammenbruch des syrischen Regimes als das Ende des Status quo beschrieben, wie er mit dem Abkommen von Sykes-Picot und der Nachkriegsordnung des Ersten Weltkriegs geschaffen wurde. Mit dem Fall der Baath-Diktatur, welche Syrien über 60 Jahre in ihrem Klammergriff gehalten hatte, wurde eine wichtige Etappe in der Neugestaltung der Region begonnen. Es liegt auf der Hand, dass der Fall der Familie Assad aufs engste mit den Entwicklungen der vergangenen Jahre verbunden ist. So war es nicht zuletzt die massive Schwächung des Iran, dem wichtigsten Unterstützer Syriens, und seiner regionalen Verbündeten, die den Weg für den Zusammenbruch des Baathismus ebnete. Die israelische Invasion im Libanon ab September 2024 sowie die seit 2020 konstant anhaltenden Schläge der US-amerikanisch-britisch-israelischen Koalition gegen iranische Militärziele und Organisationen der so genannten »Achse des Widerstands«, vom Jemen bis in den Irak, haben die Bewegungsfreiheit der mit dem iranischen Regime verbündeten Kräfte entscheidend eingeschränkt. Auch Russland, welches als wichtigster Verbündeter Assads das marode Regime künstlich am Leben erhalten hatte, hat durch die Kämpfe um die Ukraine und die mit ihnen verbundenen wirtschaftlichen Folgen hohe Verluste erlitten und einen großen Teil seiner Handlungsfähigkeit eingebüßt. Auch ein Ausgleich zwischen den USA und Russland scheint vielen Beobachter:innen vor dem Hintergrund der Verhandlungen um die Ukraine nicht mehr unwahrscheinlich.

Mit dem Ende des Baathismus in Syrien und dem Eintritt in eine neue Etappe der Neuordnung des Mittleren Ostens ist ein für alle Mal das Ende der Epoche der klassischen Nationalstaaten in der Region angebrochen. Die Türkei und der Iran als letzte zwei verbliebene Mächte, welche noch auf dem Status quo des 20. Jahrhunderts beharren, stehen damit unter Zugzwang. War im 20. Jahrhundert die Türkei noch der entscheidende Staat in der westlichen Strategie im Mittleren Osten,

beansprucht heute Israel mehr als selbstbewusst die Position als zentrale Ordnungsmacht in der Region. In den vergangenen Jahrzehnten hat die türkische Führung vor allem versucht, von der günstigen geografischen Position der Türkei zu profitieren. Als Tor zu Asien war die Türkei schon immer eine wichtige Schnittstelle für den Ost-West-Handel und hat sich in den vergangenen Jahren vor allem angestrengt, zu einer Schnittstelle für den globalen Energie- und Gütertransfer zu werden. Die Transanatolische Pipeline TANAP, welche seit 2020 aserbaidschanisches Gas an die Europäische Union liefert, und der so genannte »Südliche Gaskorridor«, welcher zukünftig Gas aus den noch weitgehend unerschlossenen Reserven Turkmenistans Richtung Westen transportieren könnte, stellen für Europa nach dem Abbruch der Lieferungen russischen Pipeline-gases eine wichtige Alternative für die europäischen Märkte dar. Der so genannte »Mittlere Korridor«, ein Netz von Handelswegen von China über die zentralasiatischen Turkstaaten und die Türkei bis nach Zentraleuropa, könnte durch seinen Ausbau die Türkei in Zukunft zu einer der wichtigsten Drehscheiben für den Gütertransfer nach Europa machen.

Die Europäische Union, und allen voran auch die Bundesrepublik Deutschland, haben dabei durchaus auch ein Eigeninteresse am Ausbau der türkischen Projekte. Langfristig stellen diese einen Ausweg aus der vollständigen Abhängigkeit von US-amerikanischen Flüssiggasimporten dar und könnten die strategische Autonomie der EU gegenüber den USA stärken. Doch die europäischen Mächte besitzen aktuell nur einen Bruchteil ihrer vormaligen Kraft. Darüber hinaus machen die unklare Zukunft der Türkei und der Nachbarländer sowie die anhaltende Instabilität und Kriegssituation in der Türkei das Land derzeit zu einem wenig attraktiven Ziel ausländischer Investitionen. Es liegt dabei auf der Hand, dass die Türkei ohne eine Lösung der kurdischen Frage nicht in der Lage sein wird, sich aus dieser Situation zu befreien. Währenddessen haben die USA, Israel und auch die Staaten der Europäischen Union im September 2023 mit einer Absichtserklärung den Startschuss zu einer neuen Initiative gegeben. Der am Rande des G20 Gipfels in Neu-Delhi bekannt gegebene Wirtschaftskorridor Indien-Nahost-Europa (IMEC) soll Asien und Europa zukünftig unter Umgehung der Türkei und des Suez-Kanals über Indien, die Golfmonarchien, Jordanien, Israel, Südzypern und Griechenland miteinander verbinden. Die Lieferzeiten soll dies laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen um 30 - 40% verkürzen. Stand das Projekt bis vor Kurzem noch auf wackeligen Beinen, wurden mit der militärischen Niederlage der Hisbollah im Libanon sowie dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien und der damit einhergehenden Sicherung der Handelswege durch das Ostmittelmeer, die größten Hindernisse aus dem Weg geräumt.

Für die Türkei würde die Umsetzung des Abkommens eine strategische Schwächung bedeuten und das Land langfristig als Player an den Spielfeldrand manövrieren. Auch das seit 2024

offensiv propagierte Projekt der Iraq-Development Road, welche als türkisch-irakische Alternative zum IMEC gewertet werden kann, scheint vor dem Hintergrund der anhaltenden Auseinandersetzungen im Nordirak und der ungeklärten kurdischen Frage innerhalb der Türkei immer noch in weiter Ferne. Die Türkei hat sich mit ihrem Beharren auf eine militärische Lösung der kurdischen Frage in vielerlei Hinsicht selbst ins Abseits manövriert. Die vergangenen fast zehn Jahre des Krieges gegen die Freiheitsbewegung Kurdistans haben das Land nicht nur immer wieder in Konflikt mit seinen unmittelbaren Nachbarn gebracht, sondern auch die türkische Wirtschaft dem freien Fall preisgegeben. Trotz aller Anstrengungen und des massiven Einsatzes hochentwickelter Kriegstechnologie ist es der türkischen Armee nicht gelungen die Bewegung militärisch in die Knie zu zwingen. Auch die Demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ost-syriens stellt heute eine nicht zu unterschätzende Kraft dar, welche auf die eine oder andere Weise ihren Anteil an der Schaffung eines neuen syrischen Staatswesens haben wird. Die Türkei befindet sich heute selbst einmal mehr an einem Scheideweg. Auf der einen Seite kann sie sich unterordnen und in die neue Ordnung einfügen, die im Mittleren Osten unter israelischer Führung an Gestalt gewinnt, womit sie auch ihre Stellung als Regionalmacht zu großen Teilen einbüßen würde. Auf der anderen Seite kann sie die ausgestreckte Hand Abdullah Öcalans und der Freiheitsbewegung Kurdistans ergreifen und sich auf Grundlage einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage neu erfinden.

Die Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage

Der scheinbare Sinneswandel der türkischen Führung seit dem Herbst vergangenen Jahres und die Schritte auf Abdullah Öcalan zu, können nur vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Situation verstanden werden. Nicht umsonst betonen der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in gebetsmühlenartiger Weise immer wieder, dass es in Zeiten verstärkter Bedrohungen von Außen nun gelte die innere Front zu stabilisieren. Abdullah Öcalan hat seine Absicht bereits am 28. Dezember vergangenen Jahres klar zum Ausdruck gebracht und erklärt, dass nur eine friedliche Lösung der kurdischen Frage »das Land auf das Niveau bringen« wird, »das es verdient«. In der neuen Ordnung des Mittleren Ostens und der Welt, gibt es keinen Platz mehr für die türkische Republik des 20. Jahrhunderts. In seinem Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft machte Abdullah Öcalan auf die »tausendjährige gemeinsame Geschichte« und das »freiwillige Bündnis« des kurdischen und türkischen Volkes aufmerksam. Er betonte, dass die kapitalistische Moderne in den

**ABDULLAH ÖCALAN: DER KAMPF
UM DEN FRIEDEN WERDE NOCH
GRÖßERE ANSTRENGUNGEN
ALS DIE FORTSETZUNG DES
KRIEGES ERFORDERN.**

letzten zwei Jahrhunderten alles in ihrer Macht stehende unternehmen hat, um eben dieses Bündnis zu brechen und beide Völker gegeneinander auszuspielen. Öcalan unterstrich in den vorausgegangenen Gesprächen und den vergangenen Jahrzehnten immer wieder, dass weder die Kurd:innen, noch die Republik Türkei von der Weiterführung des Krieges profitieren. Er betrachtet dabei die kurdische Frage als ein vom Imperialismus geschaffenes und weiterhin aufrechterhaltenes Problem, welches ebenso wie die anderen ungelösten ethnischen und religiösen Konflikte im Mittleren Osten als Spielball in der Hand der Hegemonialmächte genutzt wird, um die Region geschwächt und unter Kontrolle zu halten. Schon während der Gespräche 2009/2010 bekundete Abdullah Öcalan mehrfach seine Absicht zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes und erklärte, das »Töten und getötet werden«, eine Situation des konstanten Konfliktes wie in Israel und Palästina, könne keine Lösung darstellen. Sein Ziel sei es, »die Pläne aller zu durchkreuzen«.

Die von Abdullah Öcalan in den letzten Monaten entwickelte Initiative kann nur vor diesem Hintergrund verstanden werden. Bereits im Januar erklärte die DEM-Partei nach einem Treffen auf der Gefängnisinsel İmralı, Abdullah Öcalan arbeite »am Aufbau eines Modells, das die Tür für imperialistische Ambitionen gegenüber dem Iran, dem Irak, Syrien und der Türkei schließen wird.« Dabei beharre Abdullah Öcalan wie 1993 auch heute noch darauf, dass das einzige Modell, das den Ländern der Region langfristige Stabilität, Sicherheit, Wohlstand, wirkliche Demokratie und vollständige Unabhängigkeit gewährleisten kann, kein anderes als die gemeinsame Koexistenz der Völker und das Konzept einer miteinander geteilten Heimat sein kann. Um zu verhindern, »dass die Völker ein neues Gaza und ein neues Bagdad erleben«, sei die demokratische Lösung der kurdischen Frage unabdingbar. Heute entscheide sich »entweder meine Lösung, oder die Lösung der USA«, so Abdullah Öcalan bereits im Januar. In Zeiten in denen weltweit der Faschismus um sich greift, in denen ein von Trump und Musk geführtes US-Imperium den Takt der globalen Konfrontationen immer weiter beschleunigt und nicht nur der Mittlere Osten im Chaos versinkt, kann der Vorstoß Öcalans als durchaus gewagter, aber mutiger Vorstoß und Suche nach einer demokratischen Alternative verstanden werden. Es bleibt zu hoffen, dass man dem historischen Aufruf Abdullah Öcalans auch in Ankara mit der nötigen strategischen Weitsicht begegnen wird und die Chance zu einer Lösung der kurdischen Frage in der Türkei, aber auch der weiterreichenden demokratischen Transformation der gesamten Region, nicht ungenutzt verstreichen lässt.

Doch der Umstand, dass die türkische Führung bis dato, trotz einseitigen Waffenstillstandes der PKK, beharrlich weiter

an ihrer Kriegspolitik festhält, tagtäglich die Gebiete Südkurdistan und Nord- und Ostsyriens mit Bombardements überzieht und auch in der Sprache keinen Schritt von der hasserfüllten und gewaltvollen Rhetorik zurückgeht, lässt immer wieder Zweifel an den Absichten des Staates laut werden. In Anbetracht der Geschichte der bisherigen Lösungsversuche seitens Abdullah Öcalans und der Freiheitsbewegung Kurdistan und der konsequenten Sabotage dieser durch sowohl innere als auch äußere Kräfte, welche von der Fortsetzung des Krieges profitieren, gilt es, die Entwicklungen mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Es darf nicht vergessen werden, dass der Staat auch in der Vergangenheit jede Gelegenheit und jede noch so kleine Schwachstelle genutzt hat, um der Freiheitsbewegung schwere Schläge zuzuführen. Abdullah Öcalan selbst hatte immer wieder darauf hingewiesen, dass der Kampf um den Frieden noch größere Anstrengungen als die Fortsetzung des Krieges erfordern werde. Daher gilt es für die demokratischen Kräfte in der Türkei, aber auch für die internationale Solidaritätsbewegung, in diesen Tagen nicht locker zu lassen, sondern ganz im Gegenteil, den politischen Druck aufrechtzuerhalten und noch weiter zu erhöhen. Wenn versucht werden sollte eine demokratische Lösung zu verzögern oder sich dieser gar vollständig verweigert werden sollte, so muss die Gesellschaft den Staat an den Verhandlungstisch zwingen. Internationaler Druck vor allem aus den europäischen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Es gilt daher auch, die scheidende und die kommende Bundesregierung stets zur Verantwortung zu rufen und durch vielfältige zivilgesellschaftliche Aktivitäten dazu zu bewegen, eine konstruktive Rolle im aktuell laufenden Prozess einzunehmen.

Eine neue Phase des Kampfes

Für die Freiheitsbewegung Kurdistan und die internationale Solidaritätsbewegung bedeutet die erreichte Etappe mit Sicherheit große Chancen, wird aber auch neue Herausforderungen bereithalten. Wie schon die PKK in ihrer Erklärung vom 1. März in aller Deutlichkeit festgehalten hat, stellt der Aufruf Abdullah Öcalans nicht das Ende eines Kampfes, sondern den Beginn einer völlig neuen Kampfphase dar. Ebenso wie der Prozess der Umgestaltung der Region mit aller Heftigkeit weiter andauern und wohl in der kommenden Zeit auch weiter an Fahrt aufnehmen wird, gilt es, die Phase der Umstrukturierung und der Neuaufstellung der Freiheitsbewegung mit der nötigen Initiative, Kraft und Energie anzugehen. Abdullah Öcalan hat in den Gesprächen der vergangenen Monate und seinen an die Öffentlichkeit gelangten Erklärungen klargestellt, dass der Schritt zur Auflösung der PKK und Umstrukturierung der Bewegung vor allem dazu dient, den Kampf um Sozialismus und Demokratie auf ein neues Niveau zu heben und die bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die besondere Vorreiterrolle, die

Abdullah Öcalan dabei der Frauenbewegung einräumt und sein Beharren darauf, dass der einzige Weg zum Sozialismus über die Frauenbefreiung führt, zeigt sehr deutlich, dass es für die Schaffung der im Aufruf geforderten »demokratischen Gesellschaft« weit mehr bedarf als bestimmter rechtlicher Zugeständnisse seitens des Staates. In seiner am 8. März veröffentlichten Botschaft, erklärte Öcalan, dass »die sozialistische Haltung eines Mannes [...] sich in seiner Beziehung zur Frau« zeige und verdeutlichte damit, dass die Demokratisierung zuallererst auch bei den innergesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Geschlechtern ansetzen müsse.

Abdullah Öcalan und die Freiheitsbewegung Kurdistan zeichnen sich in ihrer mehr als 50-jährigen Kampfgeschichte vor allem durch die Eigenschaft aus, flexibel auf jede Veränderung zu reagieren, die eigene Praxis, Arbeitsweise und sogar Organisationsform immer wieder kritisch zu hinterfragen und auf ihre Zweckmäßigkeit abzuklopfen und dort wo nötig, auch ohne zu zögern radikale Veränderungen einzuleiten, ohne dabei die eigenen Prinzipien aufzugeben. Mit seinem Aufruf versucht Abdullah Öcalan, die Kampfweise und Methoden der Bewegung entsprechend der Zeit und den Umständen anzupassen. Er stellt fest, dass der bewaffnete Kampf und auch die Arbeiterpartei Kurdistan ihre Rolle gespielt haben, es nunmehr aber an der Zeit sei, die Waffen schweigen zu lassen und den Weg für eine breite gesellschaftliche Beteiligung zu ebnen. Krieg und demokratische Gesellschaft sind zwei einander ausschließende Dinge. Das stellte Öcalan schon in seinen Verteidigungsschriften in den 2000er Jahren fest. In einer Atmosphäre der Gewalt, der Konfrontation und der Repression kann keine organisierte und damit demokratische Gesellschaft gedeihen. Die PKK erklärte in ihrer Stellungnahme vom 1. März, dass das durch Abdullah Öcalan entwickelte Bewusstsein und das große Erbe der Erfahrung der PKK dem Volk die Kraft verleihen, den Kampf für das Gute, das Wahre, das Schöne und die Freiheit auf der Grundlage der demokratischen Politik fortzuführen. Damit erklärt die PKK sehr deutlich, dass der von Abdullah Öcalan anvisierte Prozess der Umstrukturierung nur durch die aktive und massenhafte Beteiligung aller Teile der kurdischen Bevölkerung und der demokratischen Kräfte der Türkei erfolgreich sein kann.

Parallel dazu lässt sich ohne Zweifel sagen, dass auch in der kommenden Phase eine stark aufgestellte Solidaritätsbewegung in Europa und der Welt, mehr als jemals zuvor, von Nöten sein wird. Dabei gilt es, nicht in Passivität zu verfallen oder abzuwarten, wie sich die Lage entwickelt. Die sich öffnenden politischen Fenster müssen genutzt und die sich bietenden Möglichkeiten in Erfolge umgewandelt werden. Die Chancen für eine langfristige und bleibende Lösung der kurdischen Frage, einen würdevollen Frieden, wie ihn die Freiheitsbewegung seit Jahrzehnten immer wieder eingefordert hat, standen niemals besser.



Über die Architektur des Spezialkrieges

Krieg gegen die Gesellschaft

Fabian Priermaier, Mitarbeiter von Civaka Azad (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.)

Um sich einen Begriff davon machen zu können, worum es sich beim so genannten Spezialkrieg handelt, lohnt es sich zunächst, sich mit einer allgemeinen Definition von Krieg zu befassen. Aus dieser Perspektive ist Krieg allgemein ein Phänomen, das sich mit dem modernen Menschen in Relation zu den Hunderttausenden von Jahren menschlicher Geschichte insgesamt erst im Laufe der letzten Jahrtausende entwickelt hat. Krieg ist außer dem Menschen keinem anderen Lebewesen inhärent. Sicherlich kam es bereits unter den sogenannten Frühmenschen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber die strategische und planvolle Herangehensweise, die einen Krieg ausmacht, die Professionalisierung und Ausbildung von Krieger*innen sowie das Ziel der Vernichtung des Gegners oder der Eroberung eines gegnerischen Gebietes sind etwas, das sich erst seit wenigen Jahrtausenden vor der modernen Zeitrechnung entwickelte. Diese Entwicklung geht einher mit der Entstehung von Städten und Stadtstaaten, die zur Herausbildung von Herrschaft, Macht und Klassen führten. Kriege bildeten sich als politisches Mittel zur Besetzung und Neuaufteilung der Produktionsmittel mit der fortschreitenden Entwicklung der staatlichen Zivilisation heraus.

Eine heute geläufige Definition von Krieg stammt vom preußischen Generalmajor Carl von Clausewitz (1780-1831), der Krieg als »bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« definierte. Von Clausewitz beschreibt, dass Krieg dann als Mittel zum Tragen kommt, wenn zwei im Konflikt miteinander stehende Parteien ihre Probleme nicht durch Dialog beilegen können oder wenn Parteien ihre Interessen nicht durch Diplomatie durchsetzen können. Als essentielles Ziel des Krieges wird definiert, dem Gegenüber den eigenen Willen durch Gewalt aufzuzwingen.

Sowohl der Blick auf die Entstehung von Krieg sowie auch des heute noch geläufigen Verständnisses davon heben bereits einen essentiellen Sachverhalt hervor – der Krieg ist ein Mittel des Staates. Die einzige Form des Krieges, die davon auszunehmen ist, ist der Selbstverteidigungskrieg der Völker. Diese stellt die einzige Form des Krieges dar, bei der das Ziel nicht das

gewaltvolle Aufzwingen des eigenen Willens ist, sondern bei der es sich um einen Widerstand zur Befreiung handelt.

Widmen wir uns damit der Frage, was den Spezialkrieg als besondere Form des Krieges ausmacht. Die Ursprünge des Spezialkrieges finden sich bereits vor 2000 – 3000 Jahren. Dem bekannten chinesischen Militärstrategen und Philosophen Sunzi (auch Sun Tzu, 6. / 5. Jh. v. Chr.) wurde damals bewusst, dass ein Krieg nicht essentiell in der physischen Auseinandersetzung mit der Absicht der totalen Vernichtung des Gegners oder der vollkommenen Besetzung eines Gebiets entschieden werde, sondern dass ein Krieg stets um die Köpfe geführt und in den Köpfen gewonnen oder verloren werde.

Im Laufe der Jahrtausende entwickelte sich der vermeintlich »herkömmliche Krieg« in seinen Zielen, Mitteln und Methoden immer weiter und erreichte ab dem 18. Jh. und dann im 19. und 20. Jahrhundert zunehmend ein solch extremes

Niveau, dass die Gefahr der Vernichtung der Menschheit und der Erde durch Krieg real wurde. So sahen die Staaten den Bedarf für ein Übereinkommen zur Definition »konventioneller Kriegsführung«. Damit wurde allerdings der darüber hinausgehende Krieg nicht verworfen. In Folge entstand der Spezialkrieg, ein Krieg, der keine Konventionen und Regeln kennt und sich keine Grenzen setzt. We-

der gibt es eine offizielle Kriegserklärung, noch ein den Krieg abschließendes Friedensabkommen. Es sind keine Kriege, die zwischen zwei oder mehreren Staaten geführt werden, sondern es handelt sich um Kriege, die der jeweilige Staat gegen die Gesellschaft führt. Diese Kriege beziehen Ökonomie, Militär, Kultur und Politik sowie alles, was gegen den Menschen als Individuum und als politisch-moralisch organisierte Gesellschaft verwendet werden kann, mit ein.

Das zeigt aber auch deutlich, dass der Spezialkrieg ein bereits sehr altes Phänomen darstellt und bereits über eine gewisse Tradition verfügt, welche allerdings explizit nach dem Zweiten Weltkrieg an konkreterer bzw. qualitativ neu organisierter

KRIEGE BILDETEN SICH ALS POLITISCHES MITTEL ZUR BESETZUNG UND NEUAUFTEILUNG DER PRODUKTIONSMITTEL MIT DER FORTSCHRITENDEN ENTWICKLUNG DER STAATLICHEN ZIVILISATION HERAUS.

Struktur gewann. Der Zweite Weltkrieg als ein sogenannter »Heißer Krieg« hatte das oben angedeutete existenzgefährdende Niveau erreicht, an dem er faktisch eigentlich nicht mehr geführt werden konnte. Eine direkte militärische Konfrontation der beiden Hegemonialmächte, den USA im Westen auf der einen und der Sowjetunion im Osten auf der anderen Seite war aus existentieller Perspektive unmöglich geworden. Da aber in der Moderne Krieg zur entscheidenden Methode der Auseinandersetzung erhoben worden war, um systemische Entscheidungen zu treffen, musste eine neue Art der Kriegsführung entwickelt werden, die sich in der schon angedeuteten Welt der zwei Blöcke artikuliert und die mit Ausbrechen des sogenannten »Kalten Krieges« (1947-1989) einherging. Es begann eine Zeit der Stellvertreterkriege, der massiven Spionage, der Propagandakriege und der Versuche der Destabilisierung von Regierungen und Staaten. Während die Sowjetunion sich auf die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und auch in Afrika fokussierte, lag ein essentieller Fokus der US-Amerikaner auf der Organisierung eines »Grünen Gürtels« im Mittleren Osten und im asiatischen Raum. Der erste umfassende Spezialkrieg der Weltgeschichte mit dem Fokus auf die Gesellschaft des jeweils anderen Blocks nahm damit seinen Anfang.

Die NATO wurde zur Koordinierung des Spezialkrieges mit dem Ziel gegründet, den globalen Einfluss der Sowjetunion zu begrenzen, die aufkommenden nationalen Befreiungsbewegungen weltweit zu stürzen und um unliebsame Regierungen abzusetzen und an ihre Stelle dem Westblock wohlgesonnene Regierungen einzusetzen. Selbstverständlich bildete die NATO nicht die einzige jener (militär-)politischen Strukturen dieser Zeit, allerdings war sie diejenige, die sehr umfassend, systematisch und äußerst erfolgreich arbeitete.

Entsprechend soll sich im Folgenden vor allem mit ihrer Entwicklung und Methodik befasst werden, um allgemein ein besseres Verständnis des Konzepts »Spezialkrieg« zu vermitteln.

Die Führung des Spezialkriegs oblag den Geheimdiensten, die dafür eigene Kommandozentralen auch hinter »feindlichen Linien« aufbauten. Die CIA konnte dabei zum Beispiel insbesondere viel von den Erfahrungen der deutschen Nationalsozialisten profitieren, rehabilitierte auch viele von ihnen, um sie direkt für die Realisierung eigener politischer Ziele einsetzen zu können. Die Struktur der NATO, die zur Koordinierung des Spezialkrieges auf NATO-Gebiet gegen sozialistisch orientierte gesellschaftliche Kräfte eingerichtet wurde, trug später den Namen ‚Gladio‘ (der Name leitet sich vom lateinischen Wort ‚gladius‘ ab – die Bezeichnung für ein kurzes römisches Schwert). ‚Gladio‘ war

DER KRIEG IST EIN MITTEL DES STAATES. DIE EINZIGE FORM DES KRIEGES, DIE DAVON AUSZUNEHMEN IST, IST DER SELBSTVERTEIDIGUNGSKRIEG DER VÖLKER.

allerdings nur der Name der entsprechenden Struktur in Italien. Jedes Land baute eigene Strukturen auf, Deutschland beispielsweise die so genannte »Organisation Gehlen«, benannt nach Reinhard Gehlen, einem Generalmajor der Wehrmacht, der direkt nach dem Krieg in Kollaboration mit der CIA am Aufbau eines neuen deutschen Geheimdienstes arbeitete, dem er dann selbst mehrere Jahre als Leiter vorstand¹.

Während des Kalten Krieges befasste sich die NATO in erster Linie mit zwei sich ergänzenden Strategien. Zum einen meint das die Strategie des »Stay-behind«. Dabei ging es im Wesentlichen darum, dass Krieg nicht nur an der Front stattfindet, sondern in Form von asymmetrischer Kriegsführung, z. B. durch sogenannte »Schläferzellen« im Feindesland, die Sabotageaktionen durchführten, für gezielte Attentate eingesetzt wurden und allgemein sowohl auf militärischer als auch ziviler Ebene für Chaos sorgten. Ziel war es, so möglichst viele feindliche Kräfte zu binden, was zu einer allgemeinen Destabilisierung auch hinter den feindlichen Linien führen sollte. Zum anderen ging es um eine Präventionsstrategie, um das Formieren sozialistischer Strukturen sowie der Begrenzung des sich ausweitenden Einflusses der Sowjetunion bzw. des Ostblocks einzudämmen bzw. zu unterbinden. In diesem Rahmen wurden u. a. False-Flag-Attacken durchgeführt, die Bevölkerung terrorisiert und eingeschüchert, konterrevolutionäre, oft auch islamistische Strömungen unterstützt und da, wo es keine gab, wurden subversive Gruppierungen gegründet und (mit) finanziert.

Neben den USA sind es besonders Italien, die Türkei, Griechenland, Spanien, Frankreich, Belgien und Deutschland, die sich dabei hervortaten und über die im Nachhinein am meisten bekannt wurde. Es ist schwer zu sagen, wie viele dieser Strukturen im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Beendigung des Kalten Krieges aufgelöst wurden. In der Türkei beispielsweise erreichten diese Strukturen erst in den Jahren danach den Höhepunkt ihrer Aktivitäten. Und auch heute noch gibt es immer wieder Hinweise darauf, dass in der Türkei weiterhin solche Strukturen unter Namen wie JITEM oder Ergenekon² bestehen.

Allgemein kann gesagt werden, dass der Spezialkrieg in den 1990er Jahren nicht beendet wurde, sondern sich veränderte und eine neue Stufe und Qualität erreichte. Die NATO und ihre Verbündeten begannen sich neu aufzustellen, entwickelten Projekte wie die New World Order (NWO) und das Greater-Middle-East-Project. Auch andere

¹ BND (Bundesnachrichtendienst), offiziell am 1.4.1956 gegründet.

² Ergenekon: Name einer Organisation in der Türkei mit Verbindungen zu Mitgliedern des Militärs und Sicherheitskräften des Landes

Mächte wie China, Russland, Indien und Brasilien, die nach eigener Hegemonialmacht streben, entwickelten eigene neue Mechanismen zur effektiven Führung des Spezialkrieges. Es sind u.a. jene Entwicklungen, die von der kurdischen Freiheitsbewegung als Dritter Weltkrieg definiert werden.

Werfen wir nun aber noch einmal ein Auge darauf, welchen Strategien und Methoden der Spezialkrieg im Allgemeinen und im heutigen Informationszeitalter folgt. Prinzipiell lässt sich der Spezialkrieg heute in drei strategische Kategorien unterteilen:

1. **Unkonventionelle Kriegsführung**
2. **Destabilisierung feindlicher und Einsetzung wohlgesinnter Machthaber**
3. **Psychologische Kriegsführung.**

Der unkonventionelle Krieg lässt sich als ein Krieg beschreiben, der von keiner offiziellen (staatlichen) Armee geführt wird. Stattdessen werden Konterguerilla, Paramilitär, Privatarmeen, Banden, Gangs sowie sonstige Proxy-Kräfte eingesetzt.

Bei der Destabilisierung feindlicher und Einsetzung wohlgesinnter Machthaber lassen sich etliche Operationen, die von der CIA durchgeführt wurden, anführen. Beispiele dafür sind der Putsch in Guatemala (1954), in Brasilien (1964), in Chile (1973), die eingesetzten Machthaber von El Salvador zwischen 1979 und 1992, der Bürgerkrieg von 1979 bis 1990 in Nicaragua, die militärische Intervention in Panama 1989, der versuchte Putsch in Venezuela 2002 und in Haiti 2004 oder der Putsch in Honduras 2009.

Unter psychologischer Kriegsführung lassen sich jegliche Propagandaformen, jegliche Versuche, die Moral der feindlichen Kräfte zu untergraben und die Moral der eigenen Kräfte zu stärken, verstehen. Dabei ist wie oben erwähnt das Ziel nicht wie im klassischen Krieg die physische Vernichtung des Gegners oder die physische Besetzung eines feindlichen Gebietes, sondern die mentale Zersetzung oder die Kapitulation des Feindes, im besten Fall ohne dass ein einziger Schuss fällt. Dabei setzen die Elemente des Spezialkrieges immer auf die Vertiefung und Ausweitung bestehender gesellschaftlicher Konflikte und Spaltungen, zum Beispiel zwischen linker und rechter Politik, zwischen dem alewitischen und dem sunnitischen Glauben, zwischen der türkischen und der kurdischen Nationalität, zwischen Ost und West etc. Sie folgen dabei der altbekannten Formel des Teilens und Herrschens.

ALLGEMEIN KANN GESAGT WERDEN,
DASS DER SPEZIALKRIEG IN DEN 1990ER
JAHREN NICHT BEENDET WURDE,
SONDERN SICH VERÄNDERTE UND EINE
NEUE STUFE UND QUALITÄT ERREICHTE.

Wo im antiken Rom noch die Rede von »Brot und Spiele« war, was im faschistischen Portugal unter Salazar als »Fado, Fátima, Futebol« (»Musik, Religion, Sport«) übernommen und erweitert wurde, bezeichnet der kurdische Vordenker Abdullah Öcalan heute als »Spor, Seks ve Sanat« (»Sport, Sex und Kunst«). Diese drei Elemente bilden essentielle Waffen, die in der kapitalistischen Moderne gegen die Gesellschaft eingesetzt werden, um eine Gesellschaft des Spektakels am Leben zu erhalten. Gerade die Sexindustrie, mit ihrer massiven Ausweitung der Prostitution, Normalisierung des Konsums von Pornographie sowie der um sich greifenden Vergewaltigungskultur als Folge der sich immer weiter vertiefenden ungelösten Geschlechterfrage trägt dabei stark zu einem gesellschaftlichen Verfall bei, der immer eine Folge des Spezialkrieges ist.

Beim Spezialkrieg wird immer gezielt die Gesellschaft auf kultureller und ethischer Ebene attackiert. Im Namen der Moderne werden Kulturen und Traditionen aufgegeben, ein der Gesellschaftlichkeit schädlicher Individualismus vorangetrieben und ein Einheitsmensch geschaffen, der sich selbst seiner Natur und seinem eigenen Wesen entfremdet hat, ein Mensch, dem die Fähigkeit genommen wird, über sich selbst zu bestimmen, demokratisch zu handeln und der somit in vollkommene Abhängigkeit vom Staat getrieben wird. Der moderne Mensch sieht sich als der freieste in der Geschichte der Menschheit, aber er ist so sehr in Abhängigkeit geraten wie noch keiner vor ihm. Gerade die erschreckenden psychologischen Folgen dessen sind heute eindrucksvoller zu beobachten als jemals zuvor.

An dieser Stelle ist noch eine Ebene zu erwähnen, die sich vor allem in den letzten zwanzig Jahren rasant entwickelt hat. Im 20. Jahrhundert begann der Siegeszug der modernen Technologie. Nachdem sich bereits durch das Aufkommen von Zeitungen und dem Kino ganz neue Möglichkeiten der psychologischen und ideologischen Kriegsführung boten, wurden durch das Radio und den Fernseher in immer mehr Haushalten eine weitere Kettenreaktion ausgelöst, die dann noch

einmal bei weitem übertroffen wurde durch die Entwicklungen und Möglichkeiten des Internets, der digitalen Medien und der künstlichen Intelligenz. Das Radio und der Fernseher hatten es zwar bereits in viele Haushalte und den Alltag der Menschen geschafft, doch waren sie noch begrenzt. Das heutige Internet und die digitalen Medien mit ihren Algorithmen, die nachweislich nicht weniger abhängig machen als harte Drogen, haben es nun aber geschafft, eine nahezu ununterbrochene und perfekt auf jedes Individuum zugeschnittene psychologische sowie ideologische »Bombardierung« zu ermöglichen. Sicherlich kann nicht geleugnet werden, dass die Technik, egal ob das Internet, die digitalen Medien mit ihren



Ziel des Spezialkriegs ist die sich selbst organisierende Gesellschaft. Hier in Kobanê, Frauen am 8.März 2025. Foto: ANF

Algorithmen oder künstliche Intelligenz, auch positive Möglichkeiten besitzt, aber die genannten Medientechniken sind letztlich keine demokratisch kontrollierten Werkzeuge, die der Gesellschaft dienen. Dafür wurden sie nie geschaffen. Das soziale Netzwerk Facebook beispielsweise entstand bekanntlich aus der sexistischen Phantasie eines jungen Mannes, der eine öffentliche Plattform schuf, auf der jeder die äußere sexuelle Anziehung seiner Kommilitoninnen ohne deren Wissen und Einwilligung bewerten konnte.

Fazit

Die Methoden des Spezialkrieges sind überaus vielfältig, haben sich im Laufe der Zeit und mit den verschiedenen regionalen Realitäten immer wieder gewandelt, angepasst und wurden meist mit verheerenden Folgen weiterentwickelt. Der Versuch zusammenzufassen, was alleine das gezielte In-Umlauf-Bringen von Drogen, die gezielte Verwendung einer bestimmten Rhetorik oder das Streuen von Fake News bewirkt hat bzw. bewirken kann, wäre ein Projekt, das etliche Bücher füllen würde. An dieser Stelle muss vorerst der Versuch reichen, eine grobe Vorstellung dessen zu geben, was sich alles hinter dem unscheinbaren Wort ‚Spezialkrieg‘ verbirgt.

Entsprechend soll sich zum Schluss noch kurz mit dem Begriff ‚Spezialkrieg‘ an sich befassen werden. Der Begriff ist so im Deutschen wenig geläufig und wird meist im Kontext der kurdischen Freiheitsbewegung verwendet. Ursprünglich

kommt er aus dem Türkischen ‚Özel Savaş‘ (‚besonders, speziell‘ und ‚Krieg‘), wo er Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre aufkam und sich schnell verbreitete. Immer wieder sieht man in deutschen Texten, dass der Begriff schlicht als ‚psychologische Kriegsführung‘ oder ‚asymmetrische Kriegsführung‘ übernommen wird, was allerdings wie oben beschrieben zu kurz gegriffen ist.

Die oben beschriebene Ausführung der historischen Entwicklung des Spezialkrieges erreichte mit dem NATO-Beitritt 1952 auch die Türkei. Der türkische Geheimdienst MİT (Millî İstihbarât Teşkilâtı) begann in enger Zusammenarbeit mit den NATO-Kräften, allen voran der US-amerikanischen CIA, entsprechend der in anderen Ländern zuvor gewonnenen Erfahrungen auch in der Türkei ein Stay-behind-Netzwerk unter dem Namen »Gladio« aufzubauen. Um diesem Netzwerk

eine Struktur zu geben wurden dafür sogenannte »Besondere und Unterstützende Kampfeinheiten« (Hususi ve Yardımcı Muharip Birlikleri) gegründet, die in den USA ihre praktische Ausbildung durchliefen. Wenig später drangen dann Informationen über eine zusätzlich gebildete Struktur, den »Rat für Mobilisierungsforschung« (Seferberlik Tetkik Kurulu), nach außen. Dieser Rat wurde kurz darauf in »Amt für Besondere Kriegsführung« (Özel Harp Dairesi) umbenannt. Die Aktivitäten dieser Strukturen wurden dann unter dem Namen »Özel Savaş« – »Spezialkrieg« – bekannt.



BEIM SPEZIALKRIEG WIRD IMMER
GEZIELT DIE GESELLSCHAFT AUF
KULTURELLER UND ETHISCHER
EBENE ATTACKIERT.

Die Jugend im Visier der kapitalistischen Moderne

Die spezielle Kriegsführung und die Jugend

Nûcan Mawa, Jinen Xwendekarên Kurdistan (JXK) – Studierende Frauen Kurdistans

Die Freiheitsbewegung Kurdistans hat eine lange Geschichte des Widerstands und des Kampfes. Aufgrund ihres widerständigen Charakters war die Bewegung immer Angriffen ausgesetzt und erlitt furchtbare Massaker. Die mit dem Faschismus konfrontierte kurdische Bevölkerung leistete vehement Widerstand. Angesichts dieser unbezwingbaren Haltung begann der Staat, mit unterschiedlichen Methoden gegen die kurdische Bevölkerung vorzugehen und einen speziellen, psychologischen Krieg zu führen. Ein wesentlicher Aspekt dieses Krieges besteht darin, dass vor allem die Jugend und die Frauen ins Visier genommen werden. Insbesondere diese beiden widerständigen Kräfte stellen mit ihrer dynamischen und sich ständig erneuernden Natur eine Gefahr für den Staat dar. In jüngster Zeit wurde, vor allen Dingen gegen die Jugend, zunehmend eine spezielle Kriegsführung angewandt. Um die Assimilationspolitik gegenüber der Jugend zu verstehen, ist es hilfreich, sie im Kontext des sich wandelnden kontinuierlichen Spezialkriegs zu analysieren.

Mit Spezialkrieg ist nicht einfach nur ein grober militärischer Konflikt gemeint. Vielmehr geht es um eine an die Bedingungen der Gegenwart angepasste, spezialisierte Kriegsführung, die tief in die Strukturen der Gesellschaft und des Individuums eindringt. Dieser Krieg zielt darauf ab, gesellschaftliche Dynamiken zu zerstören und alle moralischen sowie politischen Werte einer Gesellschaft aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen. Die Kraft, die sich dem am besten entgegenstellen kann, ist die Jugend, die avantgardistische Kraft der Gesellschaft. Daher richtet sich der Spezialkrieg – insgesamt wie auch in einzelnen Maßnahmen – vorrangig gegen die Jugend.

Krieg ist nicht einfach nur ein Gewaltakt oder eine Auseinandersetzung zwischen Menschen. Krieg ist ein umfassender

bewaffneter Konflikt zwischen Staaten, Ländern oder großen Gruppen innerhalb eines Landes. Einfacher ausgedrückt: Krieg ist eine Tätigkeit, bei der Gegner versuchen, sich gegenseitig mit Waffengewalt ihren Willen aufzuzwingen. Es geht also darum, den Willen der Gegenseite zu brechen. Doch neben der bewaffneten Auseinandersetzung gehören oft auch nicht-militärische Mittel wie Einschüchterung oder physische und psychische Schädigung zum Krieg. Wenn man Krieg nur als bewaffnete Gewalt definiert, dann versteht man ihn lediglich als offene Feldschlacht, in der Gegner mit aller Kraft versuchen, sich gegenseitig zu vernichten oder zur Kapitulation zu zwingen. Doch das ist nur eine Dimension des Krieges. Tatsächlich ist Krieg nicht nur eine militärische, sondern eine umfassende Auseinandersetzung. Sie schließt neben den militärischen Elementen auch wirtschaftliche, politische, diplomatische, ideologische, kulturelle und psychologische Komponenten mit ein. In dieser erweiterten Form nennen wir den Krieg des 21. Jahrhunderts Spezialkrieg.

Angriffe auf die Gesellschaft

Das Phänomen, das wir als Spezialkrieg betrachten, ist eine Form des Krieges, die in der Klassengesellschaft entwickelt wurde. Eine andere Bezeichnung dafür ist »regelloser Krieg«. Es ist ein Krieg, der jegliche Unmoral als legitim betrachtet, alles tut, um sein Kapital zu vergrößern, den Menschen ewige Knechtschaft aufzwingt und keinerlei Regeln oder Prinzipien anerkennt. Wie Rêber Apo betont, müssen alle Angriffe auf die Gesellschaft im Rahmen des Spezialkriegs betrachtet werden. Spezialkrieg ist also ein erklärter und kontinuierlich geführter Krieg der Herrschenden und Ausbeuter, der in alle Bereiche der Gesellschaft dringt.

Die Gesellschaft ist eine dynamische Kraft, die sich schützt und ihre Existenz verteidigt. Um ihre Kontinuität zu sichern, muss sie ihre Sprache und Kultur bewahren. Doch genau das steht der kapitalistischen Moderne im Weg. In einer Zeit, in der Sprache, Kultur und Traditionen vereinheitlicht werden sollen, ist es entscheidend, den Spezialkrieg zu verstehen.

Denn die Jugend ist es, die das Fortbestehen der Gesellschaft sichert und Werte an die nächste Generation weiterträgt. Eine Orientierungslosigkeit, Entwurzelung und Entfremdung der Jugend von sich selbst und ihrer Gesellschaft kann dazu führen, dass die Gesellschaft ins historische Abseits gedrängt wird – ein Prozess, den wir als kulturellen Genozid, auch Soziozid bezeichnen. Das Hauptziel des Spezialkriegs ist es, die Jugend ihres Wesens zu entfremden und einer kulturellen Assimilation zu unterziehen. Eine assimilierte Jugend ist eine willenlose Jugend. Und eine Jugend ohne Willen kann keine Vorreiterrolle innerhalb der Gesellschaft übernehmen. Sie wird manipulierbar. Kurz gesagt: Die kapitalistische Moderne schafft eine Masse von Individuen, die nicht selbstständig denken kann, Befehle mechanisch ausführt, nicht hinterfragt und ein eintöniges Leben akzeptiert, das sie daran hindert, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Diese Gefahr besteht auch für die Jugend Kurdistans.

Der in Kurdistan und Europa geführte Spezialkrieg hat die Jugend ins Visier genommen. Die gegen die kurdische Jugend angewandten Methoden des Spezialkriegs sind sogar ausgefeilter und wirkungsvoller als in anderen Ländern. Auf der einen Seite steht die Beharrlichkeit der Kurden in ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie, auf der anderen der staatliche Widerstand gegen diesen Freiheitswillen. Das hat dazu geführt, dass die in Kurdistan angewandten Spezialkriegsstrategien massiv intensiviert und erweitert wurden. Um sie von ihrer Gesellschaft zu entfremden, wurden kurdische Jugendliche Praktiken und Angriffen ausgesetzt, die selbst für Laborversuche an Versuchstieren als unethisch gälten. Ihr Geschichts- und Gesellschaftsverständnis wurde verdreht, ihre Energie in eine entfremdete Lebensweise gelenkt.

Drogenmissbrauch, geistige Abstumpfung, Entfremdung, Werteverlust, Manipulation des Bewusstseins, Denkblockaden, eine dekadente Lebensweise, ein Konsumdenken ohne Kreativität, Entwurzelung, Scham über die eigene Sprache und Kultur – all das wurde der kurdischen Jugend als Lebensrealität aufgezwungen. Diese perfide Strategie, die durch schmutzige Mittel ihre schmutzigen Ziele verfolgt, hat den Spezialkrieg weiter eskaliert und vertieft.

Die Kunst – ein Werkzeug der speziellen Kriegsführung

Die Art und Weise, wie die kapitalistische Moderne mittels spezieller Kriegsführung die Jugend lenkt, ist ein äußerst weitreichendes Thema. Hier wollen wir uns auf einige der wirkungsvollsten Steuerungsmechanismen des Systems konzentrieren – Kunst und Sexualität (der Sport wäre eigentlich auch noch zu nennen) – und analysieren, wie sie eingesetzt werden,

um die Gegnerschaft der kapitalistischen Moderne gegenüber der Jugend und der Gesellschaft zu verstehen.

Kunst ist eines der am stärksten mit der Gesellschaft verbundenen kulturellen Elemente. Jede sich entwickelnde Gesellschaft bringt Kunst hervor. Da Kunst ihren Ursprung in den ersten praktischen Manifestationen des Glaubens hat, ist sie eng mit der Moral verbunden. Unter den kulturellen Bereichen spricht die Kunst mit ihrer eigenen Sprache und ihren Werken die gesamte Gesellschaft an. Dass eine so gesellschaftliche Sphäre innerhalb des kapitalistischen Systems ins Gegenteil verkehrt und missbraucht wird, ist eine Folge der kapitalistischen Gesellschaftsparadigmen.

Bekanntermaßen durchdringt das kapitalistische System die Gesellschaft, indem es ihr soziales Gefüge zersetzt. Dabei greift es als erstes die Moral an. Zu diesem Zweck missbraucht das System die Kunst und entfremdet sie von ihrer eigentlichen Funktion. Während die Gesellschaft eine gemeinschaftliche und demokratische Struktur inne hat, wird durch die Kunst gezielt Individualismus und Gleichgültigkeit in der Jugend gefördert. Dass Künstler:innen heutzutage jene Gruppe sind, die am weitesten von der Gesellschaft entfernt ist, ist kein Zufall. Dabei sollte Kunst in erster Linie die Gesellschaft leiten und Widerspruch leisten, wo es nötig ist. Doch stattdessen dient sie heutzutage vor allem dazu, Individuen, insbesondere Jugendliche, von der Gesellschaft zu entfremden.

Die Jugend Kurdistans wurde durch eine verfälschte Kunst dazu verleitet, sich gedankenlos an fragwürdigen Figuren zu orientieren und so ihrer eigenen Moral entfremdet zu werden. Die Einführung der »Arabesk«-kulturellen Elemente, die in der kurdischen Kunst nicht verwurzelt sind, sind ein Angriff auf die Geschichte, Kultur, Sprache und das gesellschaftliche Leben der Kurd:innen. Es wurde eine Jugend geschaffen, die ihre gesellschaftliche Aufgabe nicht kennt und daher nur oberflächlich mit Kunst umgeht. Unter dem Vorwand »so ist nun mal der Zeitgeist«, wurde ein charakterloses Jugendbild geformt. Die Jugend wurde in eine Position gedrängt, in der sie nicht mehr hinterfragt, sondern nur noch imitiert.

Diese subtil eingeführten Spezialkriegsmechanismen führen zu einer schleichenden Assimilation, in der Kultur kaum mehr ihren Namen verdient. Die Abwesenheit von Kunst bedeutet zugleich die Abwesenheit von Kultur. Entfremdung von der eigenen Kunst bedeutet daher auch die Entfremdung von der gesellschaftlichen Erinnerung und Lebensweise.

Wie alles hat das kapitalistische System auch die Kunst zur Ware gemacht. Dass die Jugend heute Kunst wie ein Produkt aus dem Supermarkt konsumiert, ist eine direkte Folge dieser Entwicklung. Deshalb ist es ein großer Fehler, das, was als Kunst präsentiert wird, unkritisch zu rezipieren. Es bedeutet

letztlich, ein Zahnrad im Getriebe des kapitalistischen Systems zu werden. Dabei sollte man nicht vergessen, dass wahre Kunst darin besteht, die eigene Kultur und Moral zu leben und den Kampf für ihr Fortleben zu führen.

Die sexistische Zivilisation

Mit dem Beginn der Vorherrschaft des kapitalistischen Systems geriet auch die Sexualität außer Kontrolle und wurde in den Dienst des Systems gestellt, um die Jugend zu unterwerfen und leichter lenkbar zu machen. Die kapitalistische Zivilisation selbst ist sexistisch. Wie bekannt, ist sie ein Produkt der Geschlechterspaltungen, die zum Nachteil der Frauen vollzogen wurden. Dieser sexistische Ansatz wurde im Kapitalismus auf die Spitze getrieben.

Sexualität ist einer der grundlegenden Triebe, die eine Rolle für das Fortbestehen der Menschheit spielen. Sie wurde sogar bis zur Heiligkeit erhoben und trägt auch zur Gesellschaftlichkeit bei. In keiner anderen Epoche der Geschichte – weder in der Sklaverei noch im Feudalismus – wurde die Sexualität so industrialisiert und kommerzialisiert wie im Zeitalter des Kapitalismus. Die heutige Kommerzialisierung von Sexualität ist, ähnlich wie der Kunstbereich, ein Ergebnis des Kapitalismus. Die Instrumentalisierung von Sexualität in dieser Form ist unmittelbarer Ausdruck des Geschlechterverhältnisses und der Gesellschaftsverhältnisse der kapitalistischen Moderne insgesamt. Wenn es jedoch um Kurdistan geht, kommen noch feinere politische Strategien ins Spiel. Die Jugend, die wir als besondere Zielgruppe des Spezialkriegs erkennen, wurde auch in diesem Bereich ins Visier genommen. Die Sexualität wurde als Instrument zur Abstumpfung der Dynamik und der Beweglichkeit der Jugend eingesetzt. Gefühle wurden auf den bloßen Trieb reduziert.

Unzweifelhaft spielen die durch den Kapitalismus verursachten Zerstörungen des menschlichen Verstandes und der Gefühle eine Rolle in der Umformung der Sexualität zur Ware in der Sexindustrie. Im kapitalistischen System wird der Verstand eigennützig und egoistisch, und der Mensch denkt nur an sich selbst. Für erhabene Gefühle gibt es in diesem Denken keinen Platz. An die Stelle von Gefühlen treten Triebe. Deshalb gibt es in diesem System keine epischen Liebesgeschichten mehr wie in vergangenen Zeiten. Da die Sexualität nicht mehr durch mögliche Liebe und Zuneigung zwischen den Geschlechtern reguliert wird, gerät das gesellschaftliche Gleichgewicht außer Kontrolle. Die Sexualität wurde zum Animalischen degradiert und unkontrollierten Trieben überlassen. Ein Ergebnis ist die Sexindustrie. Besonders gefährlich ist der Umstand, dass ein eigentlich gesellschaftlich verbindender Trieb der Kontrolle durch Gefühle und Verstand entzogen wurde. Eine Jugend, die in einen solchen Zustand versetzt wurde, kann sich nicht

mehr mit ihren eigenen Problemen auseinandersetzen oder eigenständig Lösungen entwickeln. Eine solche Jugend wird zu einer manipulierten Generation, die als bloßes Objekt des herrschenden Systems fungiert.

Dass es in Kurdistan an jeder Straßenecke ein Bordell gibt, ist kein Zufall. Einerseits wurde die Jugend ihrer Freiheitsbewegung entfremdet, andererseits wurde ihr die Möglichkeit genommen, sich mit den bestehenden gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen. Die Dynamik der Jugend wurde durch den Staat gezähmt. Eine Jugend, die für Organisation und Aktion steht, wurde so in einen Zustand der Organisations- und Handlungslosigkeit versetzt. Sie wurde der Fähigkeit beraubt, klar zu denken. Ihre Träume wurden in einen Käfig gesperrt, und dieser Käfig wurde mit Symbolen gefüllt, die ihre Perspektive und ihr Denken beschränken.

Der Druck auf die Jugend ist umfassend. Es gibt kaum noch einen Aspekt im Leben, der nicht Gegenstand einer speziellen Kriegsführung ist. Dessen muss die Jugend sich vor allem bewusst werden. Bewusstsein bedeutet Verstehen, und Verstehen bedeutet Handeln. Sie wird nur so viel begreifen, wie sie handelt, und sie wird nur so viel wahrnehmen, wie sie versteht. Daher muss sie sich mit einer nicht systemkonformen Denkweise selbst bilden und eine Alternative schaffen. Sie muss den richtigen Weg finden und entsprechend ihren Kurs bestimmen. Anschließend muss sie sich die Frage stellen: »Soll ich das vorgegebene Leben akzeptieren und mich anpassen, oder soll ich es ablehnen, mich absetzen und dadurch befreien?«

Wenn sie sich gegen das Bestehende entscheidet und den Weg der Befreiung wählt, muss sie ihr Bewusstsein vertiefen. Dort, wo das System die Jugend in den Abgrund gestoßen hat, muss sie sich besonders mit diesen Themen auseinandersetzen, ihre Selbstreflexion stärken und mit noch tieferen Analysen dem kapitalistischen System entgegentreten. Sie darf der Prostitution, den Drogen und dem dekadenten Leben keinen Raum geben. Sie muss die Gesellschaft stärken. Sie muss ihre Kultur, Moral, Sprache und alle ihre gesellschaftlichen Werte bewahren. Sie muss ihre Einzigartigkeit und Existenz verteidigen.

In allen Bereichen muss sie sich organisieren und aktiv werden. Sie muss Wut auf das System empfinden, es verachten – ja, es sogar ausspucken. Auszuspucken bedeutet, den Schmutz nach draußen zu befördern. Der Schmutz ist der Kapitalismus. Wenn wir ein freies und demokratisches Leben wollen, müssen wir den Kapitalismus ausspucken. Je mehr die Jugend den Kapitalismus ausspuckt, desto mehr wird sie zur Alternative. Je mehr sie zur Alternative wird, desto mehr wird sie sich verjüngen. Und je mehr sie sich verjüngt, desto mehr wird sie ihre historische Mission erfüllen.



Der Aufbau der Hizbulkontra als Waffe gegen den Widerstand des kurdischen Volkes

Die Geschichte von Hizbulkontra und Hüda Par

Cengiz Altun & Çetin Ababay

Die vom türkischen Staat gegründete Hizbullah sitzt nun als Hüda Par auf dem Ticket der AKP im Parlament in Ankara. Ein Blick in ihre Geschichte zeigt auf, was das Erdoğan-Regime heute mit der Hüda Par bezweckt.

Eine Zusammenfassung der Veröffentlichung bei ANF vom 4. und 7. Oktober 2024

Der türkische Staat versucht seit seiner Gründung mit allen Mitteln die kurdische Identität und den kurdischen Widerstand zu vernichten. Als sich ab den 1970er Jahren die kurdische Freiheitsbewegung auf der Grundlage linker und sozialistischer Prinzipien entwickelte, wurden mithilfe von NATO-Strukturen Konterguerillaeinheiten wie Gladio organisiert. Andererseits wurde auch versucht, auf gesellschaftlicher Ebene gegen die Ausbreitung der Freiheitsbewegung zu intervenieren. Diese strategischen Angriffe waren jedoch nicht geeignet, um die Freiheitsbewegung aufzuhalten. Während einerseits der Geheimdienst der Militärpolizei (JITEM) systematisch folterte, mordete und unzählige Menschen verschwinden ließ, wurde eine neue Formation unter islamistischer Maske aufgebaut. Das Amt für Spezialkriegsführung schuf die Hizbullah der Türkei, auch bekannt als Hizbulkontra. Die klar islamistisch, antikommunistisch ausgerichtete Hizbullah schien das geeignete Werkzeug zu sein, um eine linke Freiheitsbewegung in traditionell konservativen Regionen zu liquidieren und die Gesellschaft mit islamistischem Terror und Morden zu überziehen und einzuschüchtern. Auf dem Ticket der AKP sitzt nun der unter dem Namen Hüda Par agierende politische Flügel der Mörderbande im Parlament.

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 sagte der damalige türkische Innenminister Süleyman Soylu im Fernsehsender Habertürk dazu: »Sie werden sehen, dass der Schritt, den Tayyip Erdoğan mit der Hüda Par unternommen hat, in einer Zeit, in der die Türkei in Bezug auf die konservative Politik im Osten und Südosten in den letzten 20 bis 30 Jahren allein agiert hat, sehr intelligent war. Es ist ein sehr starker soziologischer Schritt und Ausdruck eines großartigen Staatsgeistes.«

Was bedeutet »soziologischer Schritt« in dieser Aussage? Was erhofft sich der »Staatsgeist« von diesem Schritt? Warum wurde diese mörderische Struktur, die zuvor auf Eis gelegt worden war, von der Abteilung für Spezialkriegsführung wieder ins Spiel gebracht? Der türkische Staat hat seit seiner Gründung bis heute viele Strategien, Pläne und Projekte entwickelt, um die gesellschaftliche Struktur und Organisation in Kurdistan zu verändern, zu stören und neue Konfliktfelder zu eröffnen. Die Äußerungen von Soylu können als ein Teil dessen angesehen werden. Um das einordnen zu können, ist ein Blick in die Geschichte dieser islamistischen JITEM-Parallelstruktur notwendig. Denn, in den 1990er Jahren ausgebildet und auf die Straße gebracht, ist die Hizbulkontra für die Ermordung von Tausenden von Kurd:innen verantwortlich. Ihr Name ist untrennbar mit der sogenannten Schweinefessel, Hackbeilen und Erschießungen verbunden.

Die historischen Ursprünge der Hizbulkontra

Bei der Hizbullah handelt es sich um einen Apparat, dessen Kader sich bis in die Jahre 1978/79 zurückverfolgen lassen. Ein weiterer Punkt ist, dass die räumliche Dimension, die topografische Perspektive, bisher in den Untersuchungen weitgehend außer Acht gelassen wurde. Wo ist diese Struktur entstanden, wo hat sie operiert, wo war sie aktiv und was sind die spezifischen Merkmale dieser Orte? Warum ist sie zum Beispiel in Farqîn (tr. Silvan) aktiv, aber nicht in Pasûr (Kulp) und Licê? Warum ist sie in Kercews (Gercûs) und nicht in Hezo (Kozluk) verortet? Auf welche Art und Weise und aus welchen Gründen hat sie ihre spezifische Gewaltpraxis entwickelt, mit der sie sich so tief in das kollektive Gedächtnis eingegraben hat? Es ist sehr wichtig zu untersuchen, wie sie ein Klima der Mikrogewalt geschaffen hat, das das tägliche Leben fast lähmte. Diese Punkte müssen genau analysiert werden, anders wird es nicht möglich sein, die Organisation Hizbulkontra zu durchschauen und ihre aktuellen Ziele vollständig zu begreifen.

Im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg arbeiteten der türkische Staat und die NATO daran, Antikommunismus durch das Amt für Spezialkriegsführung, antikommunistische Vereine



Auf der ganzen Welt wird gegen die Zusammenarbeit und Interessengemeinschaft zwischen türkischem Staat und islamistischen Strukturen protestiert. Hier in Washington. Foto: ANF

und die Nationale Union der türkischen Studenten (MTTB) zu verbreiten. Diese Tendenz bekam insbesondere in 1970er Jahren mit den wachsenden linken Kämpfen in der Türkei und Kurdistan Bedeutung. In Kurdistan wurde sie gegen die aufkommende antikoloniale Bewegung in Anschlag gebracht, um die Unruhe islamisch-konservativer Kreise in Kurdistan angesichts des Aufbruchs konterrevolutionär nutzen zu können.

Diese Situation verschärfte sich mit der türkisch-islamischen Synthese, die nach dem Staatsstreich vom 12. September 1980 dominant wurde. Diese Synthese bedeutete eine Aufgabe des vorgeblichen Laizismus und eine Verbindung zwischen politischem Islam und rassistischem türkischen Nationalismus/Turanismus. Auf internationaler Ebene, mit der Übersetzung der Bücher der Ideologen der Muslimbruderschaft (wie Hasan al-Banna, Sayyid Qutb, Said Hawwa), der Besetzung Afghanistans durch die UdSSR und die »Mudschaheddin«, die dorthin zogen, und schließlich der »islamischen Revolution« im Iran im Jahr 1979, sehen wir, dass eine auf dem politischen Islam basierende Vorstellungswelt entstanden ist, die sowohl in der Westtürkei als auch in Kurdistan in Bewegung geraten ist. Wir müssen diese Dynamik im Auge behalten, wenn wir das Entstehen der »Hizbullah« betrachten.

Gegen die kurdische Freiheitsbewegung gerichtet

Die Hizbullah wurde vom Amt für Spezialkriegsführung gegründet und von Hüseyin Durmaz Veliöğlü angeführt.

Veliöğlü ist ein aus Êlih-Kerews (Batman-Gercüs) stammender Kurde. Er verbrachte seine Kindheit im Dorf und ließ sich nach Abschluss der Grundschule im Zentrum von Êlih nieder. In den frühen 1970er Jahren ging er nach Ankara, um an der Fakultät für Politikwissenschaften zu studieren. In seiner Kindheit und Jugend wurde er an einer Islamschule indoktriniert und trat dann der nationalistischen MTTB bei. Er hatte gleichzeitig Verbindungen zur Akıncılar-Bewegung, der Jugendorganisation der islamistisch-nationalistischen MSP von Necmettin Erbakan, dem späteren türkischen Ministerpräsidenten und politischen Ziehvater Erdoğan. Dieses islamistisch-nationalistisch geprägte Umfeld wurde prägend für ihn. Nachdem er die Prüfung für eine Verwaltungsbeamtenlaufbahn nicht bestanden hatte, kehrte er nach Êlih zurück und begann sich islamistisch weiter zu organisieren. Er wurde dabei genau vom Staat beobachtet und war selbst als V-Mann für den Staat tätig. Aufgrund seines Erfolges wurde er vom Amt für Spezialkriegsführung mit der Führung der aufzubauenden Hizbullah beauftragt. Die späten 1970er Jahre, in denen Hüseyin Veliöğlü nach Êlih zurückkehrte, waren eine Zeit der wachsenden antikolonialen Politisierung der Kurd:innen. Die NATO organisierte und mobilisierte weltweit die Konterrevolution unter der Maske des Islamismus.

Hüseyin Veliöğlü, der in der MTTB und den antikommunistischen Vereinigungen geschult und zu einem Agenten gemacht worden war, bekam daher nicht von ungefähr diese Mission in Kurdistan. So wurde die Hizbulkontra aufgebaut, um die kurdische Freiheitsbewegung, die sich nach den 1970er

Jahren rasch entwickelte und wuchs, aufzuhalten und ihre gesellschaftliche Basis zu schwächen und zu beseitigen.

Hüseyin Velioglu war in der nationalistischen MTTB sehr aktiv. So kandidierte er 1980 als Kandidat der MTTB bei Wahlen für die Gewerkschaft Petrol-İş in Êlih und unterlag dem Kandidaten der kurdischen Freiheitsbewegung, obwohl er von rechten Organisationen, staatlichen Institutionen und kollaborierenden lokalen Kräften unterstützt wurde. Bei den Kommunalwahlen desselben Jahres gewann Edip Solmaz, der Kandidat der kurdischen Freiheitsbewegung, das Bürgermeisteramt. Der schnell wachsende Einfluss der führenden Kader der kurdischen Freiheitsbewegung in Êlih und die Tatsache, dass sie zwei sehr wichtige Wahlen gewannen, erhöhte die Bedeutung der konterrevolutionären Aufgabe, die Velioglu vom Amt für Spezialkriegsführung zugewiesen worden war. Der Staat betrachtete die Hizbulkontra als unverzichtbares Mittel, um die wachsende Basis der kurdischen Freiheitsbewegung in Êlih und der umliegenden Ebene zu zerstören.

In der durch den Regimewechsel im Iran 1979 geschaffenen Atmosphäre nahm Hüseyin Velioglu Beziehungen zu den Islamschulen auf und gründete eine Organisation, deren oberstes Ziel die Errichtung eines islamischen Staates war. Laut der Urteilsbegründung im »Hizbullah-Hauptverfahren Batman«, bei dem es um 32-fachen Mord ging, reisten Hüseyin Velioglu, Abdulaziz Tunç, Edip Gümüş, Ahmet Seyitoğlu, Ihsan Yeşilirmak, Osman Uslu, İsa Ay, Hamit Yazgan und Nusrettin Güzel, die zu den Gründern der Hizbullah gehörten, illegal in den Iran, wo sie eine Zeit lang eine politische und militärische Ausbildung erhielten, und kamen dann in die Türkei, wo sie begannen, die Grundstruktur der Hizbullah aufzubauen. Der auffälligste Name in diesem Prozess war Enver Kılıçarslan aus Farqin. Kılıçarslan, der Mitglied des Schura-Rates, also der Führung der Hizbullah war, arbeitete lange Zeit als Iran-Verantwortlicher. Kılıçarslan, der die Verbindungen zum Iran und die Ausbildung der Hizbulkontra-Killer organisierte, lebte vier Jahre lang mit seiner Frau Cahide Kılıçarslan in der iranischen Stadt Qom (Ghom). In ihrer Aussage vor der istanbuler Anti-Terror-Abteilung gestand Cahide Kılıçarslan, dass sie regelmäßig reisten und in Qom ausgebildet wurden. Cahide Kılıçarslan sagte weiterhin, dass auch Hüseyin Velioglu regelmäßig in den Iran reiste und dass Enver Kılıçarslan seine Besuche organisierte.

Die Hizbullah entstand 1978/79 unter dem kurdischen Namen Cemaata Ulemayên İslâmi. Der Name »Hizbullah« wurde anfangs nicht verwendet. Erst Anfang der 1990er Jahre wurde dieser Name von der Kontrastruktur, über die wir heute sprechen, übernommen. Der Name »Hizbullah« wurde zum ersten Mal nach dem Raubüberfall auf ein Juweliergeschäft im istanbuler Stadtteil Şişli im Oktober 1984 als Fremdbezeichnung der Gruppe verwendet. Ihre Mitglieder wurden bei der Fahndung, die nach dem Überfall stattfand, festgenommen. Unter

ihnen befand sich auch İrfan Çağrı, der später wegen des Mordes an Çetin Emeç, dem Chefredakteur der Zeitung Hürriyet, und anderen Intellektuellen vor Gericht gestellt wurde.

Zwei Punkte waren für die Gruppe um Velioglu besonders entscheidend. Einerseits war es die Auseinandersetzung mit dem Menzil-Flügel. Fidan Güngör, Führer des Menzil-Flügels, war zu diesem Zeitpunkt eine viel charismatischere und mächtigere Figur als Velioglu. Er hatte auch die besseren Beziehungen zum iranischen Regime. Velioglu entschied sich, diese islamistischen Gruppierungen, die er als seine Rivalen ansah, zu unterwerfen oder sie mit Gewalt zu liquidieren.

Die zweite Bedrohung für das Projekt der Hizbullah war die wachsende Kraft der PKK. Einerseits nahm der bewaffnete Guerillakrieg fast monatlich an Intensität zu, andererseits begannen die erfolgreichen Aktionen der Guerilla die Menschen in den Städten zum Aufstand zu inspirieren. Tausende von Dörfern und Dutzende von Stadtteilen und Stadtzentren befanden sich nun weitgehend unter der Kontrolle der kurdischen Freiheitsbewegung. Die effektive Aktionskraft und soziale Organisation der kurdischen Freiheitsbewegung war der konkreteste Ausdruck dafür, dass eine neue Ära für das kurdische Volk begonnen hatte. Zum ersten Mal in seiner Geschichte brachte das kurdische Volk seine Freiheitsziele mit einer nationalen Perspektive zum Ausdruck, und Tausende von kurdischen Jugendlichen zogen in die Berge und schlossen sich dem Freiheitskampf an.

Der türkische Staat versuchte, den rapide wachsenden Einfluss der kurdischen Freiheitsbewegung in den 1990er Jahren von Nordkurdistan bis weit in die Türkei hinein durch Terror und Massenmord zu brechen. Die Aufstände in Kurdistan gaben den Menschen Mut und der erfolgreiche Kampf der Guerilla brachte neue gesellschaftliche Dynamiken auf. Der türkische Staat sah sich in seiner Macht erschüttert und setzte neben den Todesschwadronen des JITEM auch die Hizbullah oder Hizbulkontra zunächst in Kurdistan, dann auch in der Türkei als Mittel des Terrors insbesondere gegen die kurdische Freiheitsbewegung ein. Dabei richteten sich die Morde, Hinrichtungen, Folterungen und Verstümmelungen vor allem gegen die wachsende soziale Basis der Freiheitsbewegung. Die Hizbulkontra versuchte mit besonders grausamen Exempeln die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.

Der türkische Staat setzte das Dorfschützersystem im Krieg gegen die PKK erstmals 1985 ein. Der türkische Staat benutzte dafür den kurdischen Jîrkî-Stamm in Elkê (tr. Beytüşşebap). Später folgte der Aufbau von sogenannten Dorfschützerstrukturen auch in Êlih (Batman). Der Habizbinî-Stamm, dem auch der Hizbullah-Führer Hüseyin Durmaz Velioglu angehörte, war einer der ersten Stämme in Êlih, die sich als Dorfschützer rekrutieren ließen.



Versammlung während des Serhildans 1990, vermutlich in Êlih (Batman). Foto: Archiv

Regionale Schwerpunkte der Hizbulkontra

Wenn man sich regionale Verteilung der Verbrechen der Hizbullah ansieht und die Gerichtsurteile in den Hizbulkontra-Verfahren liest, kann man feststellen, dass die Hizbullah von Ende 1991 bis 1995 hauptsächlich in der Ebene im Dreieck Mêrdîn-Amed-Êlih präsent war. Eingegrenzt wird diese Region von Farqîn (Silvan) an einem Ende und am anderen Ende von Amed (Diyarbakır) und Êlih, Nisêbîn (Nusaybin) und Cizîr (Cizre), sowie Hezex (Îdil).

Die Merkmale dieser Region sind sehr wichtig, um zu verdeutlichen, warum die Hizbulkontra gerade hier so massiv Gewalt entfalten konnte. Da es sich um eine Ebene handelt, gab es kaum Guerillaaktivitäten, der Aktionsradius der Guerilla war dort sehr gering. Hinzu kommen die städtischen Zentren, in denen sich die Bewohner der fast 5.000 niedergebrannten Dörfer und die Nomaden, die ihre Weiden nicht mehr betreten durften, niedergelassen hatten. In diesem Gebiet befand sich die entschlossenste Basis der kurdischen Freiheitsbewegung, die sich immer wieder in großen Serhildans (Volksaufständen), wie am 28. März 1990 in Nisêbîn, deutlich bemerkbar machte. Die Serhildans fanden hauptsächlich im Dreieck von Cizîr, Nisêbîn, Farqîn und Amed statt. Gleichzeitig schlugen hier die Todesschwadronen am brutalsten zu. Am 5. Juli 1991 wurde der kurdische Politiker Vedat Aydın in Amed festgenommen. Zwei Tage später tauchte seine verstümmelte Leiche in Maden neben einer Landstraße auf. Zur Rechenschaft gezogen wurde niemand, obwohl die Täter bekannt sind.

In dieser Region lebte auch der Großteil der verbliebenen Suryoye, der ezidischen sowie armenischen Bevölkerung, also derjenigen, die den Genozid von 1915 überlebt hatten und trotz aller Schrecken versucht hatten, ihr Leben in ihrer Heimat fortzusetzen. In ihren Schulungen predigte die Hizbullah den Hass auf diese Bevölkerungsgruppen und Glaubensrichtungen. Als Rechtfertigung dienten dabei angebliche Sympathien dieser Bevölkerungsgruppen für die PKK. Gleichzeitig wurden sie als Nichtmuslime ins Visier genommen. Die erste Person, die von der Hizbullah ermordet wurde, war beispielsweise der Suryoyo Mihail Bayro in Hezex. Die zweite Person war Hüseyin Pamukçu, der Vorsteher eines ezidischen Dorfes in Êlih. Die dritte Person war Yakup Yontan, ein armenischer Zahnarzt in Qoser (Kızıltepe). In den 1990er Jahren wurden fast 60 Suryoye von Hizbulkontra oder dem JITEM ermordet, wobei die Morde bis heute offiziell »unaufgeklärt« sind.

Entführungen, Folter und Mord

Seit Anfang der 1990er Jahre bestand die Hauptstrategie des Staates darin, die zivile Organisation der kurdischen Freiheitsbewegung in den Städten im wahrsten Sinne des Wortes zu liquidieren. In den 1990er Jahren hatte jede Organisation, die mit dem Staat zusammenarbeitete, ihre eigene Marke der Grausamkeit. So hatte der Geheimdienst der Militärpolizei (JITEM) seine Säurebrunnen und ließ die Menschen darin verschwinden. Die Methode der Hizbullah war eine andere: Wenn es sich bei der Person, die sie töten wollte, um einen



1993-05-29 Bonn Europaweite Demonstration in Bonn gegen die Unterdrückung in den kurdischen Gebieten in der Türkei und gegen die Unterstützung der Türkei durch die BRD. Foto: Aktion 3. Welt Saar

Zivilisten, ein Mitglied der Miliz oder einen Politiker handelte, von dem sie annahm, dass er der PKK nahe stand, schoß man ihm mit einer Tokarew-Pistole eine einzelne Kugel in den Nacken. Wenn sie einen einfachen Zivilisten töten wollte, dessen religiöse Ansichten sie nicht teilte oder der sich gegen sie aussprach, benutzte sie Hackbeile. Wenn sie eine Frau töten wollten, deren Kleidung nicht der Scharia entsprach, warfen sie ihr Säure ins Gesicht oder prügelten sie mit Nägeln gespickten Keulen zu Tode.

Anstatt Attentate auf die Zielpersonen zu organisieren, entführten die Hizbullah diese in der Regel zuerst. In Dörfern und im Stadtzentrum von Êlih und in anderen Provinzen wurden Erdbunker unter Häusern angelegt. Die entführten Personen wurden dann in diese Bunker gebracht. Dort gab es speziell vorbereitete Halterungen, an die die entführten Personen mit Ketten gefesselt wurden. Sie kamen monatelang nicht mehr heraus. Lediglich einmal am Tag bekamen sie Brot. Während des Verhörs wurden ihre Aussagen aufgezeichnet. Diese Tonbänder sollten entsprechend der Hierarchie der Organisation bis ganz nach oben gelangen. Danach wurde entschieden, was mit der Person geschehen sollte.

Verhörte Personen starben oft an den Folgen schwerer Folter. Zu den typischen Methoden der Hizbullah gehörte die Schweinefessel. Diese grausame Methode besteht darin, den Körper unter Spannung, mit nach hinten gekrümmtem Rücken, am Hals, den Händen und den Füßen zusammenzubinden; dies führt zu furchtbaren Schmerzen bis hin zum langsamen Erstickungstod.

Anschließend wurden im Garten oder in einem anderen Teil des Hauses Gräber ausgehoben, und die Leichen wurden dort vergraben. Über die Schweinefessel wird viel geredet. Diese kam allerdings erst ab 1996 auf.

Morde »unbekannter Täter«

Die Hizbulkontra begann ihre Praxis der Morde und Entführungen in Êlih mit Menschen, die sie als »PKK-Unterstützer« bezeichnete. Ab 1992 wurden täglich, vor allem abends, Menschen in der Stadt entführt. Zwischen 1992 und 1995 waren ein wichtiger Teil der in Êlih entführten und verschwundenen Personen Religionsgelehrte. Nach einiger Zeit begann die PKK, auf diese Aktionen zu reagieren: Sie führte Aktionen in Dörfern durch, in denen die »Hizbullah« organisiert war und wo ihre Mitglieder dicht beieinander wohnten.

In vielen Moscheen der Region wurden diejenigen, die Propaganda für die Hizbullah machten, von den Gemeinden und Imamen vertrieben. Daher begann die Hizbullah die Imame anzugreifen. Die ersten Angriffe fanden 1991 in Êlih und Farqîn statt. Resul Ibak, Imam der Nur-Moschee in Êlih, Abdurrahman Akyüz, Imam der Amediye-Moschee, und Talat Turhan, Imam der Rahmet-Moschee, wurden mit Hackbeilen und Schlagstöcken angegriffen und schwer verwundet. Trotz der Angriffe verhinderten die Imame in Amed und Êlih weiterhin die Infiltration der Moscheen durch die Hizbullah. Die Hizbullah beschloss daraufhin, diese Imame zu ermorden. In Êlih, Farqîn und Amed wurden zwischen 1992 und 1995 mehr als

20 Imame und Geistliche von der Hizbulkontra innerhalb oder außerhalb von Moscheen ermordet.

Nachdem die Hizbullah an Stärke gewonnen hatte, richtete sie sich direkt gegen die Führung der kurdischen HEP und Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Nach den bis heute ans Licht gekommenen Dokumenten und den Aussagen der Täter stand auch die Ermordung des DEP-Abgeordneten Mehmet Sincar am 4. September 1993 in Êlih im Zusammenhang mit der »Hizbullah«. Auch viele Journalist:innen wurden ermordet. Der Journalist Halit Güngen wurde am 18. Februar 1992 mit einem Kopfschuss getötet. Die Organisation hatte es vor allem auf die Zeitung Özgür Gündem und ihre Nachfolgezeitungen und -magazine abgesehen. Im Jahr 1992 wurden der Yeni-Ülke-Reporter Cengiz Altun sowie die Özgür-Gündem-Reporter Hafız Akdemir, Yahya Orhan und Çetin Ababay von der Hizbulkontra ermordet.

Neben freiheitsorientierten Kurd:innen wurden auch diejenigen, die sich der von Hizbulkontra verordneten religiösen Scharia widersetzen, ins Visier genommen. Dabei wurde nicht nur durch die grausame Art der Ermordungen Angst verbreitet. Es wurden Drohanrufe getätigt, Häuser markiert und Gerüchte über angebliche Todeslisten mit den Namen der betroffenen Personen verbreitet. Gleichzeitig wurden die Menschen auf auffällige Art und Weise beobachtet und so die Drohkulisse noch weiter verstärkt.

Die Hizbullah-Morde nach 1995

Der Hauptschauplatz der Gewalt der Hizbulkontra war bis 1995 das beschriebene geografische Dreieck in Kurdistan. Die Hizbullah befand sich, angeheizt durch das Klima der Angst und der Unterdrückung, das sie im kurdischen Volk durch die Gräueltaten geschaffen hatte, die sie mit Unterstützung des Staates verübte, im Siegesrausch. Zwischen 1996 und 1999 wurden aber bei Operationen in Amed, Êlih und Mêrdîn fast tausend Menschen im Zusammenhang mit der Hizbullah verhaftet. Unter diesem Druck verlagerte sie ihre Aktivitäten zunächst nach Mersin, Dilok (Antep) und Konya und dann nach Istanbul, Bursa, Düzce und Kocaeli.

Konca Kuriş, eine der führenden Persönlichkeiten des muslimischen, feministischen Frauenaktivismus, wurde von der Hizbullah zu Tode gefoltert. Kuriş war gegen die Vielehe eingetreten und hatte erklärt, es gebe kein Kopftuchzwang für Muslimas. Sie war am 16. Juli 1998 von Hizbulkontra-Mitgliedern in Mersin entführt worden. 555 Tage nach ihrer Entführung wurde sie tot im Keller eines Hauses der Hizbulkontra in Konya aufgefunden. An ihrer Leiche wurde festgestellt, dass sie über einen Monat gefoltert worden war und mit der Schweinefessel getötet wurde. Bei der Operation gegen Velioglu in

der Villa in Beykoz wurden ihre Verhörprotokolle und ihr Reisepass beschlagnahmt. Eines der wichtigsten sichergestellten Dokumente ist die Information, dass Konca Kuriş in einer Zusammenarbeit der Hizbullah und dem JITEM-Killer Yeşil entführt wurde. Bei forensischen Grabungen in einem Mordhaus der Hizbullah wurden vier weitere Leichen gefunden. Um eine Ausbreitung des Leichengeruchs zu verhindern, hatten die Hizbullah Mitglieder immer wieder Diesel im Keller ausgegossen. In Beykoz, wo sich die gesamte Hizbulkontra-Führung befunden hatte, wurden auch Videoaufnahmen von den Folterungen an Konca Kuriş sichergestellt.

Der Polizeichef von Diyarbakir, Gaffar Okkan, geriet ins Visier der Hizbullah, nachdem er die Operationen gegen die Organisation in der Region intensiviert hatte. Am 24. Januar 2001 wurde zunächst eine Granate auf Okkans Dienstwagen geworfen, dann nahmen ihn 18 oder 19 Personen ins Kreuzfeuer. Zusammen mit Okkan wurden fünf Polizisten getötet. Nach dem Attentat wurde ein Haftbefehl gegen 26 Personen erlassen, die als Mitglieder der Hizbullah bezeichnet wurden. Einige von ihnen wurden verhaftet, aber ihre Prozesse zogen sich über Jahre hin. Alle Verurteilten kamen mittlerweile frei.

Der prominenteste Name im Zusammenhang mit der Ermordung von Gaffar Okkan war Mehmet Beşir Varol, ein Mitglied des Schura-Rates der Hizbullah. Er stammte aus Êlih-Qûbîn (Batman-Beşiri). Varol wurde verhaftet, weil er den Anschlag organisiert und angeordnet hatte. Die Anwälte von Varol und aller inhaftierten Schützen waren der Mustazaf-Der-Vorsitzende und Hüda-Par-Gründer Hüseyin Yılmaz und der derzeitige Vorsitzende von Hüda Par, Zekeriya Yapıcıoğlu. Bei den anschließenden Operationen gegen die Hizbulkontra wurden fünf Kalaschnikows und eine Makarov-Waffe beschlagnahmt, die nachweislich bei der Ermordung von Gaffar Okkan verwendet worden waren. Bei der gleichen Operation wurden die Hizbulkontra-Killer Mehmet Fıdancı, Bedran Selamboğa, Veysi Şanlı, Servet Yoldaş, Suat Çetin und Şener Dönük lebend gefangen genommen und Hasan Sarıağaç getötet. Die gefangenen Schützen gaben in ihren Verhören an, dass die Anweisung und Organisation des Anschlags vom Hizbulkontra-Führer Mehmet Beşir Varol gegeben wurde, der immer noch im Stadtteil Batman Kültür lebt. Varol, der Mitglied in der im ganzen Land vertretenen islamistischen Schulungsinstitution İttihadul Ulema ist, der derzeit die führenden Kader von Hizbulkontra angehört, war lange Zeit auch Mitglied des allgemeinen Beirats der Hüda Par. Zuletzt wurde er gesehen, wie er während eines Gebetsmarsches in Êlih zu Kindern in der Moschee sprach.



Kulturelle Hegemonie und Spezialkriegsführung in der Türkei

Die Tugend der Gewalt als neues nationales Selbstbild

Ali Kaan Korkmaz, Historiker

Kulturelle Hegemonie bezeichnet die Produktion zustimmungsfähiger Ideen. Diese kann insbesondere mittels Medien in bestimmte Richtungen gelenkt und somit als Werkzeug des Spezialkriegs verwendet werden, um gesellschaftliche Stimmung und Vorstellungen zu manipulieren. In der Türkei wird dies vom Staat mit besonders hohem Aufwand betrieben, um das eigene Handeln auf allen Ebenen abzusichern.

Das Konzept der kulturellen Hegemonie, das im öffentlichen Diskurs in Nordkurdistan und der Türkei oft als Klischee abgetan wird, gibt wichtige Einblicke in die Ausrichtung des Staatsapparats. Die Tatsache, dass etwas zum Klischee – oder sogar zum Witz – wird, kann ein Hinweis auf seine tiefgreifenden Auswirkungen auf das Thema sein, das es behandelt. Um dieser Frage nachzugehen, ist es hilfreich, die Rolle von zwei Schlüsselfiguren in der Debatte über kulturelle Hegemonie zu untersuchen: Fahrettin Altun und Nuh Yılmaz. Beide haben in den offiziellen und inoffiziellen Strukturen des Staates Karriere gemacht und bekleiden heute prominente Präsidentschafts- oder Ministerämter. Altun ist zwar bekannter, aber beide sind von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Entwicklung der kulturellen Hegemonie im Kontext der Spezialkriegsführung.

Fahrettin Altun

Fahrettin Altun hat mit einer vergleichenden Analyse der Medientheorien von McLuhan und Baudrillard promoviert. Seit sieben Jahren bekleidet er ein eigens geschaffenes Amt, das von seinem Einfluss zeugt. Sein beruflicher Werdegang umfasst Positionen an Institutionen wie der Şehir-Universität, der SETA¹ sowie der Ibn-Haldun-Universität und gipfelte in seiner Ernennung zum Leiter der Medien und Kommunikationsabteilung des Präsidenten im Jahr 2018. Diese Position

festigte seine Rolle als wichtiger Architekt der Kommunikationsstrategie des Staates.

An dieser Stelle ist es angebracht, eine historische Anmerkung zu machen: Das »Propagandaministerium« der AKP und die enormen Befugnisse seines Koordinators Fahrettin Altun erinnern an Nazi-Deutschland und Goebbels. Die »Behörde für Kommunikation«, die ein 20-stöckiges Gebäude in Ankara belegt und rund 1500 Mitarbeitende beschäftigt, ist wegen ihres Budgets von über 377 Millionen türkischen Lira (2019)² bemerkenswert. Von dieser Summe werden 47 Millionen³ unter dem Titel »Ausgaben für soziale Medien« ausgegeben, um Armeen von Trollen zu füttern. Die Institution beherrscht derzeit den gesamten Bereich der politischen Kommunikation und hat die sichtbare Aufgabe, die Regierung zu verteidigen und jede Aktivität, die im Namen der Präsidentschaft durchgeführt wird, bekanntzumachen.

Nuh Yılmaz

Nuh Yılmaz' Karriere begann mit einer abgebrochenen akademischen Laufbahn, bevor er in den Staatsdienst wechselte. Von 2013 bis 2023 arbeitete er für die den türkischen Geheimdienst (MİT) und wechselte später an die Seite von Hakan Fidan ins Außenministerium. Yılmaz' Karriere, auch wenn sie weniger bekannt ist als die von Altun, ist eng mit dem Umfeld von Fidan verwoben. Seine Erfahrung in der Spionageabwehr und seine derzeitige Rolle als stellvertretender Außenminister unterstreichen seinen Einfluss auf die Gestaltung der staatlichen Kommunikations- und Geheimdienststrategien.

Während seiner zehn Jahre beim MİT arbeitete er hauptsächlich als Presseberater. Im Allgemeinen besteht die türkische Aufgabenbeschreibung dieser Position darin, den Mainstream-Medien zu diktieren, über welche Themen sie wöchentlich berichten und wie sie diese behandeln sollen. Mit anderen Worten: Es wird behauptet, dass die türkische Presse unter

1 SETA: Eine der AKP nahestehende politische Stiftung in der Türkei.

2 Dies entspricht umgerechnet etwa 60 Millionen Euro (entsprechend dem durchschnittlichen Wechselkurs von 2019)

3 Dies entspricht etwa 7,4 Millionen Euro

ständigem Druck der Regierung steht, und es ist die Presseberatungseinheit des MİT, die diesen Prozess mittels einer Kontrolle durch die Hintertür koordiniert. Insbesondere während des so genannten Putschversuchs vom 15. Juli 2016 waren es diese Einheit und Nuh Yılmaz persönlich, die die türkischen Fernsehsender anriefen und ihnen sagten, was und wie sie berichten sollten. Das bekannteste Beispiel für seinen Auftritt in dieser Nacht: Nuh Yılmaz⁴ rief die CNN Türk-Moderatorin Hande Firat⁴ an, als Recep Tayyip Erdoğan über die FaceTime-Anwendung in die Live-Sendung eingeschaltet wurde. Natürlich bleibt die Frage im Raum stehen: Wer ist Nuh Yılmaz und warum rief er Hande Firat in diesem Moment an?

Kampf zwischen den Herrschenden

Kulturelle Hegemonie und Spezialkriegsführung sind eng miteinander verbunden, auch wenn diese Beziehung im öffentlichen Diskurs oft übersehen wird. Kulturelle Hegemonie wird in der Regel im Sinne einer quantitativen Dominanz der kulturellen und künstlerischen Produktionen verstanden und meist auf einen simplen Vergleich dahingehend reduziert, welches ideologische Lager mehr Kunst produziert. So wird beispielsweise die überproportionale Anzahl linker Künstler:innen häufig als Beweis für kulturelle Dominanz angeführt. Diese Sichtweise lässt jedoch die wirtschaftliche Dynamik von Sektoren wie Film und Fernsehen außer Acht, in der das Fehlen einer klaren finanziellen Gewichtung den wahren Charakter der Debatte verschleiert.

Im Kern bezieht sich kulturelle Hegemonie auf die Gesamtheit der Ideen, die das Denken, die Wahrnehmung und das Leben einer Gesellschaft beherrschen. Ausgehend von Marx' Behauptung, dass die vorherrschenden Ideen einer Epoche die der herrschenden Klasse sind, ist es klar, dass die kapitalistische Moderne die kulturelle Produktion weitgehend kontrolliert hat, mit nur kurzen Unterbrechungen wie dem Kalten Krieg. Während der Zeit des Kalten Krieges ließen starke kommunistische Parteien die antisystemischen Gedanken in den westlichen Mainstream-Diskussionen aufleben. Während Gegenkulturen und Untergrundbewegungen fortbestehen, funktioniert die kulturelle Hegemonie durch die Produktion und Reproduktion dominanter Ideen in Literatur, Kunst und Medien.

In der Türkei hat die Debatte über kulturelle Hegemonie eine besondere Form angenommen: einen islamisch orientier-

ten Angriff der AKP auf die zuvor dominierende kemalistische Kultur. Diese Strategie zielt darauf ab, die kemalistische kulturelle Dominanz zu demontieren und durch ein neues Narrativ zu ersetzen, wie der berühmte Tweet⁵ von Fahrettin Altun zeigt. Kulturelle Hegemonie beinhaltet also die Beziehung zwischen Herrschenden und Unterdrückten sowie die interne Dynamik innerhalb der herrschenden Klasse.

Die Aufrechterhaltung der politischen Macht hängt oft davon ab, wie die Bevölkerung denkt und sich verhält. Besonders deutlich wird dies bei den Bemühungen, eine neue Hegemonie zu etablieren, wie z. B. bei dem Versuch, die kemalistische Herrschaft abzubauen. Das Aufeinandertreffen zweier hegemonialer Narrative – des Kemalismus und der islamisch orientierten Vision der AKP – hat das Konzept einer »Neuen Türkei« hervorgebracht. Dieses beinhaltet die Infragestellung kemalistischer Werte, die Förderung alternativer kultureller und künstlerischer Produktionen und die Umgestaltung gesellschaftlicher Denkmuster. Es ist kein Zufall, dass sowohl Altun als auch Yılmaz als Kommunikationsexperten die Presse und die Kommunikation als Instrumente des Cultural Engineering geprägt haben.

Kulturelle Hegemonie und Spezialkriegsführung

Spezialkriegsführung ist von Natur aus ein gegenkulturelles Konzept, das aus der Kritik an den dominanten kulturellen Arten und Weisen hervorgeht. Im Kontext des antikurdischen Konflikts in der Türkei bezieht sich der Begriff der Spezialkriegsführung auf die kulturellen Praktiken des Staates, die darauf abzielen, seine Handlungen zu rechtfertigen und die öffentliche Unterstützung für seine Politik zu gewinnen. Dazu gehören auch Bemühungen, staatliche Gewalt und Kriminalität zu normalisieren und die Bevölkerung zur Komplizin der Operationen zu machen. Die Spezialkriegsführung stellt somit eine Form der praktischen kulturellen Hegemonie dar. Jede Hegemonie beinhaltet definitiv Gewalt und repressive Praktiken.

Das Konzept der Spezialkriegsführung gewann bereits an Bedeutung, als Persönlichkeiten wie Altun und Yılmaz noch ihre Jugend durchlebten, also noch lange bevor diese in den Mittelpunkt der Debatte um kulturelle Hegemonie rückten. Dies wirft die Frage auf: Wie überschneidet sich dieses frühere Konzept mit ihrer späteren Arbeit über kulturelle Hegemonie?

Historisch gesehen führt jede Entwicklung zu einer widersprüchlichen gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Herrschenden und den Unterdrückten. In der Debatte über Spe-

⁴ Hande Firat ist eine türkische Journalistin und Fernsehmoderatorin. Sie ist eine bekannte Persönlichkeit in den Mainstream-Medien in der Türkei und eine langjährige Mitarbeiterin von CNN Türk. Es ist bekannt, dass Hande Firat in der Zeit, als Nuh Yılmaz Presseberater der MİT war, organische Verbindungen zum Geheimdienst aufbaute. Firat, die auch heute noch als Geheimdienstjournalistin gilt, soll dem MİT sowohl bei dem Aufbau von Netzwerken in der Pressegemeinschaft als auch als auch bei der Ausrichtung dieser entsprechend der Agenda des MİT gedient haben.

⁵ Am 5. Juli 2018 schrieb Fahrettin Altun auf X (ehem. Twitter): »Eure politische Hegemonie ist vorbei, eure kulturelle Hegemonie wird ebenfalls enden...«

zialkriegsführung und kulturelle Hegemonie geht es im Wesentlichen darum, wie das Vokabular der Spezialkriegsführung geschaffen und legitimiert wird. Für das islamisch orientierte Projekt der AKP ist der Aufbau von Kompetenz in dieser Art von Kriegsführung eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau eines hegemonialen Narratives. Ohne dieses wäre es unmöglich, die herrschende Klasse unter einer gemeinsamen Vision von Souveränität zu vereinen.

Ein hegemoniales Narrativ eint die Herrschenden und stärkt gleichzeitig ihre Vorherrschaft über die Unterdrückten. In der Türkei geht es dabei um die Schaffung eines neuen nationalen Selbstbilds, das auf Militarismus, antiwestlichen Gefühlen und Ultrationalismus beruht. Traditionelle Nationalfeiertage und westlich inspirierte kulturelle Darbietungen wurden durch Veranstaltungen wie das TechnoFest⁶ ersetzt, bei dem Militärtechnologie gefeiert und eine neue Form des Nationalstolzes gefördert wird. Dieses neue Selbstbild wird sowohl durch Kommunikationsstrategien als auch die Dominanz in den neuen Medien und den Aufstieg der rechtsextremen Kultur verstärkt, wie man an globalen Beispielen wie dem Einfluss von Elon Musk in den USA sehen kann.

Ein neues nationales Selbstbild

Das neue nationale Selbstbild beruht auf einer Kombination aus Militarismus, antiwestlicher Rhetorik und einer Ablehnung des kemalistischen Säkularismus. Es ist gekennzeichnet durch die Verherrlichung staatlicher Gewalt, Feindseligkeit gegenüber der kurdischen Bewegung und die Ausweitung der staatlichen Verantwortung für kriminelle Handlungen auf die breite Bevölkerung. Dieser kulturelle Wandel wird durch eine Kommunikationsstrategie vorangetrieben, die den Staat als ultimative Autorität positioniert, wobei Figuren wie Altun und Yılmaz eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung dieses Narrativs spielen.

Das neue nationale Selbstbild beruht in diesem Sinne darauf, dass die Gewalt zu einer Praxis der Bevölkerung wird und zwar sowohl eine Denk- als auch Handlungspraxis. In jedem Sinne wird das neue nationale Selbstbild ein hegemoniales kulturelles Dispositiv⁷ organisieren. Es unterscheidet sich jedoch vom

kemalistischen hegemonialen Diskurs in einem neo-islamistischen oder konservativen Sinne. Um ein Beispiel zu nennen: Die neue Wahrnehmung der nationalen »Tugend« durch das TechnoFest ist die Tugend der Anwendung von Gewalt gegen ein neues Feindbild; der neuen Vorliebe für die nationale Ehre; der hegemonialen Gewalt gegen andere. Dies unterscheidet sich grundlegend vom kemalistischen Verständnis der nationalen Entwicklung, welches eine Bindung der nationalen Ehre an westliche Werte beinhaltet. In jedem Fall aber ist dieses Verständnis der nationalen Kultur als hegemoniale Kultur mit der Erzeugung von Feindschaft sowie dem Lob der Gewalt gegen andere verbunden.

Um es in anderen, kurzen Worten auszudrücken: Ein neues nationales Selbstbild stellt die Tugend der Gewalt in den Vordergrund und nicht den Diskurs über die nationale Entwicklung oder die Zugehörigkeit zur westlichen Gesellschaft. In diesem Sinne unterscheidet sich das neue nationale Selbstverständnis als kulturelle Hegemonie in seinen Kernwerten von den alten kemalistischen Werten. Die neue nationale Vorstellung, die die Beteiligung an der Gewalt hervorbringt, beinhaltet mit ihrer Erhöhung des TechnoFests und einem hegemonialen Gewaltdiskurs einen Ansatz zur Spezialkriegsführung.

Die von Altun geleitete Behörde für Kommunikation und die Abteilung für Spionageabwehr, der Yılmaz angehörte, waren maßgeblich an der Organisation dieser neuen kulturellen Hegemonie beteiligt. Ihre Arbeit spiegelt einen breiteren Trend zur Militarisierung und Konsolidierung der staatlichen Macht wider, wobei die künstlerische Produktion als Instrument zur Aufrechterhaltung der Kontrolle dient.

Schlussfolgerung

Im Kontext der kulturellen Hegemonie repräsentieren Figuren wie Fahrettin Altun und Nuh Yılmaz einen neuen Typus von Kommunikationsingenieuren, deren Aufgabe es ist, ein hegemoniales Narrativ zu konstruieren, welches in der Spezialkriegsführung verwurzelt ist. Ihre Arbeit symbolisiert die Auflösung alter Narrative und den Vorstoß in Richtung einer neuen Nationalisierung, die durch Militarismus, Anti-Westlichkeit und Ultrationalismus gekennzeichnet ist. Als Kommunikationsstrategie organisiert die kulturelle Hegemonie die Einheit der Herrschenden und stärkt gleichzeitig ihre Vorherrschaft über die Unterdrückten. Ihre militärisch-informative und staatszentrierte Ausrichtung spiegelt die Hintergründe ihrer Architekten wider, die eine neue Form der kulturellen Hegemonie geformt haben, welche tief mit der Logik der Spezialkriegsführung verwoben ist.

⁶ Technofest, kurz für Technofest Aerospace and Technology Festival, ist das größte Luft-, Raumfahrt- und Technologiefestival der Welt, das in der Türkei stattfindet. Es wurde erstmals im September 2018 von der Turkish Technology Team Foundation (T3) in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen, Ministerien und akademischen Einrichtungen am Flughafen Istanbul veranstaltet.

⁷ Unter Dispositiv wird in den Sozialwissenschaften im Anschluss an Michel Foucault eine Vielzahl von Vorkehrungen verstanden, die es erlauben, eine strategische Operation, vor allem zum Zwecke der Ausübung von Macht, durchzuführen. Dabei handelt es sich unter anderem, aber nicht ausschließlich, um Motive, die sich in bestimmten Diskursen und gesellschaftlich für die Wahrheitsproduktion relevanten Institutionen manifestieren.

Ein alternatives System gegen den politischen Islam

Das Rojava-Modell

Sinan Cudi, Journalist

Der politische Islam wurde als Instrument westlicher Interessen nicht nur für den gesamten Nahen und Mittleren Osten sondern für die globale Sicherheit zur Gefahr. Das Gesellschaftsmodell, das in Nord- und Ostsyrien aufgebaut wurde, stellt sich dem politischen Islam erfolgreich entgegen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelte sich die vom Diskurs über den „Krieg gegen den Terror“ geprägte internationale Politik sehr ambivalent: Dschihadistische Strukturen wurden sowohl als Bedrohung als auch als strategisches Instrument betrachtet und genutzt. Der Aufstieg des politischen Islam und dschihadistischer Strukturen ermöglichte die Umgestaltung der Kräfteverhältnisse im internationalen System, insbesondere in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Die von den USA gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans unterstützten Mudschaheddin-Gruppen spielten eine entscheidende Rolle in der Globalisierung dschihadistischer Bewegungen. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden diese Gruppen jedoch zu einer Bedrohung für den Westen, was die Hegemonialmächte veranlasste, ihre Haltung gegenüber diesen Gruppen neu zu bewerten.

Im syrischen Bürgerkrieg hat sich gezeigt, wie sich dschihadistische Gruppen in strategische Instrumente der globalen Akteure verwandelt haben. Zu ihrer Legitimation erhalten sie ein neues Gesicht, wo sie unter der Federführung der westlichen Länder und ihrer regionalen Verbündeten und somit im Einklang mit externen Interessen agieren. Dass diese Gruppen sowohl als Bedrohung als auch als Verbündete betrachtet werden können, offenbart den widersprüchlichen Charakter der heutigen internationalen Politik. Diese Strategie hat jedoch langfristige Folgen sowohl für die Völker der Region als auch für die globale Sicherheit.

Entstehung und Entwicklung des politischen Islam

Der politische Islam ist eine Denkbewegung, die argumentiert, dass der Islam nicht nur ein individuelles Glaubenssystem ist, sondern dass auch die soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung nach den Bestimmungen des Islam gestaltet

werden solle. Obwohl diese Ideologie im 19. und 20. Jahrhundert im modernen Sinne Gestalt annahm, gehen ihre Wurzeln auf das Verständnis von Staatsführung der frühen Perioden des Islam zurück. Die Tatsache, dass sich die meisten der heutigen politischen islamischen Bewegungen als „salafistisch“ bezeichnen, beruht auf diesem Verständnis.

Mit der Entstehung des Islam entstand ein Modell der Staatsführung, in dem Religion und Staat miteinander verflochten waren. Dieses Modell, das als Tradition des Kalifats und des islamischen Staates (7. bis 18. Jahrhundert) bezeichnet wird, beginnt mit der Zeit der Herrschaft des Propheten Mohammed (622-632). Es umfasste sowohl die religiöse als auch die politische Führung. In der Zeit der Vier Kalifen (632-661) begannen die ersten Diskussionen über das Regierungsmodell des Islam. Die Periode der Herrschaft der Umayyaden (661-750) und diejenige der Herrschaft der Abbasiden (750-1258) gelten als die Perioden, in denen sich der Islam zu einem Großreich entwickelte. Die lange Periode des Osmanischen Reiches zwischen 1299 und 1924 wird als Höhepunkt des Kalifats betrachtet.

Während dieser Zeit existierte der Islam als eine Religion, die unmittelbar mit der staatlichen Verwaltung verbunden war. Der Prozess der Säkularisierung und Modernisierung im Westen führte jedoch zu radikalen Veränderungen in der islamischen Welt.

Im 19. Jahrhundert führte die westliche Expansions-, Modernisierungs- und Säkularisierungspolitik zu einer schweren Identitätskrise in der islamischen Welt. Als die osmanischen, iranischen und indischen Muslime sich gegenüber dem Westen geschwächt sahen, nahm das moderne islamistische Denken Gestalt an.

Insbesondere nachdem Mahmut II. zu Beginn des 19. Jahrhunderts den osmanischen Thron bestiegen hatte, wurden die Verwestlichungsbestrebungen des Osmanischen Reiches und die nachfolgenden Initiativen wie Tanzimat¹, die konstitutionelle Monarchie und Verfassungsreformen von der tradi-

¹ Als Tanzimat wird die Periode tiefgreifender Reformen im Osmanischen Reich bezeichnet, die 1839 begann und 1876 mit der Annahme der Osmanischen Verfassung endete.

tionellen Ulema-Klasse² kritisiert und als Abkehr vom Islam bezeichnet. In den folgenden Jahren verteidigte Cemaleddin Afgani (1838-1897) in Ägypten die Idee der islamischen Einheit (Panislamismus) gegen den Westen. Ebenfalls in Ägypten vertraten Muhammad Abduh (1849-1905) und Rashid Reza (1865-1935) die Auffassung, dass der Islam neu interpretiert werden sollte und legten die Grundlagen für das moderne islamische Denken.

Der wichtigste Wendepunkt des politischen Islam war die 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten gegründete Bewegung der Muslimbruderschaft (Ikhwan-ı Müslimin). Die Muslimbruderschaft war die erste moderne Struktur, die den Islam als politische Bewegung organisierte. Die Bewegung, deren Ziel die Wiederherstellung des islamischen Rechts in der Gesellschaft und im Staat war, basierte zunächst auf der Idee der Organisation der Zivilgesellschaft und der allmählichen Umgestaltung. Nach der Ermordung von Hassan al-Banna im Jahr 1949 schlug sie jedoch einen radikaleren Weg ein.

Sayyid Qutb war in den 1950er Jahren Urheber dieser Radikalisierung, indem er strengere Grundsätze in der Ideologie der Muslimbruderschaft entwickelte. Ihm zufolge bedeuteten alle Regierungen, die nicht dem Islam verbunden waren³, eine Rückkehr in die Zeit der „Jahiliyya“ (vorislamische Finsternis). Qutb vertrat auch die Ansicht, dass ein islamischer Staat nur durch eine Revolution und den Dschihad errichtet werden könne.

In Pakistan trat Abu'l-A'la Mawdudi (1903-1979) als theoretischer Gestalter der Idee eines islamischen Staates in den Vordergrund und gründete 1941 die Jamaat-e-Islami, die den politischen Islam zu einer organisierten politischen Bewegung machte. Mawdudi vertrat die Auffassung, dass der Islam ein soziales und politisches System sein sollte, nicht nur ein individuell gelebtes. Mawdudis Ideen bildeten die ideologische Grundlage für Strukturen wie die Taliban und Al-Qaida.

Während sich der sunnitische Flügel des Islam auf diese Weise entwickelte, stellte die iranische Revolution von 1979 die erste konkrete Errungenschaft des schiitischen politischen Islam dar. Ayatollah Khomeini errichtete ein theokratisches Regime, indem er das Prinzip des Velayat-e Faqih (islamische Rechtsgelehrte regieren den Staat) einführte. Dieser iranische Erfolg belebte die Idee der „islamischen Revolution“ in der gesamten islamischen Welt neu.

2 Die Ulema-Klasse bezeichnet die Gelehrtenschicht im Islam, die sich mit religiösem Wissen, islamischem Recht (Fiqh) und Theologie befasst. Historisch spielte sie eine zentrale Rolle als religiöse Autorität und juristische Instanz, insbesondere im Osmanischen Reich, aber auch in anderen islamischen Gesellschaften.

3 Qutb zufolge waren islamische Gesellschaften ausschließlich solche, die die Scharia konsequent umsetzten.

Die Popularisierung der Idee des bewaffneten Dschihad durch islamistische Kämpfer (Mudschaheddin) gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans in den 1980er Jahren und das Erstarken solcher Bewegungen durch die Unterstützung der USA und Pakistans führten in den 1990er Jahren zur Entstehung von Al-Qaida und den Taliban. Bin Laden und Al-Qaida, die sich auf Qutbs radikale Ideologie stützten, waren eine der wichtigsten Bewegungen, um die Idee des globalen Dschihad in die heutige Zeit zu tragen.

Die heute in der Türkei regierende Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) steht in der Tradition der Muslimbruderschaft. Auch die Ennahda in Tunesien hat das Ziel verfolgt, ein islamistisches Regierungsmodell zu etablieren.

Al-Qaida und ISIS haben versucht, als nichtstaatliche bewaffnete Organisationen einen Staat auf der Grundlage der Scharia zu errichten, und die aus diesen Bewegungen hervorgegangenen Bewegungen HTS (Hayat Tahrir al-Sham), Boko Haram und Taliban versuchen weiterhin, in einzelnen Ländern eine islamische Herrschaft als Regierung einzurichten.

Instrumentalisierung des politischen Islam durch globale Mächte

Der politische Islam ist historisch gesehen eine ideologische Bewegung, die häufig von westlichen Hegemonialmächten für ihre geopolitischen Interessen instrumentalisiert wurde. In den Jahren des Kalten Krieges wirkte sich die geopolitische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf den Nahen Osten und Nordafrika aus, und die westlichen Mächte beschloss, diese Region als Pufferzone gegen die Sowjets zu nutzen. Insbesondere die iranische Revolution von 1979 und die Gründung der Islamischen Republik Iran wurden als Bedrohung für die westliche Vorherrschaft im Nahen Osten angesehen, und die sowjetische Intervention in Afghanistan im selben Zeitraum verstärkte diese Bedrohung noch.

Während der sowjetischen Besetzung Afghanistans leisteten die Vereinigten Staaten mit Unterstützung Pakistans und Saudi-Arabiens massive finanzielle und militärische Hilfe für die afghanischen Mudschaheddin. Bei diesen Gruppen handelte es sich um ideologische Bewegungen des politischen Islam, und die USA nutzten sie als ihre Stellvertreter gegen die Sowjets.

In der Zeit nach dem Kalten Krieg traten die westlichen Mächte mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in einen Prozess geopolitischer Umstrukturierungen ein. In dieser Zeit änderte sich zwar die Haltung des Westens gegenüber dem politischen Islam, doch seine Beziehungen zu islamistischen Bewegungen entsprachen weiterhin seinen Interessen im Nahen Osten. In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren unter-



Nach der Befreiung der letzten IS Enklave al-Bagouz im März 2019 tauscht eine YPJ-Kämpferin die Flagge des selbsternannten IS gegen eine Flagge der Frauenverteidigungskräfte aus. Foto: Nazım Daştan (Nachrichtenagentur Mezopotamya)

stützten die USA das Taliban-Regime in Afghanistan aus regionalen strategischen Interessen, insbesondere zur Einflussnahme in Pakistan. Im gleichen Zeitraum erhielt auch die AKP, die in der Türkei an die Macht kam, starke Unterstützung.

In dieser Zeit wurde das Verhältnis des Westens zum politischen Islam immer komplexer. Einerseits wurde ein Krieg gegen dschihadistische Gruppen propagiert, andererseits wurden diese Bewegungen in einigen regionalen Strategien eingesetzt. Während der Westen nach den Anschlägen vom 11. September den „Kampf gegen den Terrorismus“ aufnahm, strukturierte er einige politisch-islamistische Gruppen als alternative Kraft gegen die liberalen Volksbewegungen in lokalen Konflikten. Das zeigte sich vor allem infolge des Arabischen Frühlings.

So wurden während des syrischen Bürgerkriegs Organisationen, die der Ideologie des politischen Islam folgten, von den westlichen Mächten als Werkzeug genutzt. Zu Beginn des Krieges verstärkte der Westen seine Unterstützung für Oppositionsgruppen, um das Regime in Syrien zu stürzen. Unter diesen Gruppen spielten politisch-islamistische Elemente eine wichtige Rolle.

Die erste Oppositionsbewegung in Syrien war die Freie Syrische Armee (FSA), die sich aus vom Westen unterstützten säkularen Gruppen zusammensetzte. Diese Gruppen gerieten jedoch bald unter den Einfluss radikaler islamistischer Gruppen wie

dem IS und Jabhat al-Nusra. Die Umwandlung der Reste aus der FSA in die sogenannte Syrische Nationalarmee (SNA) wurde insbesondere unter dem Einfluss der Türkei in Syrien vollzogen. Die Türkei unterstützte dschihadistische Gruppen gegen die kurdische Bewegung in Syrien. Bis zu einem gewissen Grad wurde diese Unterstützung der Türkei von den westlichen Mächten geduldet, da der Westen in der Unterstützung der Türkei eine wirksame Strategie gegen das Regime in Syrien sah.

Der Aufstieg des IS, einer weiteren Bewegung des politischen Islam, veränderte den Verlauf des Krieges in Syrien. Im Jahr 2014 eroberte der IS große Gebiete

in Irak und in Syrien, was von den westlichen Mächten als ernsthaft Bedrohung ihrer Sicherheit angesehen wurde.

Rojava und der Konflikt zwischen politischen islamistischen Gruppen

Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs hat sich Rojava als ein Gebiet herauskristallisiert, das einen großen Teil Nordsyriens umfasst und neben anderen Bevölkerungsgruppen von Kurd:innen bewohnt wird. Während im übrigen Syrien das herrschende autoritäre Assad-Regime und radikale islamistische Gruppen miteinander um die Vorherrschaft rangen, hat Rojava ein ganz anderes Modell entwickelt. Rojava strebt die Entwicklung eines ideologisch säkularen, demokratischen Systems an, das auf der Gleichheit der Unterschiede beruht und sich auf die Grundsätze der Ökologie und der Freiheit der Frauen stützt. Die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte der Frauen und der Schutz der ethnischen Vielfalt sind die wichtigsten Aspekte dieses Gesellschaftsmodells.

Im Gegensatz zu den klassischen westlichen Demokratien setzt Rojava auf direkte Demokratie und soziale Teilhabe. Anstelle einer zentralisierten Regierung basiert die Verwaltung in Rojava auf dem Konzept des demokratischen Konföderalismus, der die Selbstverwaltung durch lokale Versammlungen in der Region vorsieht. Darüber hinaus wurde eine Struktur



Frauen der YJŞ aus Şengal und YPJ aus Nord- und Ostsyrien nach der Befreiung des Stadtkerns Raqqas vom IS im Jahr 2017. Die êzîdischen Frauen in Şengal haben nach dem Überfall durch den IS eigene Frauenverteidigungseinheiten nach dem Vorbild der YPJ gegründet. Foto: Archiv

gewählt, die sowohl säkulare als auch religiöse Unterschiede berücksichtigt. Dieses Modell erkennt die ethnische und konfessionelle Vielfalt der Region an und wendet sich gegen religiöse Unterdrückung. Diese säkulare Struktur in Rojava ist eine radikale Alternative zum politischen Islam, der von traditionellen islamistischen Werten geprägt ist.

Eine der offensichtlichsten Alternativen, die Rojava bietet, ist seine revolutionäre Haltung zu den Rechten der Frauen. Während Frauen im übrigen Syrien seit jeher gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch an den Rand gedrängt werden, sind sie in Rojava in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aktiv beteiligt. Die Freiheit der Frauen ist eines der wichtigsten Elemente der sozialen und politischen Ordnung in Rojava. Frauen übernahmen aktive Rollen in Strukturen wie der PYD (Partei der demokratischen Einheit) und die YPJ (Frauenverteidigungseinheiten). Sie nahmen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teil.

Diese aktive Rolle der Frauen im Krieg ist ein Faktor, der den Konflikt der ideologischen Struktur von Rojava mit dem politischen Islam verschärft. Denn im traditionellen Verständnis des politischen Islam ist der Platz der Frau im gesellschaftlichen Leben generell eher begrenzt. Die aktive Rolle der Frauen in der Politik, im Krieg und im gesellschaftlichen Leben hat die Feindseligkeit islamistischer Gruppen und der Staaten, die diese Gruppen unterstützen, insbesondere der Türkei, gegenüber Rojava verschärft. Die Frauenrevolution in Rojava steht in direktem Widerspruch zu den sozialen und ideologischen Strukturen, mit denen islamistische Gruppen ihre Existenz sichern.

Politisch-islamistische Gruppen in Syrien, insbesondere die von der Türkei unterstützten, sehen Rojava als Gefahr an. Diese Gruppen betrachten die säkulare Selbstverwaltung in Rojava und den Kampf der Frauen um ihre Rechte als Bedrohung für die bestehende ideologische Ordnung und das traditionelle islamistische Weltbild in Syrien. Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs haben dschihadistische Gruppen, die von der Türkei unterstützt werden, Rojava kontinuierlich angegriffen, um sein demokratisches Autonomiemodell zu zerstören.

Die Politik der Türkei gegenüber der kurdischen Bevölkerung ist einer der Gründe für ihre Feindseligkeit gegenüber Rojava. Die Türkei sieht in Rojava aber nicht nur eine kurdisch kontrollierte Region, sondern wertet auch das dort praktizierte säkulare, feministische und demokratische Autonomiemodell als Gefahr für ihre nationale Sicherheit. Um die internationale Anerkennung von Rojava zu verhindern, hat die Türkei islamistische

Gruppen in Syrien, Jabhat al-Nusra und Ahrar al-Sham, in den Mittelpunkt des bewaffneten Kampfes gestellt, um die Strukturen Rojavas zu destabilisieren.

Die Motivation hinter den Angriffen dieser Gruppen auf Rojava ist nicht nur ideologisch, sondern auch regional und strategisch: Der Erfolg des säkularen Modells und der kurdischen Bewegung in Rojava könnte andere kurdische Bewegungen in der Region ermutigen. Dies stellt aus Sicht der Türkei eine Bedrohung dar, sowohl im Hinblick auf die Stärkung der kurdischen Bewegungen als auch auf die Ausbreitung eines säkularen Regierungsmodells.

Angriffe auf Rojava liegen nicht nur im Interesse der Türkei, sondern auch des Iran. Beide Länder sehen in den kurdischen Forderungen nach Selbstbestimmung und einem regionalen politischen Status eine Bedrohung für ihre nationale Sicherheit. Um das Erstarken der kurdischen Bewegung in Rojava zu verhindern, nutzen die Türkei und der Iran die politisch-islamistischen Gruppen in dieser Region als Stellvertreter für ihre Interessen.

Der Iran hat direkt oder indirekt mit der syrischen Regierung zusammengearbeitet, um den regionalen Einfluss der Demokratischen Selbsterwaltung von Nord- und Ostsyrien zu brechen. Während sich der Iran mit dem Assad-Regime in Syrien verbündet hat, um eine regionale Hegemonie zu errichten, hat er zugleich auch seine Beziehungen zur Hisbollah im Libanon und zu schiitischen Milizen im Irak ausgebaut. Der Iran hat seinen

Einfluss in Syrien bis zum Sturz von Assad genutzt, um den Kampf der Kurd:innen um Selbstbestimmung einzudämmen.

All diesen Unternehmungen zum Trotz entwickeln sich die Werte einer demokratischen, egalitären und geschlechtergerechten Struktur, die Rojava ideologisch vertritt, zu einem alternativen Modell für verschiedene Völker in anderen Teilen des Nahen Ostens. Für viele Völker in der Region ist es ein vielversprechendes Gesellschaftssystem. Da dieses ideologische Modell jedoch in diametralem Gegensatz zu den vom politischen Islam geförderten Scharia-basierten Strukturen steht, wird das von Rojava angebotene alternative Modell als große Bedrohung sowohl für die traditionell dominierenden Mächte im Nahen Osten als auch für die politisch-islamistischen Bewegungen wahrgenommen.

Mögliche Zukunftsperspektiven

Der politische Islam wird weiterhin als Stellvertreter im Interesse der globalen Hegemonialmächte eingesetzt werden. Die langfristigen Folgen dieser Strategie werden jedoch häufig zu einer den eigentlichen Zielen entgegengesetzten Entwicklung führen und können darin enden, dass der Westen die Kontrolle über diese Bewegungen verliert. Die während des Kalten Krieges vom Westen unterstützten dschihadistischen Gruppen begannen im Laufe der Zeit sich zunehmend zu verselbständigen und eine Bedrohung für die Sicherheit des Westens darzustellen.

Vor allem die Bürgerkriege im Nahen Osten und die zunehmenden dschihadistischen Aktivitäten in der Region machen den politischen Islam auch heute noch zu einem Instrument für globale Hegemonialmächte. An diesem Punkt ist die Zukunft des politischen Islam direkt mit den strategischen Entscheidungen des Westens verbunden. Das zeigt jedoch die Gefahren einer Strategie auf, die sich ausschließlich auf kurzfristige Interessen stützt.

Rojava leistet großen Widerstand, indem es ein säkulares und demokratisches Regierungsmodell in einer Zeit umsetzt, in der der politische Islam auf dem Vormarsch ist. Die im Norden Syriens eingerichtete Selbstverwaltung will ein friedliches und gleichberechtigtes Leben zwischen den Gesellschaften bieten und sich gegen die mit Unterstützung des Westens geformten politisch-islamistischen Gruppen behaupten. Die säkulare, frauenbefreiende und multiethnische Struktur von Rojava steht im Gegensatz zu den grundlegenden Ideologien des politischen Islam und gerät gleichzeitig in Konflikt mit den Interessen der regionalen Akteure.

Der Widerstand in Rojava ist zu einem starken Symbol für den Aufbau einer alternativen Gesellschaftsform gegen die hegemoniale Struktur des politischen Islam einerseits und zu einer großen strategischen Bedrohung

für die regionalen und globalen Mächte des Status quo andererseits geworden. Die ständigen Angriffe der Türkei auf Rojava, mit Hilfe islamistischer Gruppen als Stellvertreter, werden als Versuch gesehen, diesen Widerstand zu brechen. Der Verteidigungskampf in Rojava ist Teil eines großen regionalen und globalen ideologischen Konflikts.

Die Bedeutung der Haltung des Westens gegenüber Rojava

An diesem Punkt ist auch die Haltung des Westens gegenüber Rojava von großer Bedeutung. Der Westen hat gegenüber der kurdischen Bewegung eine pragmatische Haltung eingenommen, indem er sie manchmal unterstützt und manchmal, im Zuge seiner strategischen Interessen, mit anderen Mächten in der Region kooperiert. Die wechselnde Haltung des Westens in seiner Syrienpolitik hat einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft von Rojava und die Rolle des politischen Islam in der Region.

Der Widerstand von Rojava kann auch als alternatives Modell auf globaler Ebene betrachtet werden. Denn der demokratische Konföderalismus als egalitäre, freiheitliche und multikulturelle Regierungsform steht nicht nur im Gegensatz zur Scharia-basierten Regierungsform des politischen Islam. Dieses Modell kann das Entstehen ähnlicher ideologischer Widerstände nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in anderen Teilen der Welt inspirieren. Dieser ideologische Kampf von Rojava kann ein wichtiger Schritt sein, um die ideologische Hegemonie des politischen Islam zu brechen.

Die Zukunft des politischen Islam wird nicht nur von den Entwicklungen im Nahen Osten, sondern auch von einer breiteren Perspektive auf das globale Gleichgewicht geprägt sein. Während sie den politischen Islam im Einklang mit ihren strategischen Zielen fördern, sind die globalen Mächte gleichzeitig besorgt, die Kontrolle über diese Bewegungen zu verlieren. Die Unabhängigkeit des politischen Islam könnte jedoch eine größere Bedrohung für den Westen darstellen. Dies könnte zu einer Neuordnung des globalen geopolitischen Gleichgewichts führen.

Rojava wird in diesem globalen und regionalen geopolitischen Spiel weiterhin als Ort des Widerstands existieren. Obwohl das freiheitliche und säkulare Regierungsmodell von Rojava durch die Hegemonialmächte in der Region bedroht ist, hat es das Potenzial, als alternatives Modell auf globaler Ebene weiter zu bestehen. In diesem Zusammenhang kann der Widerstand von Rojava zu einem Symbol nicht nur für das kurdische Volk in der Region, sondern auch für die unterdrückten Völker auf der ganzen Welt werden.



Im Wettrüsten mit KI wird die Schwelle zum autonomen Krieg überschritten

Automatisierung des Tötens

Ceni, Kurdisches Frauenbüro für Frieden

Wir befinden uns in den Anfängen einer neuen Ära der Kriegsführung. Künstliche Intelligenz und autonome Systeme verändern das Wesen militärischer Konflikte grundlegend. Der Artikel beschreibt die derzeitigen Ausmaße dieser Technologie und geht darauf ein, wie sie auch von deutschen Unternehmen weiterentwickelt wird.

Künstliche Intelligenz (KI) bezeichnet die Fähigkeit von Computern und Maschinen, durch Algorithmen und maschinelles Lernen menschenähnliche Entscheidungen zu treffen und sich an veränderte Umstände anzupassen. Während KI in vielen zivilen Bereichen als Fortschritt gilt, entwickelt sie sich im militärischen Kontext zunehmend zu einer strategischen Schlüsseltechnologie. Die fortschreitende Automatisierung im Kriegsgeschehen lässt die Grenzen zwischen Mensch und Maschine immer mehr verschwimmen. Während diese Entwicklungen technologische Fortschritte und Effizienzgewinne versprechen, werfen sie zugleich erhebliche ethische, rechtliche und sicherheitspolitische Fragen auf. Israel, die Türkei und Deutschland stehen beispielhaft für den globalen Trend hin zu KI-gestützten Waffensystemen, die in aktuellen und künftigen Kriegen eine immer entscheidendere Rolle spielen werden. Israel ist in der Implementierung von KI-gestützten Waffensystemen stark vorangeschritten und hat diese bereits in realen Konflikten, insbesondere in Gaza, eingesetzt. Die Türkei setzt verstärkt auf Drohnen- und KI-Technologie und nutzt sie zur Projektion militärischer Macht in verschiedenen regionalen Auseinandersetzungen. Deutschland wiederum spielt als einer der technologisch führenden Akteure in Europa eine entscheidende Rolle in der Entwicklung moderner militärischer KI-Systeme, insbesondere durch Unternehmen wie Helsing, die ihre Technologien bereits im Krieg in der Ukraine zur Anwendung bringen.

DIE TÜRKEI BETRACHTET DIESE TECHNOLOGIEN ALS STRATEGISCHEN VORTEIL UND WIRD SIE IN ZUKÜNFTIGEN KONFLIKTEN VERMUTLICH WEITER AUSBAUEN.

Ein bedeutender Unterschied zwischen herkömmlichen Drohnen, wie sie die USA in Afghanistan eingesetzt haben, und autonomen Waffensystemen, die durch KI gesteuert werden, besteht im Grad der menschlichen Kontrolle. Während Drohnen wie die »MQ-9 Reaper« ferngesteuert werden und stets eine menschliche Entscheidung zur Zielerfassung und zum Angriff benötigen, sind autonome Waffensysteme in der Lage, Ziele selbstständig auszuwählen und anzugreifen, ohne direkte menschliche Eingriffe. Dieser entscheidende technologische Wandel könnte die Kriege der Zukunft fundamental verändern, da autonome Waffen nicht nur schneller agieren, sondern auch in großem Umfang ohne menschliche Kontrolle operieren könnten. Beispiele für autonome Waffensysteme sind etwa unbemannte Kampfflugzeuge, die selbstständig Luftkämpfe führen, autonome Drohnenschwärme, die koordiniert Ziele angreifen, sowie KI-gestützte Artilleriesysteme, die eigenständig feindliche Stellungen identifizieren und bekämpfen.

Die Entwicklung dieser Technologien geschieht nicht isoliert. In verschiedenen internationalen Foren wird über Regulierungen und Beschränkungen diskutiert, doch bislang gibt es keine völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen zur Kontrolle autonomer Waffensysteme. Die Vereinten Nationen debattieren seit Jahren über ein Verbot sogenannter »Killerroboter«, jedoch ohne konkrete Ergebnisse. Während einige Länder, darunter Deutschland und Frankreich, für eine, wenn auch schwammige, internationale Regulierung eintreten, blockieren Großmächte wie die USA, Russland und China jegliche Fortschritte in dieser Richtung. Derzeit gibt es keine einheitlichen Standards oder Mechanismen, die verhindern, dass diese Technologien unkontrolliert weiterentwickelt und in Konflikten eingesetzt werden.

Die Nutzung von KI im militärischen Bereich begann mit einfachen Automatisierungssystemen für Logistik und Aufklärung. Bereits in den 1980er-Jahren experimentierten große Militärmächte mit Systemen zur Mustererkennung,



Eine türkische Bayraktar Drohne, wie sie von den SDF in der Nähe der Qereqozax-Brücke abgeschossen wurde. Die Bayraktar-Drohne setzt KI bei der Zielerfassung ein. Foto: ANF

um feindliche Aktivitäten frühzeitig zu identifizieren. In den 2000er-Jahren wurden erste KI-gestützte Entscheidungsunterstützungssysteme in Kampfflugzeugen integriert, um Piloten bei der schnellen Analyse von Situationen zu unterstützen. In jüngster Zeit hat sich die Entwicklung auf vollständig autonome Waffensysteme konzentriert, die komplexe taktische Entscheidungen ohne menschliches Eingreifen treffen können.

Die Auswirkungen autonomer Waffensysteme sind bereits in mehreren Konflikten erkennbar. In Libyen setzte die Türkei 2020 erstmals KI-gesteuerte Kampfdrohnen vom Typ Kargu-2 ein, die feindliche Kämpfer ohne menschliche Steuerung attackierten – ein Präzedenzfall für die Zukunft autonomer Kriegsführung.¹ In der Ukraine nutzen beide Seiten fortschrittliche KI-gestützte Systeme, die entweder für die autonome Zielerkennung oder für die Berechnung von Angriffsstrategien eingesetzt werden.² Auch im Konflikt um Bergkarabach 2020 spielten autonome Drohnen eine entscheidende

**DIE GEFAHR MASSIVER
KOLLATERALSCHÄDEN STEIGT RASANT,
WÄHREND DIE VERANTWORTUNG
FÜR DIESE ANGRIFFE ZUNEHMEND
IN DIE HÄNDE EMOTIONSLOSER
ALGORITHMEN GELEGT WIRD.**

de Rolle. Aserbaidschan setzte türkische Bayraktar-Drohnen ein, die mittels KI-gesteuerter Zielerfassung präzise Angriffe auf armenische Stellungen ausführten und so maßgeblich den Ausgang des Krieges beeinflussten.³ Besonders alarmierend ist der Einsatz von KI-Systemen im Gazastreifen, wo Israel »Habsora« und »Lavender« zur Generierung und Priorisierung von Zielen verwendet. Diese Technologien haben die Zahl der täglich angegriffenen Ziele drastisch in die Höhe getrieben und führen zu einer weiteren alarmierenden Entmenschlichung des Krieges. Sie beschleunigen die Tötung in einem beispiellosen Ausmaß, ohne dass moralische oder ethische Bedenken eine wirkliche Rolle spielen. Die

Gefahr massiver Kollateralschäden steigt rasant, während die Verantwortung für diese Angriffe zunehmend in die Hände emotionsloser Algorithmen gelegt wird.

Israel hat sich als Vorreiter der autonomen Kriegsführung etabliert. Mit Systemen wie »Habsora« und »Lavender« nutzt das israelische Militär hochentwickelte Algorithmen, um in Echtzeit feindliche Ziele zu identifizieren und zu eliminieren.

1 UN-Bericht. (2021). Autonomous weapons in Libya: The case of the Kargu-2 drone. Verfügbar bei den Vereinten Nationen.

2 The Guardian. (2024). Ukraine war: How AI is changing modern battlefields. Abgerufen von <https://www.theguardian.com>

3 BBC, (2020). Nagorno-Karabakh conflict: How drones are revolutionising warfare. Abgerufen von <https://www.bbc.com>

Diese Systeme wurden intensiv im Gazastreifen eingesetzt. »Habsora« ermöglicht es, täglich Hunderte von Zielen zu generieren – eine drastische Steigerung im Vergleich zu vorherigen Operationen, die wenige Dutzend Ziele pro Jahr auswiesen.⁴ In Berichten ehemaliger Geheimdienstoffiziere heißt es, dass dieses System eine »Massenmordfabrik« ermögliche, bei der die Anzahl der Angriffe entscheidender ist, als die Präzision der Zielauswahl.⁵ Trotz einer oberflächlichen menschlichen Kontrolle bleibt kaum Zeit für eine echte Prüfung der Zielgenauigkeit. Dies führt dazu, dass die moralische Hemmschwelle für Angriffe sinkt und die Unterscheidung zwischen Kämpfer:innen und Zivilist:innen zunehmend verwischt. Kritiker:innen warnen, dass dieser Grad an Automatisierung das humanitäre Völkerrecht untergräbt und zu unverhältnismäßiger Gewaltanwendung führt.

Auch die Türkei setzt verstärkt auf autonome Waffensysteme. In den vergangenen Jahren hat sie ihre Verteidigungsindustrie massiv ausgebaut, insbesondere im Bereich der Drohnentechnologie. Türkische Drohnen, allen voran die »Bayraktar TB2«, wurden bereits in mehreren Kriegen erfolgreich eingesetzt, darunter in Libyen, Syrien, Bergkarabach und der Ukraine. Die Türkei betrachtet diese Technologien als strategischen Vorteil und wird sie in zukünftigen Konflikten vermutlich weiter ausbauen.⁶ Neben der reinen Drohnentechnologie arbeitet das Land verstärkt an weiterentwickelten KI-gestützten Waffensystemen, die sich zunehmend von direkter menschlicher Steuerung lösen. Dies wird die Art und Weise, wie die Türkei in zukünftigen militärischen Konflikten agiert, grundlegend verändern und möglicherweise zu noch rascheren Eskalationen beitragen.

Ein besonders bemerkenswerter Akteur in der europäischen KI-Militärtechnologie ist das deutsche Unternehmen Helsing. Die Softwarelösungen von Helsing werden bereits aktiv in der Ukraine eingesetzt, wo sie bei der Zielerkennung und Einsatzplanung unterstützen. Helsing setzt auf hochentwickelte Algorithmen, die in Echtzeit große Datenmengen analysieren, um die Effizienz militärischer Operationen zu maximieren. 2023 erhielt Helsing den Auftrag, den Eurofighter für den elektronischen Kampf auszurüsten, während das Unternehmen auch maßgeblich an der KI-Infrastruktur des Future Combat Air

System (FCAS) beteiligt ist.⁷ Die enge Zusammenarbeit mit der Ukraine zeigt, wie rasant auch Europa auf die Integration von KI in militärische Prozesse setzt, auch wenn politische Entscheidungsträger dies öffentlich oft relativieren.

Fazit

Der zunehmende Einsatz autonomer Waffen wird die Art der Kriegsführung radikal verändern. KI-gestützte Systeme ermöglichen eine höhere Geschwindigkeit und Genauigkeit in Gefechten, wodurch der Faktor Mensch immer weiter in den Hintergrund tritt. Dies birgt jedoch erhebliche Risiken: Der Wegfall menschlicher Entscheidungsfindung könnte dazu führen, dass Maschinen Fehler machen, die zu Eskalationen oder unerwarteten Kriegsverbrechen führen. Zudem könnten automatisierte Waffensysteme von feindlichen Akteuren gehackt und gegen ihre ursprünglichen Betreiber eingesetzt werden. Auch psychologische Aspekte sind nicht zu unterschätzen: Die Tatsache, dass KI ohne emotionale Hemmungen operiert, könnte Kriege noch brutaler und skrupelloser machen.

Während Organisationen wie Human Rights Watch und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz eine Regulierung fordern, gibt es bisher keine verbindlichen internationalen Abkommen zur

Einschränkung autonomer Waffensysteme. Der Widerstand gegen strikte Regulierungen kommt vor allem von den großen Militärmächten, die befürchten, durch Restriktionen technologische Nachteile zu erleiden. Gleichzeitig wächst der öffentliche Druck auf Regierungen, verbindliche ethische Standards für den Einsatz von KI in der Kriegsführung zu entwickeln.

Die Welt befindet sich an einem Wendepunkt. Die Entwicklung KI-gestützter Waffensysteme ist nicht mehr aufzuhalten. Die großen Militärmächte liefern sich ein Wettüben um die Vorherrschaft in dieser neuen Technologie, und jeder Akteur ist gezwungen, Schritt zu halten. KI-gestützte Waffen werden schneller, präziser und tödlicher. Die Kontrolle des Menschen über den Krieg schwindet zusehends, während Algorithmen immer größere Entscheidungen über Leben und Tod treffen. Die Automatisierung des Tötens ist längst keine dystopische Zukunftsvision mehr – sie ist Realität.

⁴ The Guardian. (2023). AI-driven warfare: Israel's controversial use of 'Habsora' in Gaza. Abgerufen von <https://www.theguardian.com>

⁵ +972 Magazine, 2024. 'A mass assassination factory': Inside Israel's calculated bombing of Gaza. Abgerufen von <https://www.972mag.com>

⁶ Carnegie Endowment for International Peace. (2023). Turkey's military AI ambitions: Strategic implications. Abgerufen von <https://carnegieendowment.org>

⁷ Defense News. (2023). Helsing's role in AI-powered warfare: Europe's push for autonomous military tech. Abgerufen von <https://www.defensenews.com>

Epistemische Gewalt und Epistemizid als spezielle Kriegsstrategie in Kurdistan

Kolonialisierung einer widerständigen Kultur

Ronya Winter, Bildungs- und Forschungskomitee der kurdischen Studentinnenarbeiten Deutschland

Der Spezialkrieg und spezielle Kriegsführung zeigen sich in allen Dimensionen unseres Alltags in Rojava. Denn diese spezielle und psychologische Kriegsführung umfasst mehr als einen rein militärisch ausgetragenen Angriff. Die Methoden der Kriegsführung haben sich auf alle gesellschaftlichen Ebenen ausgeweitet und es wird versucht, vor allem die gesellschaftlichen Strukturen anzugreifen. Diese Form des Krieges greift vor allem die gesunde Mentalität – in Form von politischem und verantwortungsvollem Bewusstsein – in jedem einzelnen Individuum der Gesellschaft an. Es wird versucht dieses Bewusstsein zu verändern. Es ist eine Form der Kolonalisierung der Mentalität. Besonders die widerständige Haltung der kurdischen Gesellschaft, gegenüber den Angriffen der Ideologie der kapitalistischen Moderne, hat sie zu einem der Hauptangriffsziele gemacht. Diese widerständige Kultur rührt aus einer zehntausende Jahre alten Tradition der demokratischen Zivilisation, die in Mesopotamien ihren Anfang nahm. Die demokratische Zivilisation musste aber auch hier den drastischen und gewaltvollen Übergang zur Zentralzivilisation (kapitalistische Zivilisation von Herrschaft und Unterdrückung) erleben. Auch heutzutage sind Kurd:innen einem sehr grausamen Spezialkrieg ausgesetzt, der auf sehr unterschiedlichen Ebenen geführt und gelenkt wird. Dieser Krieg hat das Ziel, die gesellschaftlichen Strukturen zu schwächen, zu übernehmen und ins staatliche System der kapitalistischen Moderne einzugliedern.

Eine besondere Form der speziellen Kriegsführung, die wir weltweit gegenüber unterdrückten Völkern sehen können, ist die epistemische Gewalt und speziell der »Epistemizid«. Dieser Begriff wurde von dem portugiesischen Soziologen Boaventura de Sousa Santos geprägt und beschreibt die systematische Auflösung und Auslöschung von Wissenssystemen innerhalb von Gesellschaften. Er selbst bezeichnet es als »Wissens-Mord«. Damit kann Epistemizid auf einer Ebene mit Genozid und der Auslöschung ganzer Völker und Gesellschaften beschrieben werden und lässt sich post- und dekolonialen Theorien zuordnen. Epistemologische Gewalt wiederum ist ein Begriff um Formen indirekter Gewalt in Zusammenhang mit der

Produktion, Verbreitung und Anerkennung von Wissen zu beschreiben.

Um die Bedeutung und Folgen von epistemischer Gewalt besser zu erklären, ist es sinnvoll, die Art der speziellen und psychologischen Kriegsführung genauer zu beschreiben. Bevor wir uns der eigentlichen Thematik widmen, werden wir vor allem nochmal näher auf die Definition von Wahrheit und Erkenntnis eingehen, denn nur mit einem Verständnis der Ideologie der demokratischen Moderne lassen sich System und Wahrheit, staatliche Repression und gesellschaftliche Werte auseinander halten und voneinander differenzieren.

Was ist Wissen und woher beziehen wir solches?

Was bedeutet für uns Wahrheit? Wo beginnt sie und wo hört sie auf? Alternative Wissensquellen zu benutzen und darauf zu beharren, dass wir darin unsere eigene Wahrheit finden werden, ist essentiell um eine klare Haltung gegen die Ideologie und Mentalität der kapitalistischen Moderne leben zu können. Worauf läuft das genau hinaus? Als Grundbaustein für weitere Schritte müssen wir verstehen, wie und wo sich unsere Wahrheit von der des Systems der kapitalistischen Moderne unterscheidet und wo genau diese auf der anderen Seite immer wieder gezielt, mit der Absicht der Zerstörung, angegriffen wird. In der Geschichte wurden manche Wissenssysteme mit Gewalt durchgesetzt und andere wurden vernichtet. Diese Wissenssysteme besitzen unterschiedliche Methoden, um die Wahrheit zu beschreiben und beziehen sich auf unterschiedliche Erkenntnisse. »Episteme« als Begriff kommt ursprünglich aus dem Griechischen und bedeutet nichts anderes als »Erkenntnis« oder »Wissen«. In der Geschichte gab es viele unterschiedliche Methoden und Wege, wie Gesellschaften sich das Leben und den Sinn dahinter erklären. Um Wahrheit zu verstehen gab und gibt es immer noch mythologische, religiöse, philosophische und wissenschaftliche Ansätze. Dabei lässt sich erkennen, dass vor allem in der kapitalistischen Moderne ein Großteil dieser Ansätze nicht mehr als wissenschaftlich fundiert ange-

sehen wird. Damit einher geht ein immer größerer Fokus auf die Methode der positivistischen Wissenschaft. Die dogmatische Versteifung auf eine Erklärung vom Sinn des Lebens und dem Leben insgesamt mit der Methode der positivistischen Wissenschaft führt heutzutage immer mehr zu positivistischen Ansichten und Beschreibungen. Der Positivismus zerteilt eine große gesamtheitliche Wahrheit in viele kleine Teile. Manchen Teilen wird dabei mehr Wert zugesprochen, andere wiederum werden als unwichtig erklärt. Auch das Wissen als solches wird in richtig und falsch, wissenschaftlich belegbar und nicht belegbar, zerteilt. Dadurch verengt sich der Blick insgesamt.

Eurozentrismus als hegemoniale Denkstruktur

Herrschafts- und Machtapparate akkumulieren Wissen. Eurozentrismus ist ein universalistisches Wissensmodell und wird als alleinige Basis von Wissen dargestellt. Das lässt sich ganz einfach daran erkennen, welche Formen von Wissen als Wissenschaft bezeichnet werden können und welche nicht. Die Basis dafür bildet die Ideologie des Positivismus als einer der Grundpfeiler der kapitalistischen Moderne. Vor allem in Universitäten stellt sich die Frage der wissenschaftlichen Fundiertheit, sei es aus Texten, Diskussionen oder Erfahrungen. Einhergehend mit einer eurozentristischen und positivistischen Perspektive, in der eine extreme Trennung von Objekt und Subjekt vorherrscht, ist der Forschende und »Wissende« größtenteils ein weißer Mann, der wiederum das »Andere« erforscht, sei es die Frau oder andere Kontinente. Ein gutes Beispiel für den Eurozentrismus als hegemoniale Denkstruktur ist die Behauptung, dass Europa mit unaufhörlichem Fortschritt verbunden sei. Mit anderen Worten wird dadurch behauptet, dass Europa, als Zentrum der kapitalistischen Moderne, am fortschrittlichsten sei. Dabei lässt sich aber auch erkennen, wie durch Kolonialisierung eine selektive Aneignung von kulturellen Gütern vonstattengegangen ist, wie sich Europa und die eurozentristische Mentalität als Zwangskultur auf der gesamten Welt auszubreiten versucht hat und wie Positivismus und Eurozentrismus zu den immer noch anhaltenden und heutzutage existierenden kolonialen Machtstrukturen gehören. Epistemologische Gewalt und auch Epistemizid sind in der alleinigen Anerkennung der Eurozentristischen Denkstruktur zu erkennen und werden dazu genutzt, hegemoniale Machtstrukturen aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Der erste Epistemizid der Geschichte

Das Wissen der demokratischen Zivilisation und die damit verbundene erste Revolution der Frau beginnt im neolithischen Zeitalter. Gordon Childe beschreibt diese Revolution als eine, die in ihren Ausmaßen auf der gleichen Stufe der Revolution des 16. Jahrhunderts (Aufklärung) steht.

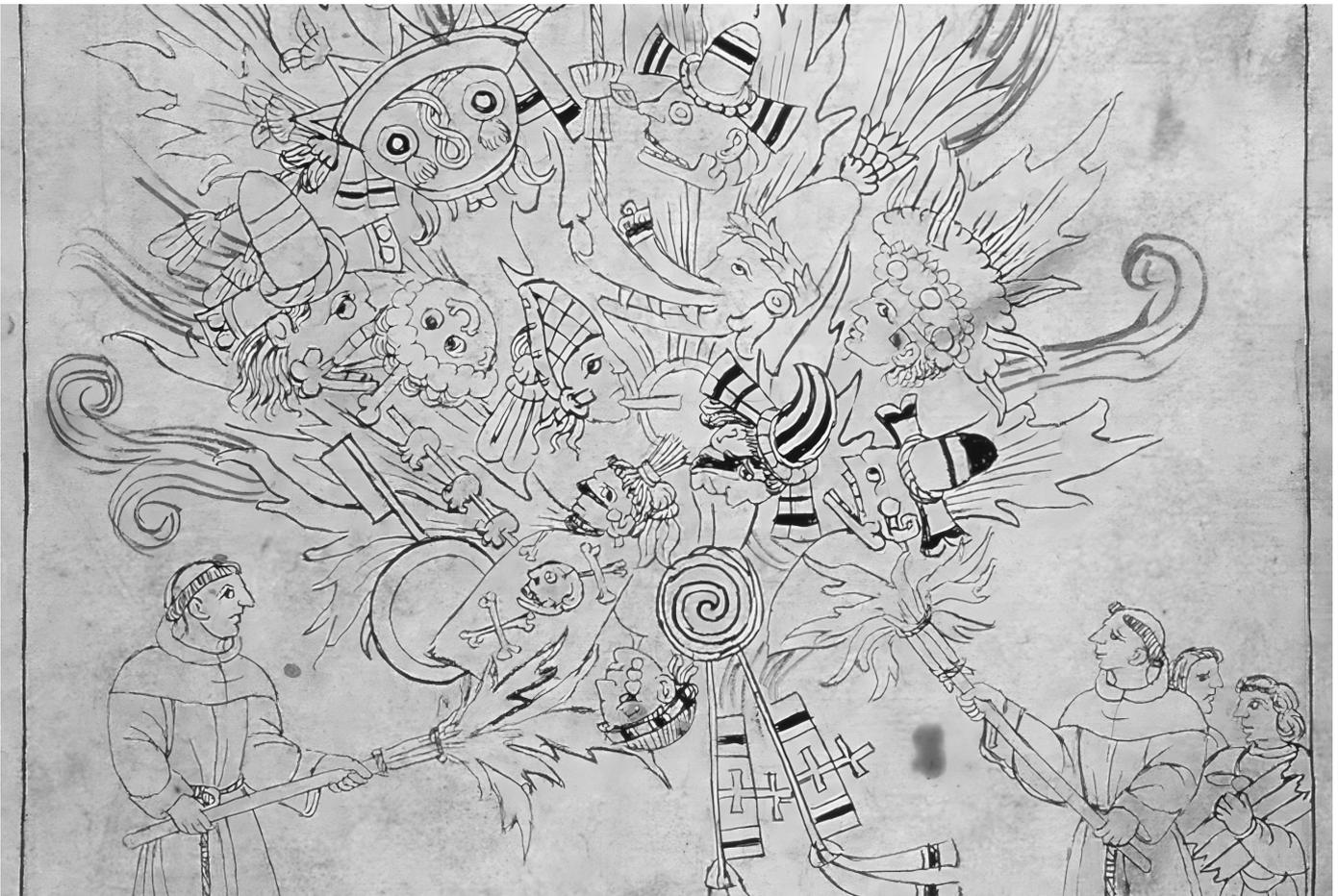
Innerhalb des Wissenssystems matrizenrischer Gesellschaftsstrukturen¹ während des Neolithikums wird davon ausgegangen, dass alles lebendig ist. Daraus lässt sich schließen, dass die Beziehungen zwischen Menschen sowie die Beziehung zwischen Mensch und Natur auf der Grundlage eines ökologischen Ansatzes gefußt hat. Denn wenn alles lebendig ist, besitzt auch alles einen Wert. Außerdem gibt es dadurch keine Trennung zwischen Subjekt und Objekt, die bekanntlich erst mit dem ersten Geschlechterbruch und dem Ursprung des Patriarchats begonnen hat.² Genau hier lässt sich nach post- und dekolonialen Theorien das erste Mal innerhalb der Menschheitsgeschichte epistemologische Gewalt und sogar ein Epistemizid verorten. Abdullah Öcalan spricht in seinem Buch »Soziologie der Freiheit« davon, dass wir die Frau als älteste Kolonie betrachten können. Die Weltanschauung (Ideologie) sowie das Wissenssystem matrizenrischer Gesellschaften wird demnach seit mehr als 5000 Jahren kolonialisiert, umgedreht und ausgelöscht. Demnach hat der erste Epistemizid in Mesopotamien und Kurdistan stattgefunden. Denn genau hier lässt sich nach mythologischen Erzählungen der erste Geschlechterbruch und der Umschwung zur patriarchalen Weltordnung erkennen. Die Wiege der demokratischen Zivilisation beginnt hier und wird auch genau hier von der Macht und Unterdrückung der Zentralzivilisation überschattet. Hier beginnt die Vernichtung spezifischer Gesellschaftsstrukturen und die Vernichtung von Wissen und Werten um die neue hegemoniale Norm durchzusetzen. Vor allem der Angriff auf die Identität der Frau und damit einhergehend auf intuitives Wissen, Wissen matriarchaler Gesellschaftsstrukturen und matriarchaler Lebensformen ist eng verknüpft mit epistemologischer Gewalt. Dieser Angriff lässt sich innerhalb der Geschichte bis heute als tief verankerte Unterdrückungsform und Kolonialisierung der Mentalität und des Körpers beschreiben.

Epistemizid als spezielle Kriegsführung in Kurdistan

Auch heute verwenden hegemoniale Mächte epistemische Gewalt und »Epistemizid« um alternative Wissenssysteme anzugreifen und auszulöschen. Auch wenn die Bezeichnung Kolonie für heutige besetzte Gebiete im wissenschaftlichen Diskurs kaum noch verwendet wird, besteht Kolonialität gegenüber indigenen Bevölkerungsgruppen dennoch auf allen Kontinenten weiter. In Palästina und natürlich auch in Kurdistan. Es lässt sich weiterhin eine gezielte Wissensvernichtung

1 Matrizenrische Gesellschaftsstrukturen meint solche, die um Mütter herum organisiert sind.

2 Abdullah Öcalan verortet den ersten Geschlechterbruch in der vor-zivilisatorischen Zeit und beschreibt ihn als Prozess der Etablierung der ersten und längsten andauernden Hierarchie, des Patriarchats, durch die organisierte Kraft eines Bündnisses von Schamanen, erfahrenen Alten und starken Männer. »Was hier usurpiert wurde, waren die Frau selbst, ihre Kinder, ihre Verwandten und all ihre materiellen und kulturellen Werte.« (aus: »Befreiung des Lebens – Die Revolution der Frau« von Abdullah Öcalan)



Spanische Mönche verbrennen Codices der Azteken, wie es von Diego Muñoz Camargo im Jahr 1585 festgehalten wurde. Die Aztekencodices sind illustrierte Bücher, in denen unter anderem historische und mythische Ereignisse und Kalender festgehalten wurden. Foto: Archiv

erkennen. Wo Macht und Herrschaft bestehen, gibt es auch Gewalt. Dabei dürfen wir nicht einfach nur physische Gewalt und Angriffe betrachten, sondern vor allem auch »unsichtbare« und versteckte Formen, die oftmals nicht so leicht erkennbar sind. Die Auslöschung von Wissen und vor allem auch die darauf folgende Assimilierung von Völkern sind ein Teil von gewaltvollen Prozessen. Vor allem die psychologische und spezielle Kriegsführung zeigt sich in dieser Form der Gewalt. Epistemizid – also die Vernichtung von Wissen – führt hierbei zu einer angestrebten Kontrolle der Besatzer über die Weltanschauung und das Wissen der Kolonialiserten. Das Wissen ist demnach eines der wichtigsten kolonialen Eroberungsfelder. Denn politische und ökonomische Kontrolle kann ohne die Kontrolle der Mentalität niemals vollumfänglich abgeschlossen sein.

Als Bestandteil epistemologischer Gewalt haben wir anfangs schon die eurozentristische Hegemonie des Denkens und der Wissenschaft beschrieben. Um Wissens- und Gewaltmonopole aufrechtzuerhalten gibt es die Einteilung in Subjekt und Objekt. Das Objekt ist hierbei »das Andere«. Teil des eurozentristischen Machtmonopols ist die Gewalt gegen jene, die alternative

Wissensquellen benutzen. Während die westlich-moderne Wissenschaft sich zur einzig gültigen Form der Wissensproduktion erklärt, werden andere Welterfahrungen und Wissensformen für nicht existent, irrelevant und ungültig erklärt. Alles, was von ihr nicht anerkannt wird, erscheint als eine Form des Unwissens oder als ein Mangel an Kultur. Damit einhergehend wird neben dem Epistemizid auch der Begriff des »Linguizids« genannt. Damit wird die systematische Auslöschung von Sprache beschrieben. Auch innerhalb der Sprachen ist durch die kapitalistische Moderne eine Monokultur entstanden. Es gibt einige auf der gesamten Welt anerkannte Sprachen, wie zum Beispiel Englisch, die in fast jedem Land der Welt im Bildungsplan stehen und mit denen wir uns überall verständigen können. Andere Sprachen jedoch werden ausgelöscht und verboten. Die kurdische Bevölkerung ist besonders in den letzten einhundert Jahren einer enormen Unterdrückungs- und Auslöschungspolitik ausgesetzt gewesen. Dabei wurde als Teil dieser Kriegsstrategie, speziell in Nordkurdisten und Westkurdisten (Rojava), die kurdische Sprache verboten und durch türkische oder arabische Sprachen ersetzt. Lange Zeit stand in Nord- und Ostsyrien Kurdisch nicht im Lehrplan der Schulen. Es wurde nur arabische Schrift und Sprache gelehrt. In Nordkurdisten hält diese Form



Auf einem Camp kurdischer junger Frauen wird sich mit Kunst und Kultur sowie Bildung zum Patriarchat, der Geschichte der kurdischen Frauen und der Jineoloji auseinandergesetzt. Jineoloji kann als »Wissenschaft der Frau« oder »Wissenschaft des Lebens« übersetzt werden und stellt eine Form der Selbstverteidigung der kurdischen Frauen gegen den versuchten Epistemizid dar. Foto: ANF

der Gewalt immer noch an: Die kurdische Sprache ist an Schulen und in Institutionen verboten und wird im Lehrplan nicht mal erwähnt. Die damit einhergehende Zwangsassimilierung ist die Ursache für den Verlust vieler kulturellen Werte und Traditionen. Wissen, welches über Jahrtausende weitergegeben wurde, ist verschüttet worden und Stück für Stück verloren gegangen. Denn das Verbot der Sprache bedeutet vor allem auch eine Entfremdung von der eigenen Identität und Kultur und wird als Instrument epistemologischer Gewalt genutzt. Weiterhin lässt sich epistemologische Gewalt auch in der Hierarchie von wissengenerierenden Institutionen bzw. dem Anerkennen oder Aberkennen von deren Status erkennen. Zum Beispiel wurde 2017 die Rojava-Universität in Qamişlo gegründet. Da die autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien immer noch von vielen Staaten nicht anerkannt worden ist, wird auch der Abschluss des Studiums in Rojava vielerorts nicht anerkannt.

Eine Folge jahrzehntelang anhaltender epistemischer Gewalt gegen die kurdische Sprache und Kultur sind vor allem psychologische Auswirkungen. Zum Beispiel besteht bei einigen Kurd:innen immer noch Scham für die eigene Mutterspra-

»DIE EPISTEMISCHE GEWALT DES EUROZENTRISMUS BESTEHT ALSO IN DER GEWALTSAMEN DURCHSETZUNG EINER FÜR DIE KOLONISIERTEN BEVÖLKERUNGEN FREMDEN, DAS HEISST EUROPÄISCHEN KOGNITIVEN, KULTURELLEN UND EPISTEMISCHEN PERSPEKTIVE: DIE GEWALT, DIE WELT NICHT MIT EIGENEN AUGEN ERKENNEN ZU KÖNNEN.« – SEBASTIAN GARBE, FORSCHER AN DER HOCHSCHULE FULDA

bis heute, und räumlich über das gesamte Universum erstreckt. Das spüre und weiß ich. In diesem Sinne ist Selbsterkenntnis gleichbedeutend mit Kenntnis über die gesamte Zeit und das gesamte Universum.«

In der Türkei wurde lange behauptet, dass es Kurd:innen gar nicht gäbe. Damit wurden die Kurd:innen nicht nur radikal ausgeschlossen, sondern die Existenz eines ganzen Volkes abgesprochen. Genau deswegen können wir Epistemizid auch als Versuch der Auslöschung einer ganzen Gesellschaft beschreiben und sehen darin Ansätze genozidaler Politik. Die Zerstörung eines Wissensparadigmas durch hegemoniale Kulturen hat das Ziel, ein Wissenssystem als minderwertig und zurückgeblieben darzustellen und das Hegemoniale als dominant, überlegen und modern. Kurdistan als nicht existent zu erklären und dessen Status in der internationalen Gemeinschaft nicht anzuerkennen, ist der bis heute anhaltende Prozess der »Epistemizid«-Politik gegenüber dem kurdischen Volk.



Mediale Narrative über die PKK zwischen Mythos und Denunziation

Die Politik gibt vor, Medien übernehmen

Sarya Taro

Kurdistan – das kannten bis zu den 80er Jahren meist nur Leser:innen von Karl-May-Büchern. Ein Land, weit weg und wild.

Kurd:innen, die mit der ersten »Gastarbeiter«-Generation aus der Türkei kamen, hatten alle einen türkischen Pass, also waren sie »Türken«. Bis heute werden sie in offiziellen Statistiken nicht als gesonderte Gruppe erfasst. Sie sind syrische, irakische, iranische oder türkische Staatsangehörige. In einer Welt der Nationalstaaten bestimmt der Pass die Identität. Man schätzt die Zahl der Kurd:innen in Deutschland heute auf ca. 1,5 Millionen.

Der türkische Staat, entstanden auf den Trümmern des Osmanischen Reiches und gegründet mit einer völkischen Ideologie, unternahm alles, um aus der kurdischen Bevölkerung »Türken« zu machen. Kurd:innen hatten sich zu assimilieren. Die Antwort darauf war die Gründung der PKK 1978, die nach vielen niedergeschlagenen Aufständen und einer sich ausbreitenden Agonie für das Wiedererwachen der kurdischen Identität sorgte. Bald schon identifizierte Ankara die PKK als Gefahr für die ethnisch homogen gewollte Türkei und erklärte die noch junge, aber schnell wachsende kurdische Freiheitsbewegung zum Staatsfeind Nummer eins. Wer sich zur PKK bekannte (oder auch nur Sympathie bekundete), wurde gejagt, eingesperrt, gefoltert, ermordet. Viele sahen in der Flucht den einzigen Ausweg.

Politisch verfolgte »Bergtürken«

Die ersten politisch verfolgten Kurd:innen kamen wohl Anfang der 1980er Jahre nach Deutschland. Sie organisierten sich in kurdischen Vereinen, blieben anfangs meist unter sich, aber freuten sich über ausgestreckte Hände der deutschen Zivilgesellschaft. Als Anfang 1981 in Nürnberg eine kommunale Bildungseinrichtung einen »Kurdischen Abend« mit länderkundlichen Informationen, Musik und Tanz ankündigte, kam es beinahe zu einem diplomatischen Eklat, den die Abendzeitung mit der Überschrift »Auf heißes Pflaster gewagt« aufgriff.¹

Kurz nach Erscheinen des Programmhefts rief der türkische Konsul aufgebracht den Oberbürgermeister an. Was diese Veranstaltung bedeute? Es gäbe keine Kurden, es handle sich um »Bergtürken«. Schon damals nahm der türkische Staat mehr oder weniger subtil über seine Konsulate Einfluss und signalisierte Verstimmung über eine deutsche Einmischung in die »inneren Angelegenheiten der Türkei«, wie der Anruf begründet wurde. Selbstverständlich fand der »Kurdische Abend« trotzdem statt.

Auf offizieller deutscher und türkischer Seite pflegte man gute Beziehungen – schließlich reichte die Freundschaft zurück bis ins Kaiserreich. Trotz gelegentlicher Irritationen über den sich zur Autokratie transformierenden türkischen Staat sind die vielfältigen Beziehungen und gemeinsamen Interessen zu wichtig, als sie durch allzu scharfe Kritik zu gefährden. Im Lauf der Jahre verstetigte sich der Austausch, auch zwischen den Behörden. Mittlerweile ist es normal, wenn der türkische Staat Listen von Oppositionellen (meist Kurd:innen) übergibt, deren Inhaftierung oder Auslieferung er gerne hätte. Zu oft werden diese Wünsche erfüllt.

In den seltenen Artikeln über Kurd:innen waren diese damals noch Opfer des türkischen Militärregimes. So schrieb der »Spiegel«: »Bis auf den heutigen Tag sind die türkischen Kurden ein gedemütigtes, von mörderischen Armee- und Gendarmarie-Aktionen gepeinigtes Volk.«² Der Tenor war durchaus empathisch. Die damals 3-jährige Arbeiterpartei Kurdistans blieb noch außen vor.

Verfolgung und Verleumdung

Als sich die PKK in Deutschland formierte und ihren Forderungen in den 90er Jahren auch militant Nachdruck verlieh, kostete es die deutsche Regierung nicht viel, dem türkischen Verlangen nachzukommen, sie auf die Abschlusliste zu setzen. Zudem konnte man nach dem RAF-Trauma eine (damals noch) marxistisch-leninistisch orientierte Gruppierung wirklich nicht gebrauchen.

Als die Türkei den Mord von Olof Palme der PKK anzu-lasten versuchte, war man sich innerhalb der NATO-Staaten schnell einig, zum Schlag auszuholen. Deutschland schritt voran und erhob im spektakulär inszenierten »Düsseldorfer Prozess« Anklage gegen 19 kurdische Politiker. Das Ziel war, der PKK einen »Terror-Stempel« zu verpassen. Am Ende wurden die Angeklagten größtenteils freigesprochen. Das änderte jedoch nichts daran, dass die PKK in Deutschland von nun an als »terroristisch« galt und 1993 mit einem Betätigungsverbot belegt wurde. Auch der von Öcalan aufgerufene Gewaltverzicht für Europa konnte dies nicht verhindern.

1994 brachte der »Spiegel« einen längeren Artikel³, der zeigt, wie wenig sich in den letzten 30 Jahren geändert hat: »Die Bundesregierung laviert hilflos zwischen den Fronten. Sie verschärft den Konflikt, indem sie der Türkei Waffen liefert und nun kurdische Rebellen abschieben will.« Derselbe Beitrag gab auch das Framing bei PKK-Bezug vor, das die meisten anderen Medien übernahmen. Man schrieb vom »Kurdenproblem« und den »Krawall-Kurden«. Gemeint war die PKK, etikettiert wurden »die Kurden«. Die Wortwahl zur Einordnung der PKK war deutlich und infam: »PKK-Pistolero«, »terroristisch versierte Kader der kommunistischen PKK«, »straff geführte Kaderorganisation«, »Abdullah Öcalan, der militanteste Kurdenführer«, »der langjährige Stalinist Öcalan, der seine PKK-Kämpfer 1984 in den Krieg hetzte« usw. Interessanterweise schrieb man noch von einem »Bürgerkrieg« in der Türkei; von »Terrorismus«, gegen den sich der türkische Staat zu verteidigen gezwungen sah, war noch nicht die Rede.

Um die Gefährlichkeit der PKK weiter zu unterstreichen, versuchten reißerische Schlagzeilen die Partei in die Nähe von Schwerekriminalität zu rücken. Titel wie »Spenden her – oder es brennt!«⁴ oder »Heroin, Waffen, Immobilien – Die schmutzigen Geschäfte der PKK in Deutschland«⁵ schürten Ängste und beschworen Ressentiments, die bis heute nachwirken.

Festgelegte und medial gern übernommene Narrative

Was noch schwerer wiegt, war die Entpolitisierung der Anliegen der PKK. Das kriminalisierende Stigma unterband jede inhaltliche Auseinandersetzung mit den kurdischen Forderungen. Es ging allein um das Generieren von Aufmerksamkeit auf Boulevardniveau. So verfestigte sich in weiten Teilen der Gesellschaft die Assoziation Kurden = PKK = Kriminalität, Terror, Gefahr.

Die Journalist:innen wähten sich auf der sicheren Seite, bestätigten doch die Berichte des Verfassungsschutzes, auf die sie sich regelmäßig bezogen, Jahr für Jahr das Bild der »Terror-Kurden«. Interessant, dass die PKK dieses Narrativ frühzeitig

wahrnahm. Ihre Antwort darauf stand dann auch im VS-Bericht für 1993: »Über ihre Nachrichtenagentur [...] forderte sie [die PKK] alle Journalisten auf, ihre Berichterstattung aus den Kurdengebieten zu beenden und die Region [...] zu verlassen.«⁶ Dass im selben Jahr die PKK den ersten einseitigen Waffenstillstand ausrief, um zu einer politischen Lösung des Konflikts beizutragen, verschwieg der VS.

Entsprachen kurdische Aktivitäten nicht den sensationslüsternen Erwartungen, hob man dies extra hervor. Die Berliner Zeitung⁷ etwa schrieb über den Trauermarsch für Gülnaz Baghistani: »Allen Unkenrufen zum Trotz marschierten gestern etwa 10 000 Kurden friedlich. [...] Die Kurden selbst, die ihre Kinder – auch die kleinsten – mitgebracht hatten, hatten offenbar sowieso nicht vorgehabt, den Marsch in einer Schlägerei mit der Polizei enden zu lassen.« Dass die 41-jährigen Kurdin, die sich an einem Hungerstreik beteiligte, an den Folgen eines von der Polizei erzwungenen Gewaltmarsches bei brütender Hitze an Entkräftung starb⁸, wurde ausgespart.

2008 ließ der »Spiegel« die umstrittene Publizistin Necila Kelek in einem Gastbeitrag⁹ zu Wort kommen. Unter der Überschrift »Wie die PKK den Kurden die Demokratie verweigert« lässt sich Kelek zunächst über »archaische Sitten der Stammesgesellschaft« aus und kommt dann zu ihrem Schluss: »Wenn die bürgerlichen und demokratischen Kräfte der Kurden keine innerkurdische Auseinandersetzung mit diesen Kräften [gemeint ist die PKK] führen, wenn sie sich nicht von der »klammheimlichen Freude« über den Terror verabschieden, wenn sie ihren Frauen keine Rechte zugestehen, wird es auch keine Lösung in der »Kurdenfrage« geben.« Kelek scheint übersehen zu haben, dass schon im 1. Programm der PKK die Forderung nach Gleichstellung der Frau enthalten war und seit Mitte der 90er Jahre Frauen in eigenen Guerillaverbänden kämpften.

Kratzen an der Oberfläche

Wie man sieht, findet in den Medien keine Beschäftigung mit der inhaltlichen Ausrichtung der PKK und ihrer ideologischen Entwicklung statt. Deshalb auch die Verwunderung über die Rolle der Frauen beim Sieg über den sogenannten Islamischen Staat. Mit einer dem europäischen Orientalismus entsprungenen Faszination wurden Kämpferinnen der YPJ porträtiert. Im Focus konnte man erfahren: »Die kurdischen Verteidigungseinheiten von Kobane werden sogar von einer Frau angeführt.«¹⁰ Der Stern fragte: »Warum IS-Kämpfer Angst vor Mädchen haben« und gab gleich die Antwort: »Die Geheimwaffe der kurdischen Kämpferinnen: Ihr Geschlecht.«¹¹

In diesem kurzen Zeitfenster waren Kurd:innen gefeierte Held:innen im Kampf gegen den Dschihadismus. Volker Kau-



Demo gegen das PKK-Verbot in Berlin 2022. Das PKK-Verbot trägt wesentlich dazu bei, dass kurdische Aktivist:innen für soziale, kulturelle und politische Aktivitäten in Deutschland kriminalisiert werden. Foto: ANF

der (CDU) dachte laut darüber nach, die PKK mit deutschen Waffen auszurüsten¹². Die TAZ titelte »Die PKK gehört zu Deutschland«¹³ – und wusste wahrscheinlich nicht, wie recht sie schon damals hatte. Doch auch diese neue Sympathie führte nicht zu einem Verständnis dessen, was die Freiheitsbewegung antrieb. Man verharnte auf einer voyeuristischen Oberfläche und spann schräge Mythen um »kurdische Amazonen«.

Die deutsche Linke indes feierte die Revolution in Rojava und verfolgte sie in der Nische ihrer Medien und über Presseorgane der kurdischen Bewegung. Vergessen war die Abwendung vom Kampf der PKK infolge nicht-vermittelbarer Militanz. Jetzt besuchte man kurdische Vereine oder machte sich gleich auf den Weg nach Kobanê, um zu erfahren, wie sich Selbstverwaltung anfühlt – ganz wie damals nach Portugal zur Nelkenrevolution oder nach Nicaragua. »Die Zeit« sah darin »linke Kurdenfolklore« und »Revolutionstourismus« und warnte: »Die Besucher verkennen den Kampf und die PKK.«¹⁴

Spalte und ...

Die Annäherung zwischen (Teilen) der deutschen Linken und kurdischen Strukturen blieb auch dem Verfassungsschutz nicht verborgen: »Die PKK nutzt den Reputationsgewinn, um vehementer noch als in der Vergangenheit die Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland zu fordern. Sie ist bestrebt, sich vom Makel einer verbotenen Organisation zu befreien und

erfährt hierbei Unterstützung aus dem linksextremistischen Spektrum.«¹⁵ Seither werden gemeinsame Aktivitäten der PKK und der deutschen radikalen Linken mit Argusaugen verfolgt.

In dieser Zeit hat auch die deutsche Medienwelt gelernt, dass eine Differenzierung bei »den Kurden« hilfreich ist. So erklärt die Berliner Morgenpost die Unterschiede zwischen PKK, YPG und Peshmerga¹⁶. Natürlich fehlt bei der PKK nicht der Hinweis auf das Verbot und irgendwas mit »Terror«. Bei der Peshmerga hingegen handele es sich um »Widerstandskämpfer«, die für den Kampf gegen den IS Waffen aus Deutschland erhalten. Sie waren die »Guten«.

In der Sendung Monitor griff Georg Restle das Thema »Gute Kurden, schlechte Kurden« auf und fragt, ob das PKK-Verbot noch zeitgemäß ist.¹⁷ Wie das Innenministerium die Frage beantwortete, ist bekannt. An der Verbotspolitik hat sich nichts geändert.

Als ab 2016 die Repression in der Türkei wieder eskalierte, sparten deutsche Medien nicht mit Kritik. Hin und wieder ließ man jetzt auch Betroffene zu Wort kommen. So zitierte zum Beispiel Deniz Yücel in der »Welt«¹⁸ Faysal Sariyıldız, den ehemaligen HDP-Abgeordneten und Augenzeugen des Massakers in Cizir. Im Deutschlandfunk durfte Leyla Imret, frühere Bürgermeisterin von Cizir in einem Beitrag mit dem Titel »Mörderischer Herbst in Südost-Anatolien« feststellen: »Die Türkei unterstützt den IS.«¹⁹

Die Berichterstattung über den Kurs des AKP-Regimes bewirkte, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit für den türkischen Präsidenten der Wind drehte. Ein Aufreger war Jan Böhmermanns Schmähdgedicht²⁰, das auf Erdoğan's Betreiben hin zu einer Reihe von Strafanzeigen führte. Die Medien breiteten das Thema genüsslich aus, Merkel reagierte nicht amüsiert und Deutschland diskutierte, wie weit Meinungs- und Kunstfreiheit gehen darf. Die ›Zeit‹ brachte ein Interview mit Böhmermann mit dem Titel »Präsident Erdoğan zu beleidigen, ist mir zu doof«²¹. Außenpolitisch hatte man alle Hände voll zu tun, die zunehmend negative Presse über die Türkei aufzufangen. Es war das Jahr 2016, und man brauchte den türkischen Türsteher zur Abwehr von Geflüchteten.

Fortgesetzte und erweiterte Kriminalisierung

2017 stand das Verfassungsreferendum in der Türkei vor der Tür. Auftritte türkischer Politiker wurden untersagt und bei einer kurdischen Großkundgebung wehten Öcalan-Fahnen, vermeldete die F.A.Z.²² und zitierte erboste türkische Politiker. Innenminister de Maizière (CDU) bescherte Ankara ein kleines Geschenk: Das PKK-Verbot wurde erweitert durch eine lange Liste von Symbolen, die nicht mehr öffentlich gezeigt werden dürfen. Die Presse war sich weitgehend einig über den Hintergrund. In der ›Welt‹ gab Cem Özdemir (Grüne) zu denken: »Soll es hier mal wieder um eine Wahlhilfe für den unter Druck geratenen Diktatoren-Freund Erdoğan gehen?«²³

In den Folgejahren beschäftigte das Symbolverbot unzählige Gerichte. Meist ging es um Fahnen der YPG/YPJ/PYD. Die PKK habe, so die Argumentation, diese Fahnen »usurpiert«.²⁴ Auch das Abbild von Öcalan wurde verboten wegen des »erheblichen Emotionalisierungseffekts«, wie der Verfassungsschutz aufzudecken glaubte²⁵. Letztlich sorgte die lange Liste verbotener Symbole bei den Sicherheitsbehörden für große Verwirrung und Spott in den Medien.²⁶

Die Bundesregierung indes blieb bei ihrer harten Linie. Weder die Feststellung des Kassationshofs in Brüssel, die PKK sei Konfliktpartei in einem bewaffneten Konflikt noch das vorläufige Ergebnis des luxemburgischen EU-Gerichtshofes, die PKK sei zu Unrecht auf der EU-Terrorliste, hatten Folgen, was der Tagesschau eine Meldung²⁷ unter der wehenden PKK-Fahne wert war.

2018/19 geriet die Besetzung von Efrîn, Girê Spî und Serêkaniyê in den Fokus. Die zahlreichen Aktionen der kurdischen Bewegung in Europa zeigten Wirkung. Fast alle Medien berichteten, vereinzelt wurde auch der Einsatz von Giftgas erwähnt²⁸. Die deutlichsten Worte fand wieder Georg Restle in der Sendung Monitor: »Da führt ein NATO-Partner mithilfe islamistischer Terroristen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen

westliche Bündnispartner – mit jeder Menge deutscher Waffen. Und die Bundesregierung? Spricht von einer ›fluiden Lage‹, die sie nicht bewerten will. Geht's eigentlich noch verlogener?«²⁹

Das Erstarren der PKK in Europa nach 2014/15 entging auch dem Verfassungsschutz nicht: Die PKK sei »unverändert die mitgliederstärkste und schlagkräftigste ausländerextremistische Organisation in Deutschland«³⁰. Die F.A.Z. vermeldete: »Die kurdische Terrororganisation PKK wächst an allen Ecken und Enden«³¹.

Zeit, daran zu erinnern, mit wem man es zu tun hatte. Die Razzien und das Verbot des Mezopotamien Verlags und MIR Multimedia boten den Anlass. Die ›Welt‹ titelte: »So gefährlich ist die verbotene PKK in Deutschland«³². Der Focus setzte noch eins drauf mit dem Hetzartikel »Wie die PKK unter dem Deckmantel eines Verlags ihr Geschäft in Deutschland finanzierte.«³³ Die Feststellung »Deutschland ist ›Raum des Rückzugs, der Refinanzierung und Rekrutierung« ist direkt abgeschrieben vom Verfassungsschutz und entspricht den Vorwürfen Erdoğan's und seiner Presse. Die Folgen der medialen Hetze: Die Zahl von Verhaftungen und Verurteilungen vermeintlicher PKK-Aktivisten nach §§129a/b nahm kontinuierlich zu.

Es geht auch differenzierter

Nur wenige trauten sich subtil gegen die Dämonisierung der PKK anzuschreiben oder das verbreitete Narrativ zu relativieren. Am 20. Jahrestag der Verschleppung von Öcalan erschien ein längerer Beitrag in ›Zeit online‹ unter dem Titel »Der mächtigste Häftling der Türkei«³⁴. Die PKK wurde hier (nur) als »militant« bezeichnet, und die Rede ist von Isolationshaft ohne die sonst üblichen Anführungszeichen. Auch die Aussage »Erdoğan leitete Friedensprozess ein – und beendete ihn wieder« überraschte, ließen die meisten anderen Medien doch offen, wer 2015 für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich war.

Zu Newroz 2018 veröffentlichte die T.A.Z ein »Kurdendossier«. Während die meisten Autor:innen verschiedene Aspekte zumeist sachlich beleuchten, versucht sich Canset İcınar Iritik an einem Portrait von Öcalan und schon die Überschrift »Der Kult um den Ex-Terrorchef«³⁵ verhielt nichts Gutes. Man fragt sich, wie ein derartiger Beitrag in schnoddrigem Tonfall und ohne Substanz in dieses Dossier geraten konnte.

Immer deutlicher zeigt sich, dass die Berichterstattung mit PKK-Bezug zwischen den Aktionsorten unterscheidet. Betraf es Geschehnisse in Deutschland, wie Razzien in kurdischen Vereinen, Verhaftungen, Prozesse gegen mutmaßliche PKK-Aktivist:innen oder Veranstaltungen, blieb es beim gewohnten Framing. PKK = verboten, terroristisch.

Geht es um die Türkei, verlässt man sich nicht mehr nur auf die Propaganda türkischer Medien, sondern schaut genauer hin, fragt nach. Der Anschlag 2024 auf ein Rüstungsunternehmen in Ankara und das Selbstbekenntnis der PKK fand große Aufmerksamkeit. Das ZDF fragt »Ankaras Reaktion bereits sorgfältig vorbereitet?«³⁶ Neu ist der Bezug »Kurdische Nachrichtenagenturen«, die »Luftangriffe auf grenznahe Regionen im Norden Syriens und in den Kandil-Bergen im Nordirak« melden.

Die Koppelung der türkischen Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens an die Auslieferung vermeintlicher PKK-Aktivisten quittierten die Medien mit einer meist anti-türkischen Tonlage³⁷. Die FR relativierte durch Anführungszeichen: »Hinter der türkischen Blockade steht der Vorwurf, dass insbesondere Schweden ein Zufluchtsort für ›Terroristen‹ sei.«³⁸

Ende 2024 gerieten die türkischen Angriffe auf die Autonomieregion in Nordsyrien in die Schlagzeilen. Ein Korrespondent berichtete in der Tagesschau live aus Qamişlo und benennt recht deutlich die Rolle der Türkei³⁹: »Den Sturz Assads nutzt er [Erdoğan] nun, um seine Attacken auf die kurdischen Kräfte zu verstärken.« Vielfach erinnerte man sich noch an Kobanê und den Sieg über den IS.

Auch die Spekulationen über einen neuen Friedensprozess mit der PKK und Gespräche mit Öcalan sind oft Thema. Während sich die meisten Beiträge um Sachlichkeit bemühen, wärmt ein Podcast der ARD⁴⁰ alte und boshafte Legenden auf. Ein Korrespondent im ARD-Studio Istanbul erklärt zunächst, um wen es sich bei Abdullah Öcalan handelt: »Wir reden hier über einen Hochkriminellen, einen Verbrecher, einen Terroristenführer.« In den Vordergrund gestellt wird der militärische Kampf. Weiter geht es mit der türkischen Propaganda von angeblichen Verschleppungen kurdischer Jugendlicher seitens der PKK. Schließlich kommt man auf die DAANES zu sprechen, wo sich »eine Art Selbstverwaltung« etabliert habe. Abschließend meint der Korrespondent zu wissen, Öcalan habe verstanden, »dass die PKK mit ihrem Kampf am Ende ist« und man »nichts erreicht« habe.

Selbst wenn man in Betracht zieht, dass Auslandskorrespondent:innen in Istanbul immer Gefahr laufen, ihre Akkreditierung zu verlieren, wenn sie dem AKP-Regime nicht nach dem Mund reden, fällt dieser von Falschbehauptungen, Verleumdungen und dem Nachbeten türkischer Narrative strotzende Beitrag doch weit hinter den Diskurs in anderen Medien zurück. Dass es auch anders geht, beweist ein Beitrag⁴¹ der Tagesschau mit einer differenzierteren Einordnung.

Fassen wir zusammen: Die PKK ist medial durchaus präsent. Ihre Rolle beim Sieg über den IS kratzte (kurzfristig) am lange Jahre aufrecht erhaltenen »Terror«-Narrativ. Das hielt nicht lange vor. Nur wenige Medien wagen es, der Türkei durch eine

von ihr als »PKK-freundlich« empfundene Berichterstattung auf die Füße zu treten. Zwar wird Erdoğan als autokratisch wahrgenommen, der repressiv gegen Kurd:innen vorgeht. Hier ist durchaus Sympathie für die kurdische Sache zu spüren. Der türkische Krieg gegen die Guerilla dagegen wird meist ausgeblendet, auch bei offensichtlichen Verletzungen des Völkerrechts oder dem Einsatz geächteter Chemiewaffen.

Keine inhaltliche Auseinandersetzung

Mit den Analysen und Forderungen der PKK setzt man sich weiterhin kaum auseinander, PKK-nahe Medien werden ignoriert. So schreibt eine Korrespondentin aus Istanbul auf Zeit-Online noch 2024 von der »streng marxistisch-leninistischen Ideologie«⁴² der PKK. Auch der kurdische »Traum vom eigenen Staat«⁴³ geistert immer noch herum. Eine Welt ohne Nationalstaaten ist nicht vorstellbar. Ansonsten folgt man dem Kurs der Außenpolitik, zeigt Verständnis für den »türkischen Partner« und seine »legitimen Sicherheitsinteressen.«⁴⁴ Nur wenigen fällt die außenpolitische Doppelmoral bei völkerrechtswidriger Annexion und Kriegsverbrechen auf. Es geht schließlich nicht um Putin.

Innenpolitisch hält die bürgerliche Presse an der Stigmatisierung der PKK als »verboten« und/oder »terroristisch« fest und teilt die Ansicht des Verfassungsschutzes.⁴⁵ Wann immer Kurd:innen mit ihren Anklagen und Forderungen in die Öffentlichkeit gehen, wird ein »PKK-Bezug« vermutet. Man übernimmt die Formulierungen der Polizei vom »erhöhten Konfliktpotenzial«⁴⁶, das restriktive Auflagen rechtfertigt. Zwischenfälle wie neulich beim Langen Marsch in Lahr, der selbst der Tagesschau eine Meldung wert war⁴⁷, bestätigen dann, was die Leserschaft schon immer zu wissen glaubte: »Kurden-Demo – Krawall«.

Wäre die deutsche Politik bereit und mutig, ihre überholte Sicht auf die PKK zu revidieren, könnte Deutschland bei der Vermittlung zwischen dem türkischen Staat und der PKK einen Beitrag leisten – auch als kleine Wiedergutmachung für jahrzehntelange Diffamierung und Ausgrenzung der kurdischen Bewegung. Dabei könnten Medien eine wichtige Rolle spielen, wenn sie nicht primär die Narrative des deutschen Staates wiedergäben oder von türkischen Nachrichtenagenturen abschrieben, sondern versuchen zu ergründen, worum es der PKK-Bewegung geht. Man könnte Öcalan lesen oder sich zumindest in kurdischen Medien informieren, die zu zitieren noch ein Tabu ist. Man könnte auch direkt das Gespräch mit Vertreter:innen der kurdischen Freiheitsbewegung suchen. Die Türen stehen offen.

Viele Konjunktive. Ob wir eine Zeitenwende in der Einschätzung der PKK bei dem sich hier abzeichnenden autori-

tären Umbau des Staates erleben dürfen, ist fraglich. Doch die kurdische Bewegung lehrt: Gib niemals die Hoffnung auf!

- 1 Abendzeitung, 18.02.1981, online nicht verfügbar
- 2 Der Spiegel, »Verfolgt, verjagt, vergast«, 07.04.1991 <https://www.spiegel.de/politik/verfolgt-verjagt-vergast-a-4cd5a662-0002-0001-0000-000013488550>
- 3 Der Spiegel, 27.03.1994, <https://www.spiegel.de/politik/die-saat-der-gewehre-a-51477457-0002-0001-0000-000013686684>
- 4 TAZ, 17.02.1993 <https://taz.de/!1629768>
- 5 Sendung Panorama / NDR, 05.08.1999 <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/1999/-,panoramaarchiv1398.html>
- 6 Verfassungsschutzbericht 1993, <https://verfassungsschutzberichte.de/bund/1993#169>
- 7 Berliner Zeitung, 02.08.1995, <https://www.berliner-zeitung.de/archiv/der-trauermarsch-fuer-guelnaz-baghistani-blieb-friedlich-obwohl-er-auch-politische-demonstration-war-hinter-dem-leichenwagen-wurde-geantzt-li.1002236>
- 8 ANF, 27.07.2018 <https://anfdeutsch.com/hintergrund/guelnaz-baghistani-und-das-pkk-verbot-in-deutschland-5809>
- 9 Der Spiegel, 15.07.2008 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/gastbeitrag-wie-die-pkk-den-kurden-die-demokratie-verweigert-a-565737.html>
- 10 Focus, 12.10.2014, https://www.focus.de/politik/ausland/kampf-um-kobane-eine-frau-kommandiert-die-kurdischen-kaempfer_id_4197721.html
- 11 Stern, 11.12.2015 <https://www.stern.de/politik/ausland/islamischer-staat-warum-is-kaempfer-angst-vor-maedchen-haben-6598470.html>
- 12 Siehe u.a. Spiegel, 24.08.2014 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/waffen-fuer-pkk-merkel-schliesst-waffenlieferung-aus-a-987817.html>
- 13 TAZ, 03.09.2014 <https://taz.de/!301795/>
- 14 Die Zeit, 10.08.2015, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/pkk-kurden-linke-tuerkei>
- 15 Verfassungsschutzbericht 2015, <https://www.statewatch.org/media/documents/news/2016/jun/germany-bfv-annual-report-2015-de.pdf>
- 16 Berliner Morgenpost, 03.08.2015, <https://www.morgenpost.de/politik/article205530865/PKK-YPG-und-Peschmerga-Organisationen-der-Kurden.html>
- 17 ‚Monitor‘, 23.10.2014, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-gute-kurden-schlechte-kurden-pkk-verbot-aufheben-100.html>
- 18 Die Welt, 02.02.2016, <https://www.welt.de/politik/ausland/article151764449/Die-AKP-fuehrt-die-Tuerkei-in-den-Buergerkrieg.html>
- 19 Deutschlandfunk, 27.10.2015 <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-kurdengebiete-moerderischer-herbst-in-suedost-100.html>
- 20 Das Video der Sendung Magazin Royale ist mittlerweile gesperrt; der Text des Schmahgedichts findet sich u.a. hier: <https://www.musikexpress.de/zdf-zensiert-Erdogan-gedicht-von-boehmermann-517449/>
- 21 Die Zeit, 03.05.2016, <https://www.zeit.de/kultur/2016-05/jan-boehmermann-interview>
- 22 F.A.Z. 19.03.2017 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wegen-pkk-symbolen-tuerkei-veraergert-ueber-frankfurter-kurden-demo-14932004.html>
- 23 Die Welt, 11.03.2017, <https://www.welt.de/politik/ausland/article162763712/Oezdemir-findet-Zeitpunkt-fuer-Oecalan-Verbot-verdaechtig.html>
- 24 Siehe u.a. Süddeutsche Zeitung, 02.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-urteil-kurden-fahne-pkk-1.5133657>
- 25 Verfassungsschutzbericht 2018, <https://verfassungsschutzberichte.de/bund/2018>
- 26 Süddeutsche Zeitung, 18.09.2017, <https://www.sueddeutsche.de/politik/pkk-fahne-es-muss-nicht-immer-das-blaue-hemd-sein-1.3671966>
- 27 Tagesschau 15.11.2018, <https://www.tagesschau.de/ausland/pkk-eu-gericht-101.html>
- 28 Siehe u.a. Spiegel, 17.02.2018 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-beobachter-und-kurden-werfen-tuerkei-giftgaseinsatz-in-afrin-vor-a-1194040.html> oder Die Zeit <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-02/syrien-tuerkischer-giftgasangriff-afrin-kurden>
- 29 Monitor (ARD), 01.02.2018 <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/krieg-gegen-die-kurden-100.html>
- 30 Verfassungsschutzbericht 2019, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2019-gesamt.html>
- 31 F.A.Z., 26.07.2018, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kurdische-terrororganisation-mehr-geld-und-anhaenger-fuer-die-pkk-in-deutschland-15707957.html>
- 32 Die Welt, 2.02.2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus188673419/Terrororganisation-So-gefaehrlich-ist-die-verbotene-PKK-in-Deutschland.html>
- 33 ‚Focus‘, 12.02.2019, https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/seehofer-verbietet-pkk-organisation-wie-die-buchhaendler-aus-neuss-die-pkk-finanzierten_id_10312762.html
- 34 ‚Zeit online‘, 15.02.2019, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-02/abdullah-oecalan-pkk-fuehrer-20-jahre-inhaftierung-tuerkei-kurdenkrieg>
- 35 T.A.Z., 21.3.2018, <https://taz.de/PKK-Gruender-Abdullah-Oecalan!/5491509/>
- 36 ZDF, 07.10.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/tuerkei-Erdogan-pkk-kurden-nato-schweden-100.html>
- 37 Vgl u.a.: Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/pkk-mitglied-auslieferung-schweden-verhaftet-101.html>; Zeit Online: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-12/asyl-schweden-tuerkei-pkk-nato>
- 38 Frankfurter Rundschau, 04.12.2022 <https://www.fr.de/politik/nato-schweden-finnland-tuerkei-beitritt-aufnahme-blockade-pkk-ausgeliefert-Erdogan-91955742.html>
- 39 Tagesschau, 10.12.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/syrien-kurden-tuerkei-kaempfe-100.html>
- 40 Podcast der ARD, 23.01.2025, <https://www.tagesschau.de/multimedia/podcast/11km/podcast-11km-2286.html>
- 41 Tagesschau, 18.01.2025, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tuerkei-pkk-friedensprozess-huerden-100.html>
- 42 Zeit-Online, 31.12.2024. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-12/tuerkei-kurden-gruppen-konflikt-recep-tayyip-Erdogan>
- 43 TAZ, 20.3.2018, <https://taz.de/Geschichte-der-kurdischen-Gesellschaft!/5490050/>
- 44 Regierungspressekonferenz, 18.12.2024 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz-2691304>
- 45 Verfassungsschutzbericht Bund 2022: »Wenngleich in Europa weiterhin friedliche Veranstaltungen und Aktivitäten im Vordergrund stehen, bleibt Gewalt eine strategische Option der PKK-Ideologie.« <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022>.
- 46 Siehe u.a. F.A.Z., 16.11.2024 <https://www.faz.net/aktuell/politik/tausende-demonstrieren-bei-kurden-demo-in-koeln-fuer-pkk-chef-oecalan-110116113.html>
- 47 Tagesschau, 14.02.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/regional/badenwuerttemberg/swr-mehrere-polizisten-verletzt-bei-kurden-demo-in-lahr-100.html>

Die Leitstrategie der Neuen Rechten

Regime Change von Rechts – was ist unsere Antwort?

Hannah Bückner und Milo Marcks, Initiative Demokratischer Konföderalismus (IDK)¹

2023 erschien das Buch »Regime Change von Rechts« des Neo-Nationalsozialisten Martin Sellner. In diesem Buch schlägt er eine Leitstrategie für die Neue Rechte vor – die sogenannte »Reconquista«. Diese wird bereits von einem größer werdenden Teil des rechten Lagers und der »bürgerlichen Mitte« umgesetzt. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, um aktuelle Ereignisse besser einordnen und ihnen etwas entgegensetzen zu können.

In den letzten Monaten haben wir uns mit der Strategie der Neuen Rechten auseinandergesetzt und dafür Sellners »Regime Change von Rechts« (2023) gelesen. Denn wir können dieser Strategie nur dann etwas entgegensetzen, wenn wir sie analysiert und verstanden haben. Wir wollen hier eine kurze Zusammenfassung seiner Ideen vorstellen.

Die »Reconquista« ist in vollem Gange

Am 6. Januar 2025 beauftragte der österreichische Bundespräsident den Vorsitzenden der rechtsradikalen FPÖ, Herbert Kickl, mit der Formierung einer Bundesregierung. Am gleichen Tag sprach die deutsche Innenministerin Nancy Faeser von »Abschiebungen krimineller Asylbewerber«. Wirtschaftsminister Robert Habeck erklärte, dass diejenigen abzuschieben seien, die »sich nicht integrieren und nicht arbeiten wollen«. Am 31. Januar 2025 stimmten Abgeordnete der Union, AfD und ein Großteil von FDP und BSW im Bundestag gemeinsam für das Unionsgesetz zur »Zustrombegrenzung«. Das Gesetz verpasste nur knapp eine Mehrheit.

Im Mittelpunkt der »Reconquista«-Strategie der Neuen Rechten steht die von ihnen so betitelte »Remigration«. Es geht dabei jedoch nicht darum, dass die AfD an die Macht kommt und die »Remigration« alleine umsetzt. Ganz im Gegenteil ist es ihr Ziel, diese Forderungen zu normalisieren, sodass auch die »großen Volksparteien« sie umsetzen. Die AfD

ist dabei nur ein Mittel, um den Diskurs (auch) im Bundestag weiter nach rechts zu verschieben.

Für die Leitstrategie der Neuen Rechten ist das Werk »Regime Change von Rechts« von zentraler Bedeutung. Es wurde von dem Neonazi Martin Sellner verfasst, der einige Jahre Vorsitzender der Identitären Bewegung in Österreich war und im engen Austausch mit den Nachfolgestrukturen des rechten »Instituts für Staatsforschung« in Thüringen steht. Er pflegt unter anderem Kontakte zu Elon Musk und ist in das weltweit agierende Netz der Neuen Rechten eingebunden. Nicht erst durch das erwähnte Buch inszeniert er sich als junge, eloquente Führungspersönlichkeit des rechten Spektrums im deutschsprachigen Raum.

Sellners Analyse der politischen Rechten

Sellner beginnt mit einer Kritik an seinen Gesinnungsgenossen, insbesondere wirft er ihnen »Strategielosigkeit« vor. Durch seine Vorschläge wolle er die verschiedenen rechten Strömungen vereinen und in eine gemeinsame Richtung bewegen. Er beschwört ein Szenario mit dringendem Handlungsbedarf herauf: Die Migrationspolitik der letzten Jahre führe zu einem demographischen Kipppunkt, der nicht mehr lange aufzuhalten sei. Viele Themen des rechten Lagers blieben laut Sellner zwar relevant, aber für jegliche weitere politischen Arbeiten müsse die »Bewahrung ethnokultureller Identität und Substanz« als Voraussetzung akzeptiert werden. Aus diesem Grund schlägt er vor, alle Kräfte zunächst für das Erreichen dieses Ziels zu bündeln. Ist dies einmal gelungen, würden die verschiedenen Akteure des rechten Lagers (sozial, konservativ, libertär – wie er sie unterscheidet) wieder ihre »größeren« Pläne verfolgen können. Bis dahin brauche es aber eine »radikale Wende der Identitäts- und Bevölkerungspolitik«, um den vermeintlich drohenden »Bevölkerungsaustausch« aufzuhalten. Die ideologischen Phrasen Sellners stehen für die menschenverachtende Vorstellung, nicht nur das Recht auf Asyl bis auf wenige Ausnahmen einzuschränken, sondern im großen Stil mit verschiedenen Mitteln Menschen mit Aufenthaltsstatus als auch

¹ www.i-dk.org

Staatsbürger:innen zur Ausreise aus Deutschland zu bewegen oder diese gewaltsam umzusetzen.

Linke Systemanalyse

Für die Ausarbeitung seiner Strategie bedient sich Sellner zahlreicher linker Theorien. Wichtig ist für ihn dabei das Konzept der Metapolitik, das u.a. durch die Philosophen Antonio Gramsci und Louis Althusser geprägt wurde. Der grundlegende Gedanke hinter der Metapolitik ist der, dass Macht in kapitalistischen Staaten nicht allein durch ihre gewaltsame Durchsetzung mithilfe von Militär, Polizei und Justiz gebildet wird. Vielmehr bildet sie sich durch ein ideologisches Fundament, bestehend aus zivilgesellschaftlichen, kulturellen, medialen, schulischen und teils religiösen Institutionen. Diese Institutionen vermitteln durch ihre Inhalte eine »zwangsfreie« Legitimierung des Staates, die viel effektiver wirkt, als der Versuch, die Legitimation mit Gewalt durchzusetzen; denn Gewaltverfahren lösen meist Widerstand aus. Eine freiwillige Kooperation hat dagegen den Vorteil, dass man sich nicht beherrscht fühlt, sondern denkt, aus freien Stücken zu agieren. Damit eine Partei oder eine politische Bewegung im Allgemeinen etwas bewegen kann, ist das Erlangen metapolitischer Macht – also an den Kern des ideologischen Fundaments zu kommen – relevanter als parlamentarische Mehrheiten.

Metapolitik ist kein neues Thema der Rechten. Joseph de Maistre (1753-1821), genaueklärerischer, absolutistischer Zeitgenosse der Französischen Revolution, sah den Erfolg der Revolution vor allem in der Aufklärung, welche aus heutiger Sicht als Metapolitik verstanden werden kann. Die Aufklärung war eine Kulturrevolution, die der französischen Revolution als eigentliche politische Revolution vorangestellt war. Politische Theaterstücke, Flyer oder Karikaturen prägten die Gesellschaft und ebneten den Weg für die politischen Veränderungen.

Laut Sellner zwang die Niederlage der Linken im Nationalsozialismus diese zu einer schonungslosen Analyse. Durch tiefgreifende Theorien von z.B. Althusser und Poulantzas sei ihr dies auch gelungen. Linke Kräfte hätten ihre Aktivitäten fortan metapolitisch ausgerichtet und damit die Kulturrevolution der 1960er erreicht. Es gäbe zwar schon lange eine rechte Auslegung von Gramscis Theorien, diese seien aber immer nur theoretisch geblieben. Bei Linken ginge sie Hand in Hand mit der Praxis. Die »metapolitische Wühlarbeit linker Bürger-

rechtsbewegung, Studentenbewegung, Thinktanks und NGOs war nachhaltiger.«

Der Autor macht also keinen Hehl daraus, dass er sich für seine Leitstrategie vor allem bei linken Theoretiker:innen bedient. Das einzige, was daran rechts bleibt, ist die Weltanschauung – und damit auch die konkrete Praxis und Politik. Er fasst es selbst zusammen: »Diese historische Genese zeigt, dass die Leitstrategie der Reconquista das Ergebnis einer neuerechten Weltanschauung in Verbindung mit marxistischer Systemanalyse und Revolutionstheorie sowie progressiv-linksliberaler Praxis ist.«

Das Konzept des »Sanften Totalitarismus«

Das politische System, in dem wir uns bewegen, bezeichnet er als »Sanften Totalitarismus«. Im Grunde bleibt er auch hier Analysen linker Theoretiker:innen treu. Vier Ebenen ließen sich beschreiben:

Mit »Meinungsklimaanlage« beschreibt Sellner Mechanismen zur »Desinformation, Meinungskontrolle, Sedierung und mentalen Steuerung« der Bevölkerung. Das gesellschaftliche Klima sei nicht das Ergebnis eines evolutionären Wettbewerbs der besten Argumente auf dem »Markt der Ideen«, sondern werde künstlich durch eine sogenannte »Meinungsklimaanlage« hergestellt, die sich in den Händen seiner politischen Gegner:innen befinde. Sie werde betrieben von Massenmedien, Schulen, Universitäten, Kirchen, Gewerkschaften, der Unterhaltungsindustrie, also kurz von allem, was Gramsci als

»Zivilgesellschaft« und Althusser als »ideologischen Staatsapparat« bezeichnet. Die Klimaanlage befeue Gleichgültigkeit, durch welche die Menschen durch Konsum und Unterhaltung in Apathie verfallen würden. Je totalitärer ein Regime, desto mehr versuche es, die apolitische Zone auszuweiten. Ziel einer rechten Revolutionstheorie sei laut Sellner, »die Meinungsklimaanlage auszuschalten«.

Die zweite Ebene ist das Overtonfenster, das auf den amerikanischen Politologen Joseph Overton zurückgeht. Es beschreibt einen Meinungskorridor der gesellschaftlich vertretbaren Ansichten. Nach Sellner sei das Fenster aktuell stark nach links verrutscht (Anmerkung der Autor:innen: Wir können jeden Tag beobachten, wie es sich weiter nach rechts bewegt!). Links, oder wie Sellner es nennt, Globalismus, stehe heute für Fortschritt, Offenheit und Zukunft; Rechts gelte als überholt

DAMIT EINE PARTEI ODER EINE POLITISCHE BEWEGUNG IM ALLGEMEINEN ETWAS BEWEGEN KANN, IST DAS ERLANGEN METAPOLITISCHER MACHT – ALSO AN DEN KERN DES IDEOLOGISCHEN FUNDAMENTS ZU KOMMEN – RELEVANTER ALS PARLAMENTARISCHE MEHRHEITEN.

und veraltet. Deswegen würden beispielsweise rechte Sticker in deutschen Großstädten schneller entfernt werden als linke. Ziel der Rechten sei es demnach, das Fenster des Sagbaren nach rechts zu verschieben.

Darin sind die Neuen Rechten aktuell leider sehr erfolgreich.

Die dritte Ebene beschreibt die vier »Filter der Repression«, mit deren Hilfe ein Staat nach Sellners Buch, unliebsame Aktivitäten bestrafe. Die erste Maßnahme sei sozialer Druck, der durch eine mediale Dämonisierung, Isolation oder das Aufkündigen von Freundschaften ausgeübt werden könne. Viele würden bereits daran zerbrechen, bevor es überhaupt zu Repression durch den Staat komme. Darauf würde der wirtschaftliche Druck durch Kündigung, Verlust von Arbeitsplatz und Aufträgen oder Sperrung von Konten folgen. An diesem Punkt würden die meisten oft aus Verantwortungsgefühl gegenüber ihrer eigenen Familie die politische Arbeit aufgeben. Den dritten Filter beschreibt er als »terroristischen Druck«, der sich durch »linksextreme Angriffe« äußere und durch die Presse verharmlost werde. Das vierte und letzte Druckmittel sei der juristische Prozess, der zermürben würde und häufig ein finanzielles Ausbluten der Beteiligten zur Folge habe.

Als Überleitung von der Analyse zur Entwicklung der Strategie geht Sellner auf den »Fließkreislauf der Macht« ein. In diesem Kreislauf gebe die herrschende Ideologie (also Metapolitik) dem Staat Legitimation und Autorität. Durch diese Autorität könne der Staat wiederum über das Volk herrschen. Durch Akzeptanz und Kooperation würde das Volk als dritten Schritt die herrschende Ideologie stützen und bekräftigen, wodurch es dann wiederum die Herrschaft durch den Staat legitimiere. Dieser »Fließkreislauf« ist eine Darstellung der Ideen von Gramsci und Althusser. Sellner zitiert in diesem Zusammenhang Hannah Arendt: Die Macht des Staates entstehe durch »fraglose Anerkennung seitens derer, denen Gehorsam abverlangt wird, ohne dass Zwang und Überredung notwendig sind.«

Fokus auf die herrschende Ideologie, statt auf den Staat

Aus dem »Fließkreislauf« ergeben sich für Sellner verschiedene Implikationen. Schwächen im ideologischen Staatsapparat

würden den Zwang erhöhen, den der Staat auf die Bevölkerung ausübe; z.B. durch die vier »Filter der Repression«. Höherer Zwang und direkte Gewaltanwendung durch den Staat würden aber immer zu seiner Entlarvung und zum Widerstand der Beherrschten führen.

Andererseits zeige der »Fließkreislauf«, dass es leichter sei, dem Lauf zu folgen, als gegen ihn zu arbeiten. Direkter Widerstand gegen den Staat, z.B. durch Militanz, sei zum Scheitern verurteilt, da der Staat durch die herrschende Ideologie geschützt sei. Sellner spricht sich (vermutlich eher aus taktischen als aus moralischen Gründen) sehr klar gegen

Konfrontation aus. Leichter sei es, der herrschenden Ideologie die Akzeptanz und Kooperation durch das Volk zu entziehen, sprich: Metapolitik zu betreiben. Es gehe also darum, durch Kampagnen und Aktivismus Non-Kooperation bis hin zu zivilem Ungehorsam der Bevölkerung zu stärken. Dafür seien Mehrheiten für rechte politische Parteien zwar hilfreich, aber keine notwendige Bedingung. Aus unserer

Sicht als Autor:innen ist ein Verständnis über diese Ausrichtung der Neuen Rechten essentiell, um aktuelle politische Entwicklungen entsprechend einzuordnen.

Im weiteren Verlauf des Buches entwickelt Sellner das »Reconquista«-Narrativ. Dazu grenzt er es zunächst von sogenannten »Non-Strategien« und schlechten Strategien ab. »Non-Strategien« sind für den Autor Strategien, die als solche erscheinen oder verkauft werden, aber in Wirklichkeit keine seien. Beispiele für Non-Strategien seien u.a. der Rückzug aufs Land (»Arche-Noah-Taktik«), der alleinige Fokus auf eine Änderung der Verfassung, soziale Medien (»Infokrieg«) oder Bewegung auf der Straße (»Demowende«). Als wenig hilfreiche Strategien geht er – insbesondere als Antwort auf innerrechte Diskurse und Tendenzen – auf Militanz und »Parlamentspatriotismus« ein. Er arbeitet beide als klare Irrwege heraus und grenzt sich von der »alten Rechten« sowie Reichsbürgern ab. Diese würden sich subkulturell verhalten und keine strategischen Diskussionen führen. Eine Kooperation mit diesen altrechten Kräften sei daher kaum möglich.

Die Phasen der »Reconquista«

Der kurzen Darstellung der »Reconquista« möchten wir einen Punkt voranstellen: Der Plan und die darin vorgestellten Phasen sind keine bloße Theorie, sondern werden bereits umgesetzt. Aktuell sehen wir, wie sich die zweite Phase in der Umsetzung befindet.



In der »Vorbereitungs- und Profilierungsphase« (1. Phase) gehe es laut Sellner darum, einen Diskurs über die Vorgehensweise zu etablieren. Dabei sollten sich Bewegung und Partei gut vernetzen; auf organisatorischer Ebene gehe es darum, kampagnenfähig zu werden. Eine Gegenkultur sollte aufgebaut und mittels aktivistischer Avantgarde die neurechte Weltanschauung propagiert werden. Dies gelinge z.B. über die Etablierung bestimmter Begriffe (»Bevölkerungsaustausch«, »Ersetzungsmigration«, »Identität«, »Remigration«). In diesem Kontext ist die Wahl des Begriffes »Remigration« zum Unwort des Jahres 2023 ein großer Erfolg, denn sie verhalf ihm zu noch größerer Popularität.

In der »Dispersions- und Aufbauphase« (2. Phase) gehe es zum einen um den Aufbau von »People Power« (mindestens drei Prozent der deutschen Bevölkerung), zum anderen um die weitere Normalisierung und Popularisierung eigener Begriffe und Konzepte (Verschiebung des Overton-Fensters). Sellner beschreibt genauer, wie er sich People Power vorstellt: Drei Prozent der Bevölkerung würden in die rechte Bewegung eingebunden sein, d.h. sie würden nicht nur rechte Parteien wählen, sondern wären selber Teil der Bewegung. Diese Orientierungszahl stammt von Gene Sharp, einem US-amerikanischen Politikwissenschaftler, der sich mit einem gewaltfreien Politikwechsel durch Non-Kooperation, wirtschaftliche Boykotts, Streiks und gewaltfreie Interventionen beschäftigte.

Gearbeitet werden sollte in dieser Phase mit anschlussfähiger Provokation. Es gelte herauszufinden, was gesellschaftlich gerade noch akzeptabel sei, um an dieser Stelle den Diskurs weiter im eigenen Sinne zu verschieben. Genauso würde an der Etablierung von Konzepten und Begriffen gearbeitet, z.B. den

Begriff »Remigration« auf dem Fronttransparent einer großen Demo zu präsentieren. In dieser zweiten Phase sei mit Repression zu rechnen. Sellner beschreibt, wie auch diese Repression metapolitisch genutzt werden könne, ohne sich in ihr zu verlieren. Als ein Beispiel dafür sehen wir die zahlreichen veröffentlichten Videos, in denen die Identitäre Bewegung versucht, die gegen sie eingesetzte »Repression« zu skandalisieren.

Die »Konzentrations- und Umsetzungsphase« (3. Phase) beschreibt die letzte Phase der Reconquista. »Sie stellt einen koordinierten, massenbasierten Tabubruch dar, der die Meinungsklimaanlage derart überlasten soll, dass sie zusammenbricht.« Die ersten beiden »Filter der Repression« (sozial & wirtschaftlich) würden dann keine Wirkung mehr zeigen.

Sellner beschreibt den Zustand in der 3. Phase: »Die herrschende Elite ist uneinig, Krisen erschüttern das System und die Widersprüche zwischen Wirklichkeit und herrschender Ideologie sind offenkundig.« Während die Kampagnen in Phase 2 vor allem vorbereitenden Charakter hätten, sollten sie in Phase 3 die Situation zuspitzen.

Ziel sei zunächst der »Social Change«, wofür Sellner auch den Begriff »Orbanisierung« (nach Viktor Orban, dem Präsidenten Ungarns) verwendet. In Ungarn habe man es durch jahrelange metapolitische Vorarbeit geschafft, staatspolitische Gestaltungsmacht zu erlangen und damit das Ziel zu erreichen, den »Erhalt ethnokultureller Identität« in der Verfassung festzuschreiben. Spannend an dem Beispiel ist, dass die Regierungspartei Fidesz die Politik einer noch rechteren Partei (also quasi einer rechten Hilfsflanke), der Jobbik, umsetzte. Sellner lässt offen, ob es für die Neue Rechte auch im deutschsprachigen Raum Sinn mache, mit mehr als einer rechten Partei zusammen zu arbeiten. Das Treffen verschiedener rechter Kräfte in Potsdam am 25. November 2023 und andere Hinweise lassen erahnen, dass die Neue Rechte nicht nur in der AfD gut vernetzt ist. Dass aktuell die CDU die Politik der AfD vorantreibt und sich dabei weiterhin als »Partei der Mitte« zu inszenieren versucht, zeigt, wie sehr diese Strategie aufgehen kann.

Sollte es aber in der dritten Phase nicht möglich sein, den »Social Change« herbeizuführen, müsse auf den »Regime Change« gesetzt werden. Dazu verwendet Sellner den Begriff der »Maidanisierung« (nach der Besetzung des zentralen Maidan-Platzes in Kiew 2013-2014). »Regime Change« werde notwendig, wenn der Staat nicht mehr nur auf »sanften«, sondern auf »offenen« Totalitarismus setzt. In diesem Fall brauche es die Bewegung auf der Straße: Platzbesetzungen, Streiks und massive Non-Kooperation. Die Auseinandersetzung müsse so weit geführt werden, bis Sicherheitskräfte oder einzelne Politiker:innen die Seiten wechseln würden. Durch einen Wechsel in der Regierung könne dann wieder auf den »Social Change« durch Metapolitik gesetzt werden.

Über die gesamte dritte Phase hinweg bleibt das Ziel der Reconquista-Strategie also, staatspolitische Gestaltungsmacht zu erlangen. Über die Maßnahmen, die daraus folgen sollen, hat Sellner 2024 ein weiteres Buch geschrieben. Darin behandelt er konkrete Vorschläge und Rechenbeispiele zur Umsetzung der von ihm gewünschten »Remigration«.

Fragen der Persönlichkeit

Neben strategischen Aspekten behandelt Sellner im Buch auch das Thema Persönlichkeit. Er endet mit dem Kapitel »Was tun?« - ein direkter Bezug auf den russisch-kommunistischen Revolutionär Lenin. Aus dem Wissen heraus, dass eine Strategie noch so wohldurchdacht sein kann und doch keinen Erfolg hat, wenn sie nicht korrekt realisiert wird, fragt Sellner, was einen guten Aktivist ausmacht. Es gehe darum

- emotional stabil, statt von der Organisation abhängig zu sein
- seinen eigenen Platz zu finden, mit realistischen Selbsteinschätzungen und der Möglichkeit, bei Bedarf verschiedene Rollen einzunehmen
- sich zu vernetzen, Einzelkämpfertum entgegenzuwirken, in den Gruppen zu motivieren und so Spaltung entgegenzuwirken.

Das Buch endet mit folgendem Zitat von Lenin: »Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit seinen Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumgebildes arbeitet. Gibt es nur irgendeinen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung.«

Was also tun?

Im Angesicht einer neuen Rechten, die weltweit vernetzt ist, und zunehmend nicht nur vom deutschen mittelständischen Kapital getragen wird – Elon Musk bezieht sich nicht nur auf die AfD, sondern auch direkt auf Martin Sellner – stehen wir einem gut organisierten Gegner mit enormen Kapitalressourcen und klarer Zielsetzung gegenüber.

Die Situation sollte realistisch betrachtet und die eigene Organisation mit gebührendem Fokus aufrechterhalten werden. Beschäftigung mit den theoretisch-ideologischen Grundlagen der Neuen Rechten kann dahingehend motivieren und stärken, denn sie ermöglicht eine bessere Einordnung der Geschehnisse

und kann verhindern, in Denkweise und Methodik des politischen Gegners eingespannt zu werden.

Einige der von Sellner vorgestellten Muster reihen sich in eine lange sozialistische Tradition ein. Wir – und nicht Sellner oder andere Rechte – stehen in dieser Tradition. Vieles über die Funktionsweise von Macht finden wir in unserem eigenen Paradigma wieder, nämlich jenem der demokratischen Moderne. Um die demokratische Moderne zu stärken, wurden diese Analysen entwickelt. Dass linke Systemanalysen zutreffen, sehen wir leider an der Effektivität neurechter Metapolitik.

Martin Sellner verlässt – und das entspricht unserer Analyse von Faschismus – trotz gegenteiliger Darstellung in keinsten Weise die kapitalistische Moderne. Er stärkt das faschistische Potential, das permanent darin liegt. Sicherlich bedient die Neue Rechte mit ihrem Fokus auf eine vermeintlich einheitliche deutsche Identität eine Leerstelle, die viele linke und liberale Kräfte in den letzten Jahrzehnten haben entstehen lassen. Als Gegenentwurf zu einem neuen »Deutschland den Deutschen« setzen wir das Konzept der demokratischen Nation. Die demokratische Nation beschreibt das Zusammenleben verschiedener Identitäten in Einheit und Vielfalt auf der Basis demokratischer Werte.

Die Frage nach der eigenen Existenz und Identität liegt allen Gesellschaften zugrunde. Das nationale Bewusstsein, das Bewusstsein über die Gemeinsamkeit von Werten, Sprache, Kultur und Geschichte, stellt eine Antwort auf diese Frage dar. Die Identität als Unterschied zu anderen zu begreifen, ihre Besonderheit anzuerkennen, ist Grundlage, um wiederum Einigkeit in der Vielfalt anerkennen zu können. Die Entwicklung eines Bewusstseins für die eigene Nation ist nicht gleichbedeutend damit, zum Staat, also zur Staatsnation, zu werden. Zur Staatsnation zu werden, basiert auf der Ideologie des Nationalismus, der alle Aspekte der Identität der Gemeinschaft extrem nationalisiert, ihre vermeintliche Überlegenheit anderen gegenüber betont und somit die Gesellschaft wie in keinem anderen Maße zum Teil der Macht und Ausbeutung werden lässt. Regionale Identitäten, basierend auf einem starken Bewusstsein über ihre Geschichte und Werte, sind der Ausgangspunkt für eine demokratische Nation. Auf diese Weise lässt sich das vermeintlich alternativlose Entweder-oder zwischen globalistisch-neoliberaler und konservativ-nationalstaatlicher Ideologie auflösen.

Wir werden der Suche nach lokaler, widerständiger Geschichte weiterhin nachgehen, den Aufbau lokaler Selbstverwaltung stärken und uns über ethnische und kulturelle Grenzen hinweg mit denjenigen verbinden, die für die Stärkung der demokratischen Moderne kämpfen.



Megaprojekte im Krieg gegen die Indigenen Mexikos

Der Spezialkrieg des Maya-Zuges

Victor, Recherche AG

Verrat, der nicht zugibt, Verrat zu sein, kann nur durch eine Armee der Schmetterlinge bekämpft werden.

Eine Pyramide aus Pappmaché

Der Süden Mexikos ist präsent im Zentrum des Landes, inmitten der Hauptstadt, auf dem zentralen Zócalo Platz vor dem Präsidentenpalast. Im Juli stand dort eine riesige Maya-Pyramide aus Pappmaché, beleuchtet mit mythischen Symbolen und dem Gesicht eines jungen Mannes. Die Pyramide ist Teil einer staatlich organisierten Lichtshow, beworben unter dem Titel ›Die Maya und Felipe Carrillo Puerto‹. Die Ankündigungsplakate zeigen diesen Felipe inmitten des traditionellen, kleinbäuerlichen Anbausystems der Milpa, mit einem Schild zwischen den Maispflanzen, auf dem der Slogan »Tierra y Libertad« (Land und Freiheit) des Revolutionärs Emiliano Zapata und der heutigen Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) zu lesen ist. Letztere ließen die Pappmaché-Propaganda nicht unbeantwortet:

Dies ist der Indigenismus in Mexiko: Er stellt eine Simulation aus Pappmaché als Hommage an eine weit entfernte (und durch die offiziellen Geschichtswissenschaften manipulierbare) Vergangenheit dar und besteht aus tausenden, durch die jeweiligen Regierungen »verwalteten« Ungerechtigkeiten gegen die Pueblos originarios der Gegenwart. Für die Regierungen sind die Pueblos originarios der Rohstoff zur Herstellung »historischer« Alibi-Geschichten.¹

2024 benannte die mexikanische Regierung das ganze Jahr offiziell nach dem auf die Pyramide projizierten Mann, der sich als Gouverneur von Yucatán zwischen 1922 und 1924 um die »Aussöhnung« der weißen Yucatecos mit den Maya bemühte. Doch nicht allein der breiten Bevölkerung wird er auf großer Leinwand als Vorbild für das »Schätzen der indigenen Kultur« präsentiert. Auch in akademischen Kreisen begannen Lobeshymnen auf den ermordeten Sozialisten – nicht, ohne ihn in direkte Verbindung mit den aktuellen Megaprojekten des politischen Projektes der »Vierten Transformation« zu setzen:

Die von Felipe Carrillo geförderten Züge und Autobahnen und der Tren Maya der aktuellen Regierung sind sich sehr ähnlich. Der Versuch, in Yucatán eine andere Art von Tourismus zu entwickeln, nicht Spring Breakers, nicht nur Sonnen- und Strandtourismus, sondern Kulturtourismus, der sich für die Umwelt und die Maya-Gemeinschaften interessiert, ist etwas, das Carrillo Puerto im Sinn hatte, und wenn er die vier Jahre hätte regieren können, die ihm zustanden, so hätte er das stark gefördert. Es gibt also Analogien zwischen damals und heute.²

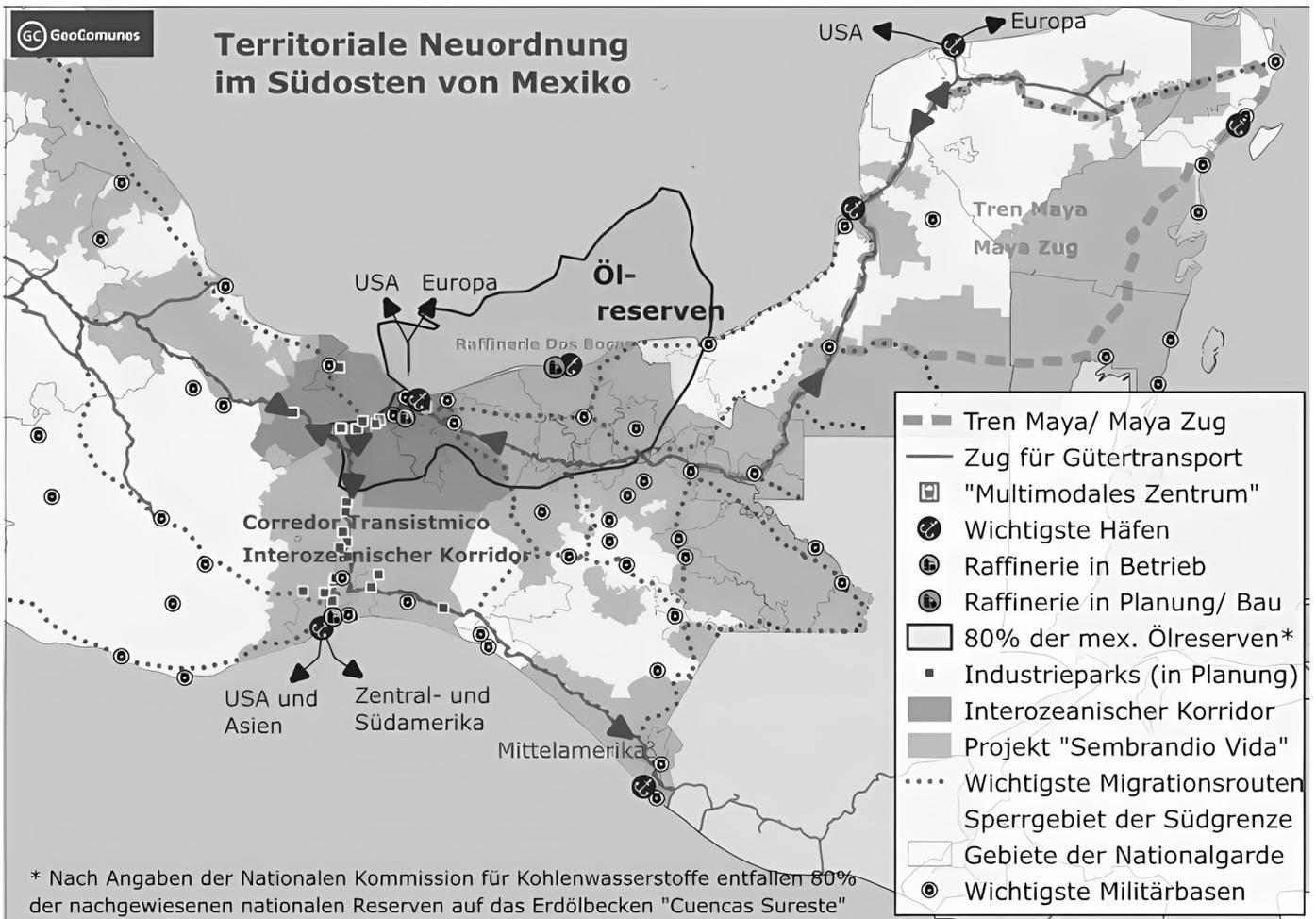
Dies sind die Worte Armando Bartras, eines bekannten Soziologen der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko. Seine hier zitierten Sätze stellen gleichsam Folge und Produktion eines Spezialkrieges dar, genauso wie die Papp-Pyramide auf dem Zócalo. Vor 30 Jahren war Bartra, wie viele heutige Unterstützer:innen des *Tren Maya* oder des *Interozeanischen Korridors*, ein entschiedener Gegner der Megaprojekte im Süden des Landes. Mit dem Beginn der sich selbst als »links« und »progressiv« bezeichnenden *MoReNa*-Regierung (2011 gegründete Partei *Movimiento Regeneración Nacional*) im Jahr 2018 (damals unter dem Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, seit 2024 unter der ersten Präsidentin Mexikos, Claudia Sheinbaum) befürworteten sie plötzlich eine »territoriale Neuordnung«, die einen Krieg gegen die Ökosysteme und indigenen Gemeinden des Südostens bedeutet. Auch in der Gesamtbevölkerung genießen die Vorhaben der *MoReNa* eine hohe Zustimmung. Dabei unterscheiden sie sich kaum von Vorschlägen der rechts-konservativen Regierungen der Vergangenheit. Allein der Diskurs, die Vermarktung des alten kolonialen, kapitalistischen Megaprojektes, hat sich verändert – mit Erfolg.

Tren Maya und Interozeanischer Korridor – koloniale Interessen und Widerstand

Der *Tren Maya* verbindet die fünf südlichsten Bundesstaaten Mexikos (Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo) auf einer Strecke von rund 1500 Kilometern und ist vor allem für seine touristische Funktion bekannt. Das Pro-

¹ EZLN: »Supongamos, sin conceder...« in: *enlacezapatista*, (online 2024), <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/2024/08/02/supongamos-sin-conceder/>

² Ángel Vargas: »Enaltece Armando Bartra la revolución cultural que emprendió Carrillo Puerto«, in: *La Jornada*, (online 2024), <https://www.jornada.com.mx/noticia/2024/01/15/cultura/enaltece-armando-bartra-la-revolucion-cultural-que-emprendio-carrillo-puerto-6943>



Die territoriale Neuordnung Süd Mexikos. Karte: Geocomunes

jekt ziele in erster Linie darauf ab, die karibische Riviera Maya mit den Maya-Stätten im Regenwald zu verbinden (Kurdistan Report berichtete mehrmals, u.a. im KR 228). Im Dezember 2018 begannen die Arbeiten am Tren mit einem vorgeblichen Maya-Ritual, bei dem der Präsident »Mutter Erde« um Erlaubnis für den Bau bat. Bezeichnenderweise fand diese Zeremonie nicht auf der Erde selbst statt, sondern auf bereits gegossenem Beton. Zwölf ethnische Maya-Gruppen waren anwesend, jeweils eine Person – ob diese ihre Gemeinden vertraten, ist umstritten. Die nationale und internationale Wirkung blieb jedoch nicht aus, die Botschaft war klar: *ein Projekt mit und für indigene Gemeinschaften der Region, fast ein Triumph der Dekolonialisierung*: Ein Ritual der Pueblos originarios leitet ihren Fortschritt ein – das Ende ihres Vergessenwerdens durch den Staat. Im Dezember 2023, genau fünf Jahre nach dem durchgeführten Maya-Ritual, wurde der erste Abschnitt des Zuges eingeweiht – und vom Papst gesegnet: Die Gouverneurin des Bundesstaates Quintana Roo reiste mit zwei Angehörigen indigener Gemeinschaften in den Vatikan und überreichte dem Stellvertreter Gottes auf Erden ein Modell des Präsidenten-Zuges. Die vermeintliche Unvereinbarkeit einer Maya-Zeremonie

und einer päpstlichen Segnung für dasselbe Projekt aufzulösen, das ist der Diskurskrieg der aktuellen progressiven Regierung.

Im September 2024 dann verabschiedete sich der populäre Präsident López Obrador mit der Einweihung weiterer Abschnitte seines prestigeträchtigen Projekts in der Nähe der Kleinstadt Felipe Carrillo Puerto aus dem Amt. Begleitet wurde er dabei nicht von Mayas, sondern von Gouverneuren, Militärs und Unternehmensvertretern. Währenddessen verlasen einige Mayas aus Felipe Carrillo Puerto in Quintana Roo ihre eigene Abschiedskarte an den scheidenden Präsidenten. Darin stellten sie das Projekt als einen weiteren Schritt in Richtung der *internen Kolonialisierung* dar:

Unsere Völker haben sich in diesen Gebieten seit jeher um die Mutter Erde gekümmert: die Urwälder, die Wälder, das Wasser, den Wind, das Meer. Diese Orte sind heilig und stärken unsere Spiritualität und unsere Lebensweise. Die Regierung von Obrador behauptet unter dem Vorwand des »Fortschritts« und der »Entwicklung«, dass endlich eine Regierung den Blick auf den Süden und Südosten Mexikos gewendet hat, dass wir uns nun wirklich

entwickeln werden, dass wir mit dem Maya-Zug und dem Interozeanischen Korridor aus der Armut herauskommen werden, aber wir protestieren, weil sie ihren Blick nur auf dieses Territorium geworfen haben, um es auszurauben und zu zerstören mit ihren Zügen, Gaspipelines, Hotels, Immobilienprojekten und Industrieparks.³

Dies sind die Worte der Nachkommen jener Rebell:innen, die sich bereits vor Jahrhunderten einer militarisierten Prozesion widersetzen: Im Kastenkrieg (1847-1901) lehnten sich die Maya auf der Halbinsel Yucatán gegen ihre Versklavung in den Monokultur-Haciendas auf. Sie erkämpften eine Autonomie, die so lange andauerte, dass das Gebiet, welches heute als Quintana Roo durch seine Tourismus-Metropole Cancún bekannt ist, erst Jahrzehnte später in den mexikanischen Föderalstaat aufgenommen wurde. Als man im Jahre 2024 den 120. Jahrestag des neuen Bundesstaates beging, legten die noch immer rebellierenden Maya und die Nachkommen der Kasten-Krieger:innen, die im *Centro Comunitario U kúuchil k Ch'ibalo'on* organisiert sind und sich als Teil der Kampag-

3 Sur Resiste: »Boletín de prensa 24 de septiembre 2024. El Sur Resiste siembra la vida. Frente a los trenes de muerte, la vida existe porque resiste«, in: [elsurresiste.org](https://www.elsurresiste.org), (Online 2024), <https://www.elsurresiste.org/es/posts/boletin-de-prensa-24-de-septiembre-2024>



Der (Diskurs-) Krieg des Maya-Zuges. Collage: Recherche AG mit Virginie.

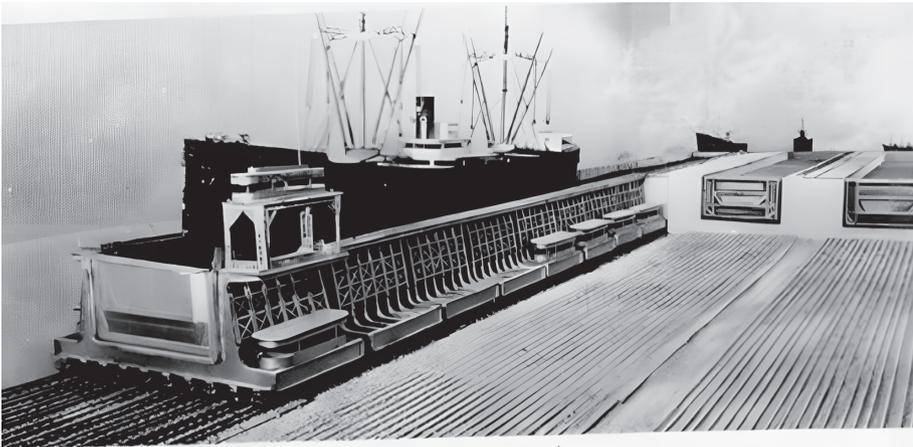
ne El Sur Resiste gegen den Tren Maya und den Interozeanischen Korridor aussprechen, die »Erklärung zum Völkermord in Quintana Roo« vor:

In den 1880er Jahren begann die Regierung [des Generals und Diktators Porfirio Díaz] mit der entscheidenden Attacke gegen die Rebellen, um die militärische Besetzung und wirtschaftliche Integration der Halbinsel zu erreichen. Zwischen 1896 und 1899 versuchten Unternehmer und die Bundesregierung, das Vorzeigeprojekt des „Fortschritts“ der damaligen Zeit zu entwickeln: eine Eisenbahn, die durch die aufständische Hauptstadt führen und Peto mit der Ostküste der Halbinsel verbinden sollte. Die Strategie war zunächst militärisch und dann wirtschaftlich: Die militärische Kampagne sollte gleichzeitig mit dem Bau der Eisenbahnstrecken voranschreiten: Die Abholzung für die Strecke im dichten Dschungel bedeutete, den Militärs den Weg zu ebnen, während der Zug anschließend Rohstoffe abtransportieren sollte, vor allem das wertvolle Holz. Das Projekt war ein Misserfolg. Ein Jahrhundert später jedoch wird erneut eine Eisenbahn gebaut, die man nun »Maya« nennt. Ähnlich wie der Zug von damals ist der Tren Maya heute für den militärischen Vormarsch und die territoriale Neuordnung konzipiert. Die erwarteten Auswirkungen sind katastrophal und drohen, die völkermörderische Praxis vollständig in die Tat umzusetzen: Die Neuordnung Südmexikos bedeutet nicht nur die Auslöschung der Lebensweise eines Volkes, sondern das endgültige Vergessen ihrer Geschichte durch die Verfälschung von Erinnerung und Kultur.⁴

Der Tren Maya – ein Militärzug

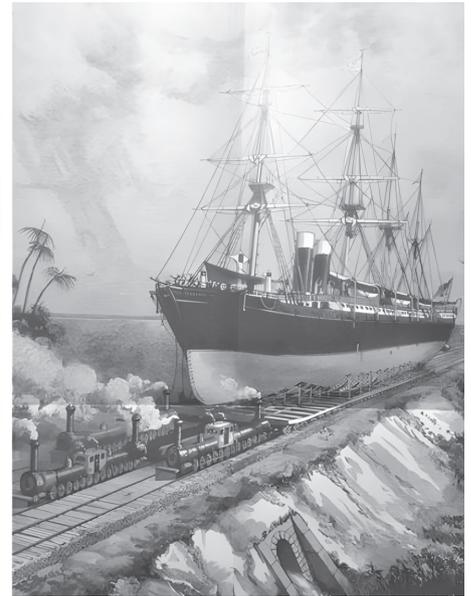
Wie vor einem Jahrhundert ist auch der heutige *Tren Maya* ein Militärzug; die Armee baut und verwaltet ihn und erhält die Gewinne aus seinem Betrieb. Und die »territoriale Neuordnung« beschränkt sich nicht auf Landraub, Umweltzerstörung und Kommerzialisierung der Maya-Kultur durch Massentourismus, den die neue mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum Anfang 2025 erneut ankündigte (»Wir werden den Maya-Zug zum größten Reiseziel der Welt machen ...«). Wie vor einhundert Jahren unter Porfirio Díaz ist es vor allem die Integration der autonomen Maya-Territorien in den globalen Kapitalismus, welche die indigenen Gemeinschaften und einzigartigen Ökosysteme bedroht: »... und außerdem werden wir ihn auch zu einem Güterzug machen, um den Warentransport zu stärken«. Die einstige Rebellenhauptstadt Noj Kaaj Santa Cruz Xbalam Naj heißt heute Felipe Carrillo Puerto. Der erste Militärzug wurde hier von den Rebellen der Maya-Armee auf-

4 CNI; "Declaración del genocidio quintanarroense. La destrucción parcial del pueblo maya rebelde y las memorias de la autonomía" in: [congresonacionalindigena.org](https://www.congresonacionalindigena.org), (online 2024), <https://www.congresonacionalindigena.org/2022/11/15/declaracion-del-genocidio-quintanarroense-la-destruccion-parcial-del-pueblo-maya-rebelde-y-las-memorias-de-la-autonomia/>



**FERROCARRIL DE 10 VIAS, PARA TRANSPORTE DE BUQUES
A TRAVÉS DEL ISTMO DE TEHUANTEPEC**

EL BUQUE HA ENTRAADO A LA CAJA FLOTANDO, PROCEDIENDOSE ENTONCES A PONER LAS COMPUERTAS TANTO DE LA CAJA COMO DE LA ESCLUSA. ENTONCES LA CAJA PUEDE COMENZAR A MOVERSE USANDO SU POTENCIA PROPIA.



Über viele Jahrzehnte wurde der Handelskorridor für den Welthandel auf dem Isthmus von Tehuantepec geplant: mal als Kanal für Schiffe, mal für die Eisenbahn oder, wie in diesen Plänen von 1888 und 1950, für Schiffe auf Schienen. Collage: Recherche AG.

gehalten. Im Jahr 2023, während der Karawane *El Sur Resiste*, sagten sie uns:

Schaut, ich freue mich, euch mitteilen zu können, dass diese Überreste, die ihr seht, Teil des alten Militärzuges sind. Dies war die Lokomotive, die Porfirio Díaz bauen ließ. Wozu? Um der mexikanischen Armee Transport- und Versorgungsmöglichkeiten zu bieten und um das Holz zu gewinnen, das dort abgebaut wurde. Dieser Zug wurde von unseren Großvätern in die Luft gesprengt, weil er genau das bedeutete: Plünderung, Ausrottung, Verfolgung. Und als die Regierung 1915 beschloss, den Maya diesen Ort zurückzugeben, gehörte zu den Dingen, die wir taten, die Sprengung der Überreste des Zuges.⁵

Aber wo man heute noch seine rostigen Einzelteile sehen kann, scheint das neue Projekt der derzeitigen mexikanischen Regierung erfolgreich voranzuschreiten.

Für Sheinbaum ist es ein ›Symbol der Vierten Transformation‹, unter dessen Etikett die Regierung ihre angeblich national-progressive Politik vermarktet, mit dem wiederholten Slogan: »Primero los Pobres« (Zuerst die Armen). Es ist kein Zufall, dass der Maya-Zug das ›Symbol dieser ›Transformation‹ ist. *Maderas del Pueblo del Sureste A.C.*, eine NGO, die in der Landenge von Tehuantepec Widerstand gegen die Megaprojekte leistet, ist sich sicher, dass seine ständige Priorisierung in der internen und externen Propaganda auch dazu dient, die Aufmerksamkeit von einem anderen ›Megaprojekt‹ abzulenken, das im Schatten des Maya-Zuges reist, aber weniger leicht als »grün und sozial« oder harmloses »Tourismusprojekt« zu

verkaufen ist. Obwohl der *Tren Maya* mit dem *Interozeanischen Korridor* im Isthmus von Tehuantepec (kürzeste Landverbindung zwischen dem Golf von Mexiko und dem Pazifik) verbunden ist, wird letzterer in der Tat wenig thematisiert und ist international weniger bekannt. Doch erst wenn man den Zug und den Korridor gemeinsam betrachtet, wird die Dimension der Neuordnung Südmexikos deutlich, genauso wie die ihr zugrundeliegenden geopolitischen Interessen.

Der Korridor im Schatten des Zuges – ein gefährliches Ganzes

Beide Vorhaben teilen auch gemeinsame Wurzeln. Und es ist diese ›Geschichte von unten‹, die von den Maya in ihrer Erklärung zum Völkermord dargelegt wird, welche die Spezialkriegsbehauptungen der neuen ›fortschrittlichen‹ Regierung, nach denen »endlich jemand die Armen im Südosten unterstützt, die in der Vergangenheit [sic] des Neoliberalismus vergessen wurden«, als Lüge entlarvt. Bereits 1996 hatte die NGO *Maderas del Pueblo* ein ›Megaprojekt‹ im Isthmus von Tehuantepec kritisiert und es als ›Mord‹ an Mutter Natur, den indigenen Völkern und der nationalen Souveränität angeprangert. Man bezog sich auf den ›multimodalen Trockendurchgangskanal‹ zwischen Salina Cruz am Pazifik (Oaxaca) und Coatzacoalcos am Atlantik/Golf von Mexiko (Veracruz), den der damalige Präsident Ernesto Zedillo vorangetrieben hatte. Der Kanal sollte von einem Industriekorridor begleitet werden, der heute weiterhin eine einzigartige Region bedroht: Als schmalste Stelle zwischen den Ozeanen ist der Isthmus von Tehuantepec ein ›Gürtel Mexikos, an dem sich die nördliche und die südliche Hemisphäre Amerikas treffen. So wurde das Territorium

⁵ Recherche AG, neuer Report 2025 (noch unveröffentlicht, ab Sommer 2025 abrufbar und frei zugänglich unter deinebahn.com)

zu einer Brutstätte der (Bio-)Diversität: Neben einzigartigen Küstenregionen mit Mangrovenwäldern und ausgedehnten Lagunensystemen beherbergt der Isthmus die Selva de los Chimalapas, den Urwald mit der größten Artenvielfalt des Kontinents. Die Wälder und Küsten sind dort am intaktesten, wo die indigene Bevölkerung noch nach ihrer traditionellen Lebensweise lebt: die Huave (verwenden als Eigenbezeichnung Ikoots) in den Lagunen in der Nähe von Salina Cruz oder die Zoque, Chinantecos und Mixtecos in den Chimalapas. Hier leben auch Zapoteken, Chontalen, Tzotzilen, Mixen, Populucas, Nahuas und die afromexikanische Bevölkerung; insgesamt sind 13 verschiedene indigene Gruppen von dem Korridor bedroht. Das Territorium der indigenen Völker, der Isthmus, war aufgrund seiner strategisch bedeutsamen Lage zwischen den Ozeanen schon seit Jahrhunderten imperialen Eroberungsversuchen ausgesetzt. 1907 gelang es schließlich dem mexikanischen Diktator und General Porfirio Díaz, einen Handelskorridor zwischen den Ozeanen zu eröffnen. 1907 wurde die von englischen Firmen vorangetriebene Interozeanische Eisenbahn eröffnet und bis zur Einweihung des Panamakanals sieben Jahre später zu einer Ader des Welthandels.

1914 verlor die Eisenbahn von Porfirio Díaz ihre Bedeutung. 1978 allerdings schlug der damalige mexikanische Präsident José López Portillo mit dem ›Plan Alpha Omega‹ erneut die Eröffnung eines globalen Handelskorridors zwischen Coatzacoalcos (Alpha) und Salina Cruz (Omega) vor. Auch dieser Plan wurde nie verwirklicht, aber er sollte wenige Jahre später in noch größerem Umfang wieder aufgenommen werden: Insbesondere Präsident Ernesto Zedillo stieß mit seinem ›Programm zur integralen Entwicklung des Isthmus von Tehuantepec‹ auf den Widerstand der lokalen Bevölkerung: Im März 1996 präsentierte er mehr als nur einen Handelskorridor zwischen den Ozeanen: Es waren zehn ›Projekte zur Förderung des Isthmus‹ die diesen von Grund auf verändern sollten. Neben dem ›multimodalen Projekt‹ für Eisenbahnen, Straßen und Häfen sollten Investitionen in die petrochemische Industrie getätigt, Industrieparks, insbesondere für die Automobilindustrie, gebaut, agroindustrielle Projekte gefördert und auch die Erdölförderung angestrebt werden. Es war ein Megaprojekt von gigantischen Ausmaßen. Doch ein entschiedener Kampf auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene verhinderte den ›Korridor des Todes‹: Im August 1997 erklärten Hunderte von Gemeinden, Organisationen, NGOs, Akademiker:innen und Gewerkschafter:innen auf dem nationalen Forum *El Istmo es nuestro* (Der Isthmus gehört uns), dass sie das Gebiet von Matías Romero aus verteidigen würden. Auch die PRD (Partido de la Revolución Democrática, deutsch: Partei der demokratischen Revolution) unterstützte die Bewegung – eine progressive Partei, die gegen die regierenden, rechtskonservativen Kräfte der PRI und PAN triumphieren wollte.

Heute, weniger als 30 Jahre nach dem Protestforum in Matías Romero, stehen genau hier die neuen Züge des *Interozeanischen Korridors*, gegenüber dem alten Zug von Porfirio Díaz, wie von Zedillo geplant. López Obrador, der in den 1990er Jahren noch der Chef der PRD war und die Proteste gegen das zerstörerische Megaprojekt des Isthmus unterstützte, setzte schließlich den neoliberalen Plan um, an dem seine Vorgänger scheiterten (Vicente Fox im Jahr 2002 im Rahmen des Puebla-Panama-Plans und Enrique Peña Nieto im Jahr 2016 mit seiner Sonderwirtschaftszone des Isthmus).

Für diejenigen, die sich entschieden für die Verteidigung des Isthmus und des gesamten Südens Mexikos einsetzten, war dieser Verrat vorhersehbar. Doch selbst sie wurden vom Ausmaß des neuen neoliberalen Attentats überrascht: Hafen- und Schienenausbau, Raffinerien und 14 geplante Industrieparks, Bergbau und Monokulturen, Immobilienprojekte und Energieparks bedrohen durch die Ausweitung der ›Industriezone‹ auf die Bundesstaaten Tabasco und Chiapas nicht nur im ›Isthmus von Tehuantepec‹ eine größere Region – mit der Anbindung des ›Korridors‹ an den *Tren Maya* greift der koloniale Kapitalismus auch nach den einstigen Autonomieregionen auf der Yucatán-Halbinsel.

Nunmehr im Jahr 2025 konkretisiert sich die geplante Ausweitung des *Tren Maya* bis nach Guatemala. Vor allem ein auf dem Verfälschen der Geschichte basierender ›Diskurskrieg‹ der ›4T‹ führt dazu, dass die aktuelle Regierung auf viel weniger Widerstand gegen ihren Korridor und den *Tren Maya* stößt als ihre Vorgänger mit sehr ähnlichen Projekten.

Die NGO *Maderas del Pueblo* beispielsweise beklagt, dass von den 300 Personen und Organisationen, die die Kampagne *El Istmo es nuestro* beim Treffen 1996/1998 unterstützt hatten, nur ein Bruchteil den Widerstand fortsetzt, obwohl der Isthmus durch die neuen Angriffe der alten Megaprojekte stärker denn je gefährdet ist:

*Von denjenigen, die an der [damaligen] Widerstandsversammlung teilgenommen haben, sind 20 Prozent tot, als Personen oder Organisationen, 1 Prozent kämpft immer noch wie verrückt, und die große Mehrheit unterstützt jetzt den Interozeanischen Korridor von López Obrador und die 4T und damit genau das Projekt, das sie zu einem anderen Zeitpunkt abgelehnt haben.*⁶

»Sie haben ihre Masken abgelegt«, sagt Miguel Ángel García Aguirre, der allgemeine Koordinator von *Maderas del Pueblo*. Heute wird das ehemalige Kolonisationsprojekt als »sozial und ökologisch« verkauft, vor allem durch die riesigen Wind-

⁶ Diese Erklärungen basieren auf den Konferenzen der Veranstaltungsreihe der Recherche AG, *Maderas del Pueblo*, Centro Comunitario U kúuchil k Ch'i'ibalo'on und Festivales Solidarios – »Dialoge und Debatten über den Kapitalzug und seine Megaprojekte«, 2024 in Mexiko-Stadt.



Die Überreste des alten Zuges von Porfirio Díaz rosten in Felipe Carrillo Puerto, während die Karawane El Sur Resiste 2023 an ihnen vorbeizieht. Foto: Recherche AG

Solar- und Wasserstoffparks zur »grünen Energiegewinnung«, als eine Maßnahme nicht gegen, sondern für die Umwelt, und als kapitalistischer Vorstoß nicht gegen, sondern »mit und für« die indigene Bevölkerung. In Wirklichkeit profitieren neben Militär und organisierter Kriminalität vor allem auch transnationale Großkonzerne, die einen Spezialkrieg auf globaler Ebene anführen.

Ein Turm aus Glas

Im Jahr 2021 standen Delegierte des Nationalkongresses der Indigenen aus Mexiko vor dem DB-Tower in Berlin und protestierten gegen die Beteiligung der Deutschen Bahn am *Tren Maya*. »In euren Waggons fährt die Auslöschung unserer Völker mit«, riefen sie in Richtung des »Bahntowers«, der gläsernen Hochhaus-Konzernzentrale der Deutschen Bahn am Potsdamer Platz.

2024, genau drei Jahre später, standen Vertreter:innen der brasilianischen Initiative *Gerechtigkeit auf Schienen* vor dem DB-Tower. Sie protestierten gegen eine geplante Beteiligung der Deutschen Bahn am Projekt *Grão-Pará Maranhão*. Auch hier sollen Regenwald, Mangroven und Korallen einem Tiefseehafen und Schienen weichen, um Mineralien aus riesigen Minen und Soja aus riesigen Monokulturen nach Europa und in die USA zu verschiffen. Beiden Protestgruppen antworteten aus dem DB-Hochhaus heraus leuchtende Buchstaben: »Klimaschutz kann auch einfach sein«. Die simple Botschaft: Fahrt ihr mit dem Zug, rettet ihr das Klima.

Nicht einmal dieses Versprechen stimmt: Noch heute verwendet die DB auch Strom aus Kraftwerken wie Datteln IV, in dem vor allem »Blutkohle« aus den größten Minen Kolumbiens verbrannt wird. Die indigene Bevölkerung wird vertrieben und angegriffen. Genauso die Quilombola-Gemeinden in Maranhão. Dennoch wird man auf der kommenden Weltklimakonferenz COP30 im November 2025 im brasilianischen



Die Pyramide auf dem Potsdamer Platz: Ein verdutzter, fragend die Hände hebende Felipe auf der Papp-Pyramide am Potsdamer Platz, dort, wo eigentlich der DB-Tower steht. Collage: Recherche AG

Belém, ganz in der Nähe des neu geplanten Tiefseehafens, die EU-Investitionen in das Megaprojekt als »grün« darstellen: Schließlich soll von dort aus auch Wasserstoff nach Europa transportiert werden.

Auf dieselbe Art werden die Windparks im Isthmus von Tehuantepec als »nachhaltig« verkauft, obwohl sie die indigene Bevölkerung ihrer Lebensweise berauben und einzigartige Ökosysteme zerstören, während der produzierte Strom in urbane Zentren oder die neuen Industrieparks fließt. Ähnliche koloniale Windparks stehen in der besetzten Westsahara. Ihr Strom wird auch zum Abbau von Phosphat in großen Minen benötigt. Das größte Lieferband der Welt bringt den Rohstoff an die Atlantikküste, wo er unter anderem nach Coatzacoalcos verschifft wird, dem Hafen des *Interozeanischen Korridors*. Dort kann er zu giftigem Dünger verarbeitet werden, den ein *Tren Maya* in Zukunft bis auf die neuen Monokulturen der Selva Maya transportieren kann. Dass es dazu wirklich kommen kann, ist Folge eines Spezialkrieges, der sich in allen benannten Kontexten (ob der *Tren Maya* in Mexiko, die Windparks in der Westsahara oder der Tiefseehafen in Brasilien) aus drei Ebenen zusammensetzt:

1.) Die Fortführung der Ungerechtigkeit der Geschichte gegen indigene Bevölkerungsgruppen (Landraub, Autono-

mieraub, Eingliederung als billige Lohnarbeitskraft oder Vertreibung) wird als Wiedergutmachung dargestellt (Strom für die arme Bevölkerung vor Ort, Anbindung an die neue Infrastruktur, Bewahren und Wertschätzen ihrer Kultur). Das Verschwinden ihrer Geschichte wird als Ende ihres »Vergessen-seins« vermarktet.

- 2.) Die lokalen, zerstörerischen Folgen des »grünen Kapitalismus«, etwa der kolonialen Windparks, werden verschwiegen – und gleichsam:
- 3.) Die globalen Zusammenhänge zwischen ihnen.

Nur aus diesem Dreierschritt heraus kann der Werbespruch »Klimaschutz kann auch einfach sein« geboren werden.

Der Süden Mexikos ist weit entfernt vom Zentrum des Landes, die Papp-Pyramide ist Propaganda eines Spezialkrieges. Sie blendet die Geschichte der Milpa aus, sie verschweigt die lokalen Folgen der Megaprojekte, und sie verschweigt die Verbindung zu weiteren Papp-Pyramiden in anderen Teilen der Welt, denen sie viel näher ist als der Yucatán-Halbinsel. Der »DB-Tower« am Potsdamer Platz ist so eine Papp-Pyramide.



Permanent Peoples' Tribunal: Rojava vs. Turkey

Kriegsverbrechen gegen Selbstbestimmung

Holger Deilke, Aktivist

Am 5. und 6. Februar hielt das «Permanent Peoples' Tribunal on Rojava vs. Turkey¹» (im Folgenden PPT) seine Sitzung zur Untersuchung der Kriegsverbrechen des türkischen Staates gegen die Bevölkerung seit der Besetzung Efrîn im Jahr 2018 ab. Diese Sitzung des PPT wurde auf Anfrage von neun Organisationen eingerichtet². Das Permanent Peoples' Tribunal ist eine Nachfolgestruktur des Russel-Tribunals (siehe Kasten).

Der Eingang des Gebäudes Q der Vrije Universiteit Brussel (VUB – Freie Universität Brüssel), in dem die 54. Sitzung des Permanent Peoples' Tribunal über Rojava vs. Türkei tagte, wirkte eher unscheinbar – zwei auf die Sitzung hinweisende Plakate, einige rauchende und sich unterhaltende Menschen, nichts, was auf die Bedeutung und die Schwere der Anschuldigungen hinwies, die in dem Saal verhandelt wurden. Der Saal der Freien Universität Brüssel war gefüllt mit Interessierten aus verschiedenen europäischen Ländern sowie dem Mittleren Osten – zusammen etwa 250 Personen, die der Einladung gefolgt waren.

Dem PPT ging es um nichts weniger als die Untersuchung »über die Verantwortung hochrangiger türkischer Beamter für mutmaßliche Verbrechen der Aggression, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Rojava, Nordost-Syrien, von 2018 bis heute.« Dafür wollte sich das Tribunal berichten lassen und Zeug:innenaussagen anhören, um zu einer Beurteilung zu kommen. Selbstverständlich wurden

die Angeschuldigten (verantwortliche Politiker und Militärs³) eingeladen um sich vor dem Tribunal zu verteidigen. Nicht minder selbstverständlich hat sich keiner der Eingeladenen zur Verteidigung eingefunden.

Was das Tribunal sich für die zwei Tage vorgenommen hatte, mutet vielleicht sehr nüchtern und ein wenig juristisch an. Ist doch allgemein bekannt, dass die Türkei völkerrechtswidrig Gebiete in Nord- und Ost-Syrien besetzt hält und Kriegsverbrechen begeht, und auch, welcher Art diese Kriegsverbrechen sind. Alles bekannt. Aber es ist doch noch einmal etwas anderes, darüber zu wissen, als sich Berichte und Zeugnisse von Betroffenen anzuhören und auch anzuschauen. Einige der Berichte waren derart erschütternd, dass mir die Verfassung eines Berichtes über diese Sitzung des PPT wirklich schwer fällt.

Programm und Struktur der Tagung

Das Tribunal bestand aus sieben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschiedener Regionen der Welt (Westeuropa, Philippinen, Süd-Afrika) und führte die Sitzung vom Podium aus. Ebenfalls auf dem Podium saßen die Hauptankläger:innen und nahe bei ihnen die weiteren Ankläger:innen, die die Anklagen für die einzelnen Kriegsverbrechen vortrugen.

Verschiedene Kriegsverbrechen

Die Tagung des PPT war in 6 Sitzungen gegliedert:

1. Zwangsumsiedlungen und die demografische Umgestaltung durch Vertreibung der Bevölkerung; Massaker, Bombardierungen und Folter an geflüchteten Zivilist:innen in Tel Rifat; Folter, Verschleppung und geheime Gefängnisse in Efrîn;

³ Recep Tayyip Erdoğan; Hulusi Akar, Verteidigungsminister von 2018 bis 2023; Hakan Fidan, Geheimdienstchef in dieser Phase und jetziger Außenminister; Yaşar Güler, Generalstabschef in der verhandelten Phase und jetziger Verteidigungsminister; General Ümit Dündar

¹ <https://rojaveopletribunal.org/>

² Der Rat für Recht und Gesetzgebung und der Rat für Auswärtige Beziehungen der Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ost-Syrien (DAANES); Zentrum für Forschung und Schutz für die Rechte der Frauen; Menschenrechtsorganisationen in Cizirê und Efrîn; MAF-DAD e.V. (Verein für Demokratie und internationales Recht); ELDH (Europäische Rechtsanwaltsvereinigung für Demokratie und Menschenrechte); IADL (Internationale Vereinigung demokratischer Anwält:innen); KNK (Kurdistan Nationalkongress); Kurdish Institute of Brussels; Vrije Universiteit Brussel (VUB)



Das PPT bei der Anhörung einer Schülerin, die die Bombardierung ihrer Schule in Şehba überlebte. Foto: ANF

2. Zeugenaussage von Ibrahim Şexo in Efrîn; die Lage in Serêkaniyê und Girê Sipî (demografische Umgestaltung, Vertreibung der Bevölkerung und der Gebrauch verbotener Waffen);
3. Angriffe auf die Strom- und Wasserversorgung; Angriffe auf die medizinische Infrastruktur, auf ein Krankenhaus in Kobanê etc.; Umweltzerstörung;
4. Femizide gegen bekannte Frauen um die Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit des demokratischen Konföderalismus zu untergraben; Drohnenangriffe gegen die Zivilbevölkerung als Mittel, um indirekt die Vertreibung von Menschen, insbesondere von Frauen und Kindern, zu erreichen;
5. Geheime Gefängnisse: Willkürliche Inhaftierung, Folter, Verschwindenlassen und sexuelle Gewalt; kulturelle und historische Auslöschung;
6. Bombardierung der Şemenko-Schule; Bombardierung der Sîmav-Druckerei.

Das war ein sehr umfangreiches Programm für die zwei Tage, und es blieb der Eindruck zurück, dass mit jeder Sitzung auch ein ganzes Wochenende hätte gefüllt werden können. So erfolgten die Schilderungen und Berichte über Kriegsverbrechen dicht auf dicht, was in dieser Eindrücklichkeit Spuren bei sicherlich allen Anwesenden dieses Tribunals hinterlassen hat.

Am 18.8.2022 verübte die Türkei neben anderen auch einen Drohnenangriff auf eine Schule, die Şemenko-Schule für Mädchen und junge Frauen, während die Schule geöffnet war. Der Bericht der überlebenden Schülerinnen, wie sie – nachdem die Detonation verebbt war und keine Splitter mehr umherflogen – versuchten sich wieder zu orientieren und nach ih-

ren Mitschülerinnen zu schauen, hat die Zuschauenden teilweise fassungslos hinterlassen. Ihre Aussagen waren gefilmt und in den Sitzungssaal übertragen worden. Sie berichteten unter anderem, wie ihre Mitschülerinnen, nachdem sie zuvor noch miteinander getanzt und sich unterhalten hatten, nun unter Schmerzen auf dem Boden lagen und in den Armen der nunmehrigen Zeuginnen starben.

Wie kann jemand eine Drohne steuern, die so etwas anrichtet?! Eine Schule bombardieren! Und das war nicht die einzige bombardierte Schule. Oder Krankenhäuser, wofür es auch Beispiele gab. Oder eine Druckerei mitsamt der dort Arbeitenden.

Vergewaltigung als Waffe

In einem per Video übertragenen Interview berichtete eine Frau aus Efrîn, die ohne Anklage in ein geheimes Gefängnis verschleppt worden war. (Wie etwa 350 weitere Frauen – und das sind nur die Fälle, die dokumentiert werden konnten). Sie berichtete, wie sie von Dschihadisten entführt und dann ca. zwei Jahre lang nahezu täglich von türkischen Geheimdienstlern vergewaltigt und gefoltert worden war; und am Ende war es eine Verbesserung ihrer Situation, den Dschihadisten – der Hamza-Division – übergeben worden zu sein, weil dann wenigstens die Vergewaltigungen nicht fortgesetzt wurden. Irgendwann ist sie einfach entlassen worden. Sie konnte nach Hause zu ihrer Familie gehen und hat sich entschieden, nicht über das Erlebte zu schweigen.

Eine Frauenrechtsaktivistin in Nord- und Ost-Syrien berichtete, dass vor allem junge Frauen verschleppt werden, zum großen Teil wie beschrieben drangsaliert werden und nach Zahlung eines Lösegeldes wieder entlassen werden. Das ist alles sehr organisiert und erhöht den Druck auf die Bevölkerung, diese Region zu verlassen, trägt also zur Vertreibung bei. Dazu kommt noch, dass die Besatzer die kurdischen Familien dazu auffordern, ihre Töchter den Milizen zu geben. So werden dann – wegen der männlichen Erbfolge – zunehmend »türkische« Kinder geboren, und die demografische Umgestaltung der Region schreitet voran. Schon für Alexander dem sogenannten »Großen« – der beim Durchmarsch seines Heeres tausende Zwangsheiraten organisierte – waren (etwa 300 vor unserer Zeitrechnung) Vergewaltigungen ein probates Mittel, die Dominanz der Besatzer sicherzustellen. Das Land wird über den Angriff auf die Frauen erobert.

Die gnadenlose Selbstverständlichkeit der Gewalt

Sehr bezeichnend für die Selbstverständlichkeit, mit der die Türkei und ihre Handlanger ihr eigenes Tun als legitim empfinden ist auch, dass sie einen Teil ihrer Greuel selbst filmen und veröffentlichen. Da sind zum Beispiel die Drohnenangriffe auf eine Druckerei, deren gefilmte Zerstörung anschließend auf türkischen Internetseiten gepostet wurden. Oder, sehr aktuell, eine Bombardierung auf den Tışrîn-Staudamm. Da ist aus Drohnensicht zu sehen, wie mehrere Gruppen Menschen sich auf dem Terrain des Staudammes befinden und dort tanzen und ihr Zusammensein feiern. Und dann werden die Bomben abgeworfen, genau in die Tanzenden hinein. Und kurz darauf die nächsten Bomben: auf diejenigen, die den Verletzten zu Hilfe eilen. Bildmaterial der Täter, das später als Riesenerfolg im Internet geteilt wird.

Es sind überwiegend staatliche Institutionen, die solches Bildmaterial veröffentlichen. In den offiziellen Verlautbarungen zu diesen Angriffen ist selbstverständlich immer von »ausgeschalteten Terroristen« die Rede.

Menschenverachtende Konsequenz

Es führt zu weit, an dieser Stelle über alle Sitzungen des PPT zu berichten⁴. Dem Auditorium wurde im Verlauf der Tagung sehr deutlich, dass 1. die Verbrechen von Männern geplant und durchgeführt werden, und 2. Frauen, ihr Leben und ihre Organisierung das vorrangige Ziel der Angriffe sind. Auch deshalb kann es nur Hochachtung und Bewunderung für den Mut dieser Frauen geben, sich in die Öffentlichkeit zu stellen und zu berichten, wozu die Aggressoren fähig sind. Ihre Berichte machen es uns allen zur Aufgabe, Strategien zu entwickeln, dieser Brutalität besser entgegenzutreten. Auch um die Fassungslosigkeit zu überwinden, die diese konsequente Menschenverachtung, mit der diese Verbrechen geplant und durchgeführt werden, immer wieder hervorruft.

Vorläufige Stellungnahme des PPT

Das PPT beendete seine Sitzung mit einer vorläufigen Stellungnahme⁵, in der es unter anderem heißt: »Die Muster der Angriffe, Bombardierungen, Beschießungen, Drohnenangriffe und Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung, die Zwangsumsiedlungen und die demografische Umgestaltung durch Vertreibung der Bevölkerung, die Zerstörung der Strom- und

Das erste Russell-Tribunal, auch unter der Bezeichnung Vietnam War Crimes Tribunal (englisch für »Vietnam-Kriegsverbrechen-Tribunal«) bekannt, wurde 1966 von dem britischen Mathematiker, Philosophen und Literaturnobelpreisträger Bertrand Russell sowie Ken Coates und weiteren Beteiligten, unter dem Dach der Bertrand Russell Peace Foundation (Bertrand-Russell-Friedens-Stiftung) ins Leben gerufen. Ziel des Tribunals war die Untersuchung und Dokumentation US-amerikanischer Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg nach 1954. Dieses 1. Russel-Tribunal war mit internationalen Persönlichkeiten besetzt. Darauf folgten weitere Tribunale (unter anderem das »3. Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt-Harheim (28. März bis 4. April 1978) und Köln-Mülheim (3. bis 8. Januar 1979)«). Auf Initiative von Lelio Basso – Mitglied des 1. Russel-Tribunals – wurde 1979 ein Permanentes Völkertribunal zu Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der Rechte von Völkern eingerichtet, das jährlich zu unterschiedlichen Themengebieten tätig ist. 2025 zum Komplex Rojava vs. Türkei.

Weitere Informationen:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Russell-Tribunal>

Wasserversorgung, die Umweltschäden, die Zerstörung des kulturellen Erbes und der Bildungseinrichtungen, die Vergewaltigungen, Folter und die geheime Inhaftierung – all dies verstößt gegen das Völkerrecht, stellt Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen dar und ist ein Hinweis auf Völkermord.« Das Urteil soll am 26. März 2025 in den Räumen des Europäischen Parlaments gesprochen werden.

Mit folgenden Worten wird die internationale Gemeinschaft an ihre Verpflichtungen erinnert⁶:

»Die internationale Gemeinschaft ist sich des anhaltenden Leidens des kurdischen Volkes und der Verbrechen der Angeklagten bewusst, hat aber keine bedeutsamen Maßnahmen ergriffen. Es gibt keine Anerkennung der DAANES durch die Staaten der Weltgemeinschaft und keine Möglichkeit der nationalen oder internationalen Wiedergutmachung. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Erfahrungen der Kurd:innen in Nord- und Ostsyrien und die gegen sie verübten Verbrechen ordnungsgemäß anerkannt werden, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, dass die DAANES international als authentisch repräsentative und demokratische Selbstverwaltungsbehörde anerkannt wird und dass die internationale Gemeinschaft unverzüglich dafür sorgt, dass die direkten und indirekten Angriffe der Türkei auf das kurdische Volk von Rojava eingestellt werden, um einen regelrechten Völkermord zu verhindern.«

⁴ Ausführliche Berichte zu den Sitzungen sind bei ANFdeutsch nachzulesen: <https://anfdeutsch.com/menschenrechte/ppt-erdruckende-beweise-fur-systematische-verbrechen-45233> ; <https://anfdeutsch.com/aktuelles/-45220> ; <https://anfdeutsch.com/aktuelles/ppt-rojava-vs-turkei-efrin-45215>

⁵ <https://permanentpeopletribunal.org/statement-of-the-ppt-panel-of-judges-following-the-54-session-on-rojava-vs-turkey/?lang=en>

⁶ Eigene Übersetzung aus dem Englischen

Während Islamisten Assad stürzen, geht der Frauenkampf in Syrien weiter

Der Frauenwiderstand in Nord- und Ostsyrien

Ronahi Hassan, Frauenrechtsaktivistin

Seit dem 8. Dezember 2024, dem Tag an dem das Assad Regime fiel, waren alle Augen auf Syrien gerichtet. Während die Menschen über eine Zukunft ohne die Assad-Dynastie diskutieren, haben die Menschen in Rojava – einer überwiegend kurdischen, aber multikulturellen Region in Nordsyrien – die Gunst der Stunde genutzt und jahrelange Organisationsarbeit in die Tat umgesetzt.

Dieser Artikel wurde im Turning Point Magazine unter dem Titel »We Will Fight With All Our Strength: as Islamists Oust Assad, Women's Struggle Persists in Syria« am 19. Februar 2025 auf Englisch erstveröffentlicht.

In Rojava begann die Revolution am 19. Juli 2012, als die Stadt Kobanê die syrische Armee vertrieb. Im Laufe der folgenden 13 Jahre haben die Menschen in der Demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (DAANES) viel erreicht: ein Verwaltungssystem, das auf Basisdemokratie, Frauenbefreiung und einer ökologisch gerechten Gesellschaft basiert. Das Assad-Regime war hier bereits Jahre vor seinem allgemeinen Sturz in Syrien gestürzt.

Frauen im Mittelpunkt der Revolution

Von Beginn der Revolution an war klar, dass wir eine freie Gesellschaft wollten, und wir wussten, dass dies ohne die Befreiung der Frauen vom Patriarchat – den Wurzeln eines unterdrückerischen Gesellschaftssystems, das sich über 5000 Jahre erstreckt – unmöglich sein würde. Wir brauchten eine Revolution, in deren Mittelpunkt die Frauenbefreiung steht, und so begann die Revolution in Rojava. Seitdem haben wir demokratische Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut und, was am wichtigsten ist, wir haben autonome Frauenstrukturen auf allen Ebenen etabliert. Von Beginn der Revolution an organisierten sich Frauen unabhängig: Sie gründeten Gemeinschaften und Räte, beteiligten sich an allen politischen

Entscheidungen und führten in allen Institutionen ein Ko-Vorsitzenden-System und Geschlechterquoten ein.

Trotz der demokratischen und fortschrittlichen Frauenrevolution seit 2012 wurde Kobanê erst im Jahr 2014 weltweit bekannt. Kobanê wurde ab dem 15. September 2014 von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) brutal belagert und reagierte mit beispiellosem Widerstand gegen diese Gruppe. Die Kämpferinnen der Kurdischen Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) traten dem IS furchtlos entgegen und besiegten ihn am 26. Januar 2015 in Kobanê – und später auch in Girê Spî (arab. Tall Abyad, 16. Juni 2015), Serêkaniyê (arab. Ras al-Ain, Mai 2015), Minbic (arab. Manbidsch, 12. August 2016), Tabqa (10. Mai 2017), Raqqa (20. Oktober 2017), und Deir ez-Zor (3. November 2017).

Diese heldenhaften Frauen griffen zu den Waffen und verteidigten ihre Gesellschaft. Sie gaben ihr Leben und wurden zu Symbolen der Revolution. Eine dieser Heldinnen war Arîn Mîrkan, eine junge YPJ-Kommandantin, deren Militäration, bei der sie sich selbst opferte, zu einem Wendepunkt in der Schlacht um Kobanê wurde, als der Kampf bereits verloren schien.

Während die militärischen Siege gegen den IS die Revolution bekannter machten, ist es wichtig zu betonen, dass ihr Erfolg weit über den Krieg hinausgeht. In den letzten 13 Jahren haben sich Frauen in allen sozialen, politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und bildungsbezogenen Lebensbereichen engagiert und eine Vorreiterinnenrolle beim Aufbau einer freien Gesellschaft übernommen. Das regionale Modell der Selbstverwaltung ist dank des Kampfes der Frauenbewegung ein basisdemokratisches, multikulturelles, multiethnisches und gleichberechtigt verwaltetes System. Die Leistungen der Frauen sind vielfältig, aber sie erforderten immer einen intensiven Kampf in allen Lebensbereichen.

Kurdische Frauen verfügen über umfangreiche Erfahrung beim Aufbau autonomer Organisationen in der Region und lassen sich dabei von der Befreiungsbewegung Kurdistans und



Die Arin Mirkan Statue in Kobanê. Foto: ANHA

ihrem Anführer Abdullah Öcalan inspirieren. Kurdische Frauen organisieren sich seit den frühen 1990er Jahren und legten den entscheidenden Grundstein für die Frauenrevolution im Jahr 2012. Doch da ihre Organisation stets unter starker Repression stattfand, mussten sich kurdische Frauen oft heimlich organisieren. Sie organisierten Bildungsinitiativen, gingen von Haus zu Haus, hörten sich die Sorgen und Probleme anderer Frauen an und suchten nach Lösungen sowohl für Einzelpersonen als auch für die Probleme der Frauen im Allgemeinen.

Aufbau zahlreicher Institutionen

Kongra Star wurde 2005 in Rojava als Dachverband für Frauen gegründet, mit dem Ziel, Frauen zu organisieren und ihr politisches Bewusstsein zu vertiefen. Kongra Star spielte später eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens. Unter dem Assad-Regime wurden nicht nur die Organisationen ethnischer und religiöser Minderheiten stark unterdrückt, sondern auch die der Frauen. Es gab nur eine anerkannte Frauenorganisation, die dem syrischen Regime direkt unterstellt war. Die Mitglie-

der von Kongra Star mussten unter strenger Geheimhaltung arbeiten. Ihre Mitglieder wurden unter Druck gesetzt, verhaftet und entführt, und der Aufenthaltsort einiger Frauen ist bis heute unbekannt. Nach dem Ende des Regimes schlossen sich assyrische, arabische und armenische Frauen den bewaffneten Selbstverteidigungskräften an und gründeten Räte und Organisationen.

Die »Mala Jin«, wörtlich übersetzt »Frauenhäuser«, waren mit die ersten öffentlichen Organisationen von Frauen. Sie wurden zu Orten, an denen sich Frauen bei Gewalt, Verletzung ihrer Rechte oder anderen Problemen wenden konnten. Zu Beginn wurden die Mala Jin heftig kritisiert. Die Männer glaubten, dass die Mala Jin ihre Macht schwächen oder ihre Familien auflösen würden. Mit der Zeit gewannen sie jedoch an Ansehen und auch heute kommen viele Männer vorbei, um sich bei Familienangelegenheiten oder Problemen mit ihren Frauen Rat zu holen. Die Demokratisierung der Familiendynamiken ist ein entscheidender Schritt in Richtung einer mentalen Revolution, und dies ist Teil der Mission der Mala Jins.

Durch den Kampf um organisierte Kraft von Frauen gibt es in allen Bereichen der DAANES und seinen Institutionen eine Geschlechterquote von 50 Prozent. Darüber hinaus gibt es auf allen Ebenen der DAANES ein Ko-Vorsitzenden-System, das vorsieht, dass an der Spitze eine Frau und ein Mann stehen müssen und dass ethnische Minderheitengruppen entsprechend der sozialen Zusammensetzung jeder Region vertreten sein müssen. In einer Stadt beispielsweise, in der die Mehrheit der Bevölkerung Kurd:innen und Assyrer:innen sind, muss eine:r der Vorsitzenden Kurd:in und der oder die andere Assyrer:in sein, während die stellvertretenden Ko-Vorsitzenden verschiedenen ethnischen Gruppen in der Region angehören sollten.

Ein weiterer bedeutsamer Meilenstein der Frauenrevolution war der Gesellschaftsvertrag. Er wurde erstmals 2014 verabschiedet und 2023, nach Veränderungen in der Region und der Ausweitung des Systems der Selbstverwaltung, erneut diskutiert und ausgearbeitet. Im Gesellschaftsvertrag sind unter anderem die Geschlechterquote und das Ko-Vorsitzenden-System geregelt. Natürlich waren diese Vorschriften nicht selbstverständlich und erforderten von den Frauen Kampf und Beharrlichkeit. Wären wir nicht organisiert gewesen, hätten wir diese Errungenschaften nicht erzielen können, weil die Vertretung der Frauen immer wieder in Frage gestellt wurde. Aber die verschiedenen Organisationen sind in ihrer Vielfalt vereint im Kampf gegen das Patriarchat. Frauen in Nord- und Ostsyrien, aber auch Frauen auf der ganzen Welt stellen wichtige Forderungen für ihre Rechte. Frauenrechtsaktivist:innen und Feminist:innen auf der ganzen Welt setzen sich für diese Veränderungen ein, und es war die organisierte Stärke der Frauen, die dafür gesorgt hat, dass diese Forderungen in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen wurden.

Eine Revolution des Denkens

Während politische und wirtschaftliche Erfolge erzielt wurden, sind Frauenprojekte und Kooperativen gegründet und Frauen auf allen Ebenen gestärkt worden. Die größte Herausforderung jedoch war und ist, eine Revolution des Denkens herbeizuführen: die Mentalität einer Gesellschaft zu verändern, in der nationalistische und kapitalistische Regierungen und Jahrtausende patriarchalischen Einflusses nach wie vor charakteristische Merkmale sind.

Wir als Frauen sind uns dessen sehr bewusst. Viele Gesetze wurden zur Verteidigung der Frauenrechte erkämpft, aber Gesetze können rückgängig gemacht werden, wie wir in westlichen Ländern sehen, in denen Frauenrechte bereits früher erkämpft wurden. Aber wenn man einmal das Bewusstsein und die Mentalität der Gesellschaft verändert hat, können sie nicht mehr so einfach weggenommen werden. Deshalb ist Bildung entscheidend für unsere Revolution. Deshalb sind Akademien und Schulsysteme ein wesentliches Instrument. Im Laufe der Jahre haben Sozial- und Frauenorganisationen viele Akademien gegründet, um die Gesellschaft über das Patriarchat, die Demokratie, Ökologie und viele andere wichtige Themen aufzuklären. Diese Akademien stehen der gesamten Bevölkerung und verschiedenen Altersgruppen offen.

Das Bildungssystem schätzt sowohl seine Lehrer:innen als auch seine Schüler:innen. Lehrkräfte werden geschult, um Sexismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung zu vermeiden. Schulbücher sind frei von traditionellen Geschlechterrollen. Um eine demokratische Gesellschaft zu fördern, müssen auch die Familien demokratisiert werden. Dazu gibt es regelmäßige Bildungsmöglichkeiten für Familien in Räten und Gemeinden. Demokratie geht über die Politik hinaus: Sie umfasst Beziehungen innerhalb von Familien, Gruppen und zwischen Individuen.

Errungenschaften der Frauen erfordern einen ständigen Kampf

Im Zuge der Revolution haben Großmütter in den zivilen Frauenverteidigungseinheiten der HPC-Jin zu den Waffen gegriffen und sind auf Patrouille gegangen, um ihre Viertel zu verteidigen; Selbstbewusst ergreifen Mütter das Mikrofon und äußern öffentlich ihre politische Meinung. Junge Frauen

schließen sich den Reihen der YPJ an, um den Islamischen Staat zu bekämpfen und ihr Volk vor der türkischen Invasion zu schützen; Eine Journalistin mit der Kamera in der Hand spricht ihre Wahrheit aus – diese und viele weitere sind Szenen unseres Erfolgs.

Wenn wir darauf zurückblicken, wie es 2012 oder noch vor fünf Jahren in der Region war, können wir sehen, wie sich in kleinen, aber zuversichtlichen Schritten viel verändert. Zu Beginn der Revolution waren organisierende oder arbeitende Frauen verpönt, heute sind diese Frauen in der Gesellschaft hoch angesehen. Vor fünf Jahren war es in den Straßen von Qamişlo noch ungewöhnlich und selten, dass eine Frau Autofuhr, aber heute ist es völlig normal.

Im Herzen des Nahen Ostens haben sich Hunderttausende junger Frauen der YPJ angeschlossen, und sie sind zum Stolz ihres Volkes geworden. Was hier aufgebaut wurde, ist ein fortlaufendes revolutionäres Projekt für Millionen von Menschen. Die Frauenbewegung in Nord- und Ostsyrien, die Frauen aus allen Gesellschaftsschichten, Gruppen und Religionen zusammenbringt, ist eine in der Gesellschaft verwurzelte Frauenbewegung.

Diese Revolution hat weltweit Hoffnung, Mut und Solidarität geweckt. Hunderte von Menschen aus der ganzen Welt sind nach Rojava gekommen um zu unterstützen, zu lernen, zu verteidigen und sich der Revolution anzuschließen: Ivana Hoffmann und Anna Campbell, sind zwei von vielen solchen Beispielen, die an der Seite der YPJ gegen den IS und den türkischen Staat kämpften, um die Errungenschaften der Frauen zu verteidigen.

Die Errungenschaften von Frauen waren und sind immer noch nicht garantiert. Sie erfordern einen ständigen Kampf um ihre Weiterentwicklung und gleichzeitig um Verteidigung, weil das System, in dem sie organisiert sind, unter schwerem Beschuss steht. Neben dem Kampf in der Gesellschaft gegen patriarchale Mentalitäten wird die Region und das demokratische System von der Türkei militärisch angegriffen.

Angriffe durch Türkei, SNA und Assad

Ankara befürchtet, dass die demokratischen Bestrebungen der kurdischen Bevölkerung Rojavas auf Nordkurdistan (das

Kontakt zu WJAS:

Weqfa Jina Azad a Sûrî · Stiftung der freien Frau in Syrien
Website: www.wjas.org
Mail (Europa): info@wjas.org
Facebook: [facebook.de/WJASInternational](https://www.facebook.com/WJASInternational)
Instagram: [instagram.com/wjas_int](https://www.instagram.com/wjas_int)

Spendenkonto:

Kurdistan Hilfe e.V., Hamburg/Deutschland
Stichwort: WJAS
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPADEHXXX



IVANA HOFFMANN

Internationalistin und Kommunistin, kämpfte als Mitglied der MLKP an der Seite der YPG & YPJ gegen den IS 2015 in Gefechten gegen den IS in Rojava gefallen



ANNA CAMPBELL (HELİN QEREÇOX)

Revolutionärin aus GB. Nahm als YPJ-Kämpferin am Widerstand von Efrin teil. Am 15. März 2018 verlor sie bei dem Angriff der türkischen Armee auf Efrin zusammen mit drei weiteren Freundinnen ihr Leben.

innerhalb der Grenzen des türkischen Staates liegt) übergreifen könnten. Die kurdische Forderung nach Demokratie und grundlegenden Rechten ist ein Albtraum für die AKP-MHP-Regierung in der Türkei. Das türkische Militär hat auf diese Forderungen mit kontinuierlichen Angriffen reagiert. Im Jahr 2018 wurde Efrîn und 2019 wurden Serêkaniyê und Girê Spî gewaltsam besetzt. Hunderttausende Menschen mussten aus ihren Häusern fliehen.

Zusätzlich zu den laufenden Angriffen startete die Türkei im Jahr 2020 eine Drohnenkampagne gegen die Region. Der erste dieser Schläge richtete sich gegen die Frauenbewegung Kongra Star. Am 23. Juni 2020 wurden drei Aktivistinnen getroffen, die sich für die Organisation von Frauen in den Dörfern und der Umgebung von Kobanê einsetzten. Seitdem konzentriert sich die Türkei mit ihren Drohnenangriffen auf Aktivist:innen und Politiker:innen, die in der Region eine Schlüsselrolle bei der Organisation der Bevölkerung und der Etablierung eines demokratischen Systems spielen.

Für die Frauen und alle Völker in Syrien, einschließlich der Kurd:innen, ist der Sturz des Assad-Regimes eine bedeutende Entwicklung, denn es ignorierte die Vielfalt und die Bedürfnisse der Gesellschaft und unterdrückte sie mit den grausamsten Methoden. Die aktuelle Situation hat die Türen für neue politische Entwicklungen in Syrien und der gesamten Region geöffnet. Wie dieser Weg von nun an beschritten wird, wird entscheidend sein, wenn es darum geht, gleiche und demokratische Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Mehr denn je ist klar, dass das Ziel nur ein demokratisches Syrien sein kann, in dem alle ver-

schiedenen Gemeinschaften auf der Grundlage von Demokratie, Frieden und Gleichberechtigung zusammenleben können.

Mit dem Sturz des syrischen Regimes am 8. Dezember 2024 ist ein historisches Ereignis eingetreten, das die Situation in ganz Syrien verändert hat. Das wirft wichtige Fragen auf, wie die Zukunft des Landes gestaltet werden soll. Die koordinierten Angriffe auf Aleppo, Hama, Damaskus und Homs, die am 27. November begannen, gipfelten im Sturz der Assad-Regierung nach 14 Jahren Bürgerkrieg.

Seit der Revolution sind verschiedene internationale Kräfte in Syrien aktiv, die die neokoloniale Politik im Nahen Osten widerspiegeln. Zu diesen Kräften gehören Russland, der Iran, die USA, Israel und andere NATO-Staaten, insbesondere die Türkei. Jedes dieser Länder verfolgt seine eigenen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen, beeinflusst lokale Gruppen und führt einen Stellvertreterkrieg um Macht und Ressourcen. Derzeit entfaltet sich im gesamten Nahen Osten ein Teilungskrieg, der zu einer Neuziehung der Grenzen führt, die vor einem Jahrhundert festgelegt wurden.

Besonders besorgniserregend ist, dass der türkische Staat und die von ihm unterstützten Gruppen wie die Syrische Nationalarmee (SNA) und IS-Banden nach dem Sturz des Regimes ihre Angriffe auf DAANES intensiviert haben. In Til Rifat, Aleppo, Minbic und Kobanê wurden Tausende von Menschen gewaltsam vertrieben. Frauen, Kinder und alte Menschen starben dort an Hunger, Krankheiten und Kälte. In Kobanê und Ain Issa (kurdisch: Bozanê) kam es zu Massentötungen, zusätzlich wurden Hunderte von Menschen gefangen



genommen, gefoltert und verschwanden. Die Türkei nutzt die aktuelle Situation, um ihre völkermörderische Politik gegen die kurdische Bevölkerung in Rojava durchzusetzen und die schrittweise Annexion Nordsyriens fortzusetzen, die in Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî begann. Sie will die Errungenschaften der Demokratischen Selbstverwaltung zunichtemachen. Dieses Projekt ist derzeit die größte Hoffnung auf Frieden und eine demokratische Zukunft in der Region, die seit Jahrzehnten von einem Krieg zwischen Kräften gezeichnet ist, die um die Vorherrschaft über Macht und Ressourcen konkurrieren – eine Landschaft, die weiter von islamistischen Banden terrorisiert wird.

Frauen und der HTS-Regierung

Hayat Tahrir al-Sham (HTS) hat vor kurzem die Kontrolle über die Regierungsstrukturen in Damaskus übernommen. Es bleibt abzuwarten, wie gut eine Gruppe, die der früheren al-Nusra-Front und dem Islamischen Staat entstammt und dafür bekannt ist, ähnlich brutale Methoden gegen die Bevölkerung – insbesondere gegen Frauen – anzuwenden, in naher Zukunft auf diesen Übergang vorbereitet sein wird.

Bisher hat sich die HTS-Regierung nicht zur Rolle der Frauen oder zu den Frauenrechten geäußert und es herrscht ein allgemeines Schweigen zu diesem Thema. Aber wir sehen ihre Positionen bereits durch ihr Handeln. So gibt es zwar bisher keine öffentlichen Erklärungen oder Gesetze zu schwarzen Burkas, aber sie werden an Frauen in Damaskus, in Aleppo und in den Regionen, in denen Christen leben, verteilt. In anderen Fällen wurden Frauen aufgefordert, sich in öffentliche Verkehrsmittel zu setzen, während HTS-Milizionäre von Frauen verlangen, sich zu bedecken, wenn ihre Beine oder Arme

sichtbar sind. Die einzige Frau, die ein offizielles Amt in der Regierung innehat, ist Aisha al-Dibs, die für das Büro für Frauenangelegenheiten zuständig ist. Sie hat bisher keinen Kontakt zu Frauenorganisationen in der Region aufgenommen oder auf Anfragen geantwortet. Allerdings hat sie in ihren öffentlichen Äußerungen bereits sehr deutlich gemacht, wie sie und die neue »Regierung« die Rolle und die Aufgaben der Frau sehen – nämlich darin, sich zu Hause um ihre Männer und Kinder zu kümmern.

Die neue HTS-Regierung hat sich als moderat und weich dargestellt, weil alle Augen auf sie gerichtet sind. Journalisten, NGOs, Frauenorganisationen und -bewegungen können sich jetzt in Syrien mehr oder weniger frei bewegen, was während des Assad-Regimes nicht der Fall war, aber wir fragen uns, wie lange das noch so sein wird. Als Frauen in Nord- und Ostsyrien sind wir jedoch entschlossen, keinen Schritt zurück zu machen. Wir werden weiter mit aller Kraft für unser revolutionäres Gesellschaftsmodell und die Freiheit aller Frauen darin kämpfen. Um jeden Preis werden wir die Errungenschaften der Frauenrevolution in Rojava weiterhin als Hoffnung für Syrien, den Nahen Osten und die Welt verteidigen.



Über die Autorin:

Ronahi Hassan ist Frauenrechtsaktivistin und Mitglied von Kongra Star. Zurzeit ist sie Teil des Komitees für Diplomatie in Kongra Star. Sie ist seit Beginn der Revolution aktiv an der Organisation und Politik in der Region beteiligt. Sie hat Anglistik studiert und studiert derzeit Jura. Sie hat sich in der kurdischen Studentenbewegung organisiert und war später stellvertretende Ko-Vorsitzende des Kulturkomitees der Autonomen Verwaltung in Nord- und Ostsyrien. Sie stammt aus Qamişlo.

Soziologie der Freiheit – Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage

Das Ökologieproblem der Gesellschaft

Abdullah Öcalan

In den letzten Ausgaben des Kurdistan Reports haben wir angefangen, Texte aus dem Kapitel «Die gesellschaftliche Frage» in Band 3 der «Gefängnisschriften – Manifest der demokratischen Zivilisation» von Abdullah Öcalan abzdrukken. Wir begannen mit »Das Problem von Macht und Staat« und »Das gesellschaftliche Problem von Moral und Politik sowie »Das Mentalitätsproblem der Gesellschaft«. In Ausgabe 235 fuhren wir mit »Wirtschaftliche Probleme der Gesellschaft« und in 236 mit »Das Industrialismusproblem der Gesellschaft« fort. In dieser Ausgabe präsentieren wir den sechsten Teil des Kapitels: »Das Ökologieproblem der Gesellschaft«.

Die Industrialismusfrage ist offensichtlich sowohl Teil der Ökologiefrage als auch ihre Hauptursache. Aus diesem Grund kann die separate Behandlung dieser Frage eine gewisse Wiederholung mit sich bringen. Allerdings geht die Bedeutung von Ökologie als eines problematischen gesellschaftlichen Themas über die des Industrialismus hinaus. Auch wenn der Begriff mit Umweltwissenschaft gleichbedeutend ist, handelt es sich dabei um eine Wissenschaft, die das enge Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Fortschritt und der Umwelt analysiert. Umweltfragen wurden größtenteils erst nach Katastrophenalarmen auf die Tagesordnung gesetzt und in ein separates Untersuchungsfeld verwandelt, wenn auch mit heiklen Bedeutungen. Denn auch die Ökologie ist, genauso wie der Industrialismus, keine von der Gesellschaft geschaffene Frage, sondern steht als jüngstes Werk der Zivilisationsmonopole in Form eines äußerst komplexen Problems auf der Agenda von Geschichte, Gesellschaft und der ganzen Welt.

Vielleicht war bisher keine andere Frage im Sinne der Enthüllung des wahren Gesichts der Profit- und Kapitalordnungen (organisierte Netzwerke) so wichtig und schwerwiegend wie die ökologische. Die Bilanz des Zivilisationssystems des Profits und des Kapitals (als Summe aller militärischen, wirtschaftlichen, religiösen und Handelsmonopole in der Geschichte) ist nicht nur die Auflösung der Gesellschaft in jeglicher Hinsicht (Moral- und Politiklosigkeit, Arbeitslosigkeit, Inflation, Prostitution usw.), sondern die Gefährdung der Umwelt samt dem

Leben aller Lebewesen. Wie könnten wir die Gesellschaftsfeindlichkeit des Monopolismus beweisen, wenn nicht durch diese Tatsache?

Selbst wenn die menschliche Gesellschaft im Vergleich zu allen anderen Lebewesen als die höchste Natur bezüglich der Intelligenz und Flexibilität anerkannt wird, ist sie in letzter Instanz auch ein lebendiges Wesen. Ihre Heimat ist die Erde, das heißt, sie ist das Produkt eines empfindlichen klimatischen Umfelds und der Evolution der Pflanzen- und Tierwelt. Die Regelmäßigkeiten, denen die Atmosphäre und das Klima unserer Erde und die Tierwelt unterliegen, gelten ebenfalls für die menschliche Gesellschaft, da sie die Summe von alledem ist. Diese Regelmäßigkeiten sind sehr leicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Sie hängen eng miteinander zusammen. Sie bilden nahezu eine Kette. So wie eine Kette funktionsuntüchtig wird, wenn eines ihrer Glieder abbricht, so sind auch die Auswirkungen auf die Evolution unumgänglich, wenn eines der wichtigen Glieder der Evolutionskette zerbricht. Ökologie ist die Wissenschaft dieser Entwicklungen und deshalb sehr wichtig. Wenn die innere Ordnung der Gesellschaft aus irgendeinem Grund zerstört wird, kann sie mit menschlicher Anstrengung wieder neu hergestellt werden. Schließlich ist die gesellschaftliche Realität eine, die von Menschenhand stammt. Bei der Umwelt verhält es sich anders. Wenn einige Gruppen, die ihre Wurzeln in der Gesellschaft haben, genauer gesagt sich mithilfe des Profit- und Kapitalmonopols über der Gesellschaft organisieren, aus der sie stammen, das Herausbrechen von wichtigen Gliedern der Umweltkette bewirken sollten, könnten evolutionäre Katastrophen in einer Kettenreaktion zum Untergang der ganzen Umwelt und dadurch auch der Gesellschaft führen.

Man sollte nicht vergessen, dass die Glieder der Umweltkette durch eine Evolution entstanden sind, die Millionen Jahre dauerte. Die Zerstörungen der letzten fünftausend Jahre im Allgemeinen, der letzten zweihundert Jahre im Besonderen schafften es in dieser kurzen Zeitspanne, Tausende Glieder der Millionen Jahre alten Entwicklungskette herauszureißen. Die zerstörerische Kettenreaktion ist bereits losgetreten und es ist nicht abzuschätzen, wie sie aufzuhalten sein wird. Es wird prognostiziert, dass die Atmosphäre von der aktuellen Luftverschmutzung durch Kohlendioxid und andere Abgase nicht einmal in Hunderten, ja sogar Tausenden von Jahren gereinigt



Setzlinge der Baumschule in Qamişlo, die 2022 nach der Politikerin Hevrîn Xelef benannt wurde. Xelef hatte viel Verantwortung in der Demokratischen Selbstverwaltung getragen, bis sie 2019 durch Söldner der SNA ermordet wurde. Foto: ANF

werden könnte. Die Folgen der Zerstörungen in der Pflanzen- und Tierwelt sind vielleicht noch nicht ganz offen zutage getreten. Klar ist aber, dass der Hilferuf dieser beiden Welten zumindest genauso laut ertönt wie der der Atmosphäre. Die Meeres- und Flussverschmutzung und die zunehmende Wüstenbildung stehen bereits heute an der Schwelle zur Katastrophe. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass nicht die Störung der natürlichen Ordnung, sondern einige in Netzwerken organisierte Gruppen den Untergang der Gesellschaft herbeiführen werden. Selbstverständlich wird auch die Natur Antworten auf diese Entwicklung haben, denn auch sie ist lebendig und intelligent. Auch ihre Geduld hat Grenzen. Am richtigen Ort und zum richtigen Zeitpunkt wird sie Widerstand zu leisten wissen und dabei nicht auf die Tränen von Menschen achten, denn sie wird sie alle dafür verantwortlich machen, dass sie ihre Talente und die von der Natur geschenkten Werte verraten haben. War nicht der jüngste Tag so vorgesehen?

Ich will an dieser Stelle keine neuen Katastrophenszenarien entwerfen, sondern lediglich wie alle anderen Gesellschaftsmitglieder auch, gemäß unserer Verantwortung und unserem Verständnis von moralischen und politischen Aufgaben als unserem Daseinsgrund, entsprechend unserer Fähigkeiten das Notwendige sagen und tun.

Über das Schicksal der Nimrods und Pharaonen in der Menschheitsgeschichte, die sich in ihre Burgen und Pyramiden zurückgezogen haben, wird viel erzählt. Der Grund dafür ist offensichtlich. Schließlich stellten die Nimrods und Pharaonen sowohl als Einzelpersonen als auch als Ordnungen Monopole dar, die Träger göttlicher Ideen waren. Ja, sie waren die prächtigsten Exemplare der stets profitorientierten Kapitalmonopole im Altertum. Wie sehr sie den gegenwärtigen Monopolen ähneln, die sich in ihre Wolkenkratzer zurückziehen! Natürlich gibt es zwischen ihnen formale, wenn auch

nicht wesentliche Unterschiede. Die Burgen und Pyramiden können trotz ihrer ganzen Pracht nicht mit den heutigen Wolkenkratzern mithalten. Zudem können sie mit ihnen zahlenmäßig überhaupt nicht mithalten. Die Anzahl aller Pharaonen und Nimrods überstieg nicht einmal ein paar Hundert, aber die der zeitgenössischen Pharaonen und Nimrods beläuft sich wohl auf Hunderttausende. Die Menschheit konnte in alten Zeiten die Last von ein paar Nimrods und Pharaonen nicht ertragen. Sie ächzte sehr. Wie lange wird sie denn noch die Last von Hunderttausenden ertragen, die die Zerstörung der Umwelt und der Gesellschaft herbeiführen? Wie wird sie die Schmerzen lindern, die die ganzen von Pharaonen und Nimrods verursachten Kriege, Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut erzeugen?

Mit den Worten, dass die geschichtliche Gesellschaft eine Totalität bildet, versuchte ich diese Tatsache auch im Lichte der evolutionären Entwicklung auszudrücken. Sind es denn keine ungeheuerlichen und wichtigen Tatsachen?

Die Wissenschaft der kapitalistischen Moderne mit ihrer positivistischen Struktur hatte ein sehr großes Selbstvertrauen. Sie hielt große phänomenale Entdeckungen für alles. Sie glaubte, die absolute Wahrheit beschränke sich auf das oberflächliche Wissen über die Phänomene. Sie war sich sicher, dass man in einen Prozess des endlosen Fortschritts eingetreten war. Wie sollte man aber beurteilen, dass sie die Umweltkatastrophe, die sich direkt vor ihrer Nase ereignete, nicht voraussagen konnte? Wie sollte man beurteilen, dass sie angesichts der ganzen gesellschaftlichen Katastrophen, vor allem der Kriege, der letzten vier Jahrhunderte keine gründlichen Lösungen entwickeln und umsetzen konnte? Was sollte man dazu sagen, dass sie den Krieg, der als Macht alle Poren der Gesellschaft durchdrungen hat, nicht richtig feststellen und schon gar nicht verhindern konnte? Offenbar hätte im Zeitalter der maximalen Hegemonie der Monopolherrschaft die Wissenschaft mit ihrer, im Gegensatz zum allgemein verbreiteten Glauben, der ideologischen Umzingelung am meisten ausgesetzten und dem System bestens dienenden Struktur diese Fragen nicht beantworten können. Es hat sich gezeigt, dass die Wissenschaft, deren Struktur, Zweck und Modus erklärterweise die Legitimation des Systems zum Ziel haben, nicht einmal so wirksam ist wie Religionen. Allerdings sollte man auch begreifen, dass es keine nicht-ideologische Wissenschaft geben kann. Das Wichtigste ist, dass man erkennt, die Ideologie welcher Gesellschaft und welcher Klasse sie als Wissen und Wissenschaft ist, und man seine Haltung dementsprechend bestimmt. Wenn Ökologie als eine der neuesten wissenschaftlichen Disziplinen in diesem Rahmen ihre Position bestimmt, kann sie die ideale Lösungskraft nicht nur der Umwelt, sondern auch der gesellschaftlichen Natur werden.



Peoples' Platform Europe – 14. bis 16. Februar in Wien

Reclaim the initiative!

Wolfgang Struwe, Aktivist

Es herrschte absolute Stille im Audimax der Universität von Wien, als die Teilnehmenden der Peoples' Platform Europe der Gefallen der Revolutionen gedachten. 800 Delegierte von verschiedenen Organisationen und Initiativen aus mehr als 30 europäischen Ländern kamen am 14. Februar in der österreichischen Hauptstadt unter dem Motto „Reclaim the initiative!“ für drei Tage zusammen.

Die Organisator:innen der Peoples' Platform Europe hatten für die Zeit vom 14. bis 16. Februar demokratische Kräfte und Aktivist:innen aus progressiven, revolutionären und systemkritischen Bewegungen nach Wien eingeladen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln und auf organisierte Weise den viel-

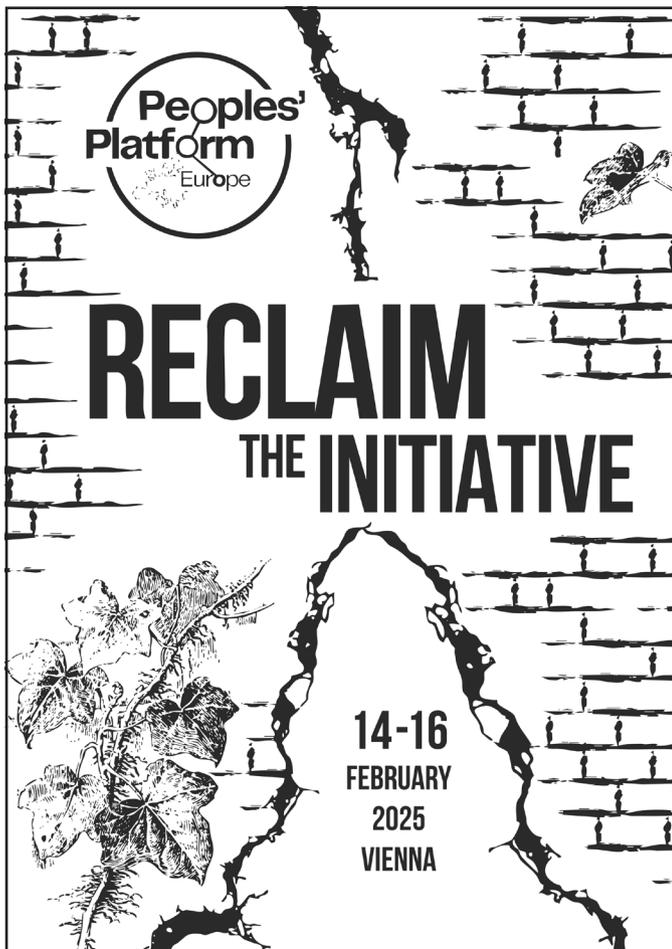
fältigen Krisen der kapitalistischen Moderne entgegenzutreten. »Gemeinsam können wir eine gerechte, freie, ökologische und friedliche Welt aufbauen!«

Aber zurück zum Beginn: Die Gedenkminute endete mit lautem Klatschen und mit Parolen wie »Jin Jiyan Azadî – Frau Leben Freiheit«. Teilnehmende aus den verschiedenen Ländern trugen ein Banner mit den Worten Abdullah Öcalans »We achieve the life we want not trough miracles, but trough revolution« (Wir erreichen das Leben, das wir wollen, nicht durch Wunder, sondern durch Revolution) quer durch den vollbesetzten Saal auf die Bühne. Danach führte die brasilianische Internationalistin und Künstlerin Rojda Têkoşin Dandara einen beeindruckenden Tanz auf, der aus dem Leben der argentinischen Internationalistin Alina Sánchez (Lêgerîn Çiya) erzählte. Die kulturelle Eröffnung endete mit der kurdischen Folkloregruppe Evina Welat.

Mit einer Rede von Adem Uzun, Mitglied des ‚Nationalkongress Kurdistan‘ (KNK), endete die feierliche Eröffnung der Versammlung. Er betonte: »Wir sind davon überzeugt, dass eine kollektive Diskussion auf der breitesten Plattform demokratischer und revolutionärer Organisationen notwendig ist, um die richtigen Antworten auf die Krisen unserer Zeit zu finden. Ja, wir sind die Mehrheit, und wir haben die Motivation, die Initiative zurückzugewinnen!«

Podiumsdiskussion

Anschließend begann die Podiumsdiskussion. Leider konnten nur Mireille Fanon Mendès-France, französische Juristin und Aktivistin gegen Rassismus und Tochter Franz Fanons mit ihrem Beitrag »The 100th Anniversary of Frantz Fanon: Between Race and Class« und der Politikwissenschaftler John Holloway »Perspectives in the Storm« live teilnehmen. Der US-Soziologe William I. Robinson trug mit einem zuvor aufgenommenen Video zur epochalen Krise des globalen Kapitalismus und den Herausforderungen für den Widerstand der Völker zur Versammlung bei. Silvia Federici, feministische Aktivistin, Autorin und emeritierte Professorin für politische Philosophie und Women Studies referierte per Live-Schaltung unter dem Titel »For an International Feminist Movement against Capitalist Patriarchy and its Ongoing War on Social





Reproduction«. Aufgrund von Zeitmangel konnten allerdings alle vier nur ihren Beitrag vortragen, Diskussionen und Fragen waren nicht mehr möglich.

Workshops

Der Schwerpunkt der dreitägigen Versammlung waren die in langer Vorbereitung organisierten Workshops, die am Freitagnachmittag begannen und am Samstagvormittag abgeschlossen wurden. Die Ergebnisse wurden in gemeinsamer Runde im Audimax vorgetragen und diskutiert.

Zu neun verschiedenen Themen kamen die Teilnehmenden zusammen:

- Krieg und Frieden – Europäischer Militarismus und Imperialismus verstehen und widerstehen
- Antifaschismus – Der Aufstieg des Faschismus und der Zustand der Demokratischen Kräfte in Europa
- Ökologischer Widerstand – Das Leben verteidigen
- Demokratische Konföderation der Frauen – Frauen in Zukunft

»LASST UNS UNSERE KÄMPFE,
PERSPEKTIVEN UND FÄHIGKEITEN
VEREINEN UND DAS FREIE LEBEN
AUFBAUEN, DAS DIE VÖLKER DER WELT
UND ALLE LEBEWESEN AUF UNSEREM
PLANETEN VERDIENT HABEN!«
(PEOPLES PLATFORM EUROPE)

- Jugendidentität und Widerstand – Vertiefung der Notwendigkeit der Autonomen Jugendorganisation
- Autonomie – Selbstverwaltung, Selbstversorgung und Selbstverteidigung
- Aktivismus und Organisation – Für einen langfristigen Kampf in der Gesellschaft
- Gegen völkermörderische Politik
 - Gegen die Genozidpolitik der kapitalistischen Moderne
- Demokratische Medien – Der Kampf um Herz und Verstand
 - In einer Nebenveranstaltung ging es um Technologie jenseits der kapitalistischen Moderne.

Aus den Arbeitsgruppen heraus wurden viele Vorschläge unterbreitet, von Aktionstagen gegen NATO-Treffen über Bildung zu demokratischen Medien und regelmäßigen Treffen zu verschiedenen Themen.

Auch Kritik wurde geäußert, vor allem an der Dominanz der weißen Menschen auf der Versammlung und an der zu gering empfundenen Beachtung Osteuropas.

In einer abschließenden Bewertung betonten die Organisator:innen der Peoples' Platform Europe, dass die Diskussionen

SPENDEN ERBETEN
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- **Solidarität**
- **Öffentlichkeitsarbeit**
- **Unterstützung**
- **Mitglied werden**

Informationen:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle drei Monate.

Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.), B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o Civaka Azad
Franz-Mehring-Platz 1
10234 Berlin
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:

Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:

Einzelexemplar: 3,- Euro
Abonnement
6 Exemplare: 15,- Euro plus Portokosten

Titelbild:

Ein Bild der Kulturbewegung Tev-Çand in Rojava.
Es ist Teil eines langen Wandgemäldes auf der
Mauer vom 12. März-Stadion in Qamişlo und
stellt das Gefängnis auf der Insel İmralı dar.

Rückseite:

Der Podcast »Frieden für Kurdistan« veröffentlicht
wöchentlich Kurznachrichten aus Kurdistan.
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur
mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung
zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Beitrag zum 15. Februar

Nicht zu vergessen ist
der Beitrag von Mah-
mut Şakar am Abend
des 15. Februar. Nicht

nur für die kurdische Gesellschaft wurde der 15. Februar zu einem »Schwarzen Tag«, denn vor 26 Jahren wurde der kurdische Repräsentant Abdullah Öcalan in einer internationalen Geheimdienstaktion in Kenia entführt. Seitdem ist er unter schwersten Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel İmralı inhaftiert. Şakar war einer der ersten Anwält:innen, die den kurdischen Vordenker auf der Insel im Marmarameer besuchen konnten. Er beschrieb die Besuche des Anwält:innen-Teams unter extremsten Bedingungen, manchmal war es ihnen nicht einmal erlaubt einen Zettel oder Stift mitzunehmen, um sich Notizen zu machen. Mit Parolen wie »Bijî Serok Apo« und »Jin Jiyan Azadî« wurde auf den Beitrag geantwortet.

Viele Teilnehmende wollten nicht wahrhaben, dass die Veranstaltung am Sonntagnachmittag zu Ende ging. »Ach, es wäre gut, wenn wir noch einige Tage zusammenbleiben könnten«, so eine Freundin. Doch mit einem Zusammenschritt der Mediengruppe der Plattform über die bewegenden Tage endete die Versammlung mit dem Lied »El pueblo unido jamás será vencido« (Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden) und dem Partisanenlied »Bella Ciao« sowie Tanz und vielen internationalistischen Parolen.

in den Workshops und die dort gemachten Vorschläge für Projekte, Pläne und gemeinsame Prinzipien zu den organisatorischen Säulen der Plattform zählen und dass sich die zukünftige praktische Arbeit auf die gemeinsam diskutierten Vorschläge stützen wird.

Sie sehen die dringende Notwendigkeit, die Kämpfe in Europa mit den antikolonialen Kämpfen im Globalen Süden zu verbinden und die antirassistischen Kämpfe von migrantischen Gemeinschaften in Europa ebenfalls in diesem Kontext zu sehen. Sie müssen an vorderster Front des Kampfes für ein Europa der Völker stehen. Zudem ist der Kampf der Frauen wegweisend für eine Überwindung des patriarchalen Systems und beim Aufbau der demokratischen Moderne. »Zusammen mit dem Kampf der Jugend für ihr Recht auf eine Zukunft ist die Frauenbewegung der grundlegende Kompass unseres Kampfes«.

Nun muss sich in der Praxis zeigen, wie die verschiedenen Kämpfe für eine Welt in Frieden und Gerechtigkeit an Kraft gewinnen. Zeit ist ein wichtiger Faktor, wenn wir die Analyse zur kapitalistischen Moderne zur Grundlage nehmen. Zunehmende Umweltzerstörung, offener Rassismus und Nationalismus, Kriege um Herrschaft und verbliebene Ressourcen zerstören den Planeten und die Gesellschaften.

Das Zusammenkommen in Wien konnte vielen Menschen Hoffnung geben, die drei Tage waren geprägt von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung. Es wurden Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und nicht auf Trennendem beharrt, um die verschiedensten politischen Ansätze zusammenzubringen.

»WIR ARBEITEN UND KÄMPFEN
FÜR DEN AUFBAU UNSERES
GEMEINSAMEN NETZWERKS UND
UNSERER ORGANISATION NACH DEM
PRINZIP »EINHEIT IN VIELFALT«.«
(PEOPLES PLATFORM EUROPE)





FRIEDEN FÜR KURDISTAN

KURZNACHRICHTEN

ÜBERALL DORT, WO ES PODCASTS GIBT

WEITERE INFOS:

